

Aktualität der Faschismustheorie
Historische Forschung und aktuelle Entwicklungen der politischen Rechten
Symposium zu Ehren von Prof. Dr. Reinhard Kühnl (1936-2014)
am 10.07.2015 in Marburg

Dokumentation

VeranstalterInnen:

- AStA der Philipps-Universität Marburg
- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
- DGB-Region Mittelhessen
- DGB Kreis Marburg-Biedenkopf
- Forschungs- und Informationsstelle (FIB) beim BdWi e.V.
- GEW KV Marburg-Biedenkopf
- Hochschule Fulda (FB Sozial- und Kulturwissenschaften)
- Philipps-Universität Marburg (Institut für Politikwissenschaft und Forschungsgruppe Europäische Integration)
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen
- Kulturelle Aktion Marburg - Strömungen e.V.
- Buchhandlung Roter Stern

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Programmübersicht | 3 |
| <i>Steffen Käthner:</i> Tagungsbericht »Aktualität der Faschismustheorie« | 4 |
| <i>Prof. Dr. Kurt Pätzold:</i> In memoriam Reinhard Kühnl (1936 – 2014) | 7 |
| <i>Prof. Dr. Axel Schildt:</i> Faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft – Chancen und Risiken | 11 |
| <i>Magdalena Marsovszky:</i> Die Kultur des Faschismus in Ungarn | 22 |
| <i>Julian Bruns / Kathrin Glösel / Natascha Strobl:</i> Die Identitären – eine Bestandsaufnahme | 35 |
| <i>Prof. Dr. Gudrun Hentges:</i> PEGIDA – Schattenseiten der Zivilgesellschaft | 42 |
| <i>Dr. Gerd Wiegel:</i> AfD - Zwischen Etablierung und Selbstzerstörung | 59 |

Aktualität der Faschismustheorie

Historische Forschung und aktuelle Entwicklungen der politischen Rechten

Symposium zu Ehren von Prof. Dr. Reinhard Kühnl (1936-2014)

Marburg, 10.07.2015, 09.00 Uhr – 17.30 Uhr

Programm

9.00 Get Together

9.15 Eröffnung und Begrüßung:

Steffen Käthner, BdWi; Prof. Dr. Gudrun Hentges, Dr. Gerd Wiegel

Grußworte:

Prof. Dr. John Kannankulam, Uni Marburg, Institut für Politikwissenschaft
Dr. Ulf Immelt, DGB-Region Mittelhessen

9.30 Prof. Dr. Kurt Pätzold: **Laudatio für Reinhard Kühnl**

10.00 **Keynote:** Prof. Dr. Axel Schildt, Uni Hamburg:

**»Faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft
Zwischen Erkenntnisgewinn und politischer Propaganda«**

11.15 Prof. Dr. Karin Priester, Uni Münster:

»Faschismus und Populismus. Zur Morphologie einer ambivalenten Beziehung«

12.30 **Mittagspause**

13.30 Magdalena Marsovszky, HS Fulda:

»Kultur des Faschismus« in Ungarn

14.30 Julian Bruns / Kathrin Glösel / Natascha Strobl, Wien:

Die Identitären – eine Bestandsaufnahme

15.30 **Kaffeepause**

16.00 Prof. Dr. Gudrun Hentges, HS Fulda und Dr. Gerd Wiegel, Berlin:

AfD und Pegida – Neuformierungen am rechten Rand

16.45 **Abschlussdebatte**

Veranstalter_innen



FIB e.V. Forschungs- und
Informationsstelle beim BdWi



Hochschule Fulda
University of Applied Sciences

Sozial- und Kulturwissenschaften

Philipps  **Universität
Marburg**

Institut für Politikwissenschaft
FG Europäische Integration

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
HESSEN**
FORUM FÜR BILDUNG
UND ANALYSE E.V.



Steffen Kätner

»Aktualität der Faschismustheorie«
Historische Forschung und aktuelle Entwicklungen der politischen Rechten
Symposium zu Ehren von Prof. Dr. Reinhard Kühnl (1936 – 2014)
am 10. Juli 2015 in Marburg
Tagungsbericht

Das Symposium griff einerseits faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft auf und untersuchte die ambivalente Beziehung zwischen Faschismus und Populismus. Zum anderen wandte sich die Veranstaltung aktuellen Formationen am rechten Rand zu, u. a. der Kultur des Faschismus in Ungarn, der *Identitären Bewegung* und rassistischen Phänomenen in Deutschland wie der *Alternative für Deutschland* und *Pegida*.

Am Symposium nahmen über 100 Menschen aller Altersgruppen teil. Neben zahlreichen WeggefährtInnen Kühnls waren auch eine ganze Reihe junger Studierender im Publikum zu sehen. Die bisweilen äußerst kontroversen Diskussionsbeiträge wurden freilich in ganz überwiegendem Maß von älteren TeilnehmerInnen eingebracht.

Den inhaltlichen Auftakt bildete eine Laudatio des Historikers **Kurt Pätzold**, der an seine persönlichen Begegnungen und Diskussionen mit Reinhard Kühnl seit Anfang der 1970er Jahre erinnerte und dabei auch Meinungsverschiedenheiten, etwa über die Rolle der Volksmassen im Faschismus, herausstellte. Pätzolds Würdigung endete mit dem Hinweis darauf, dass noch Meriten zu erwerben seien mit der Publikation einer qualifizierten Kühnl-Biographie.

Den zentralen Eingangsvortrag im Sinne einer Keynote hielt der Historiker **Axel Schildt** von der Uni Hamburg. Schildt, der einst bei Kühnl studierte, referierte über »faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft« und lieferte einen informativen Abriss über die Entwicklung der Faschismusforschung in beiden deutschen Staaten und zeichnete den Umgang mit Begrifflichkeiten ebenso nach wie die Herausbildung verschiedener Faschismustheorien. Er hob die Begrenzung der Faschismuskussion durch die Rahmenbedingungen des Kalten Krieges hervor. Dies habe dazu beigetragen, dass die Forschung in der DDR dogmatisch verengt worden sei, während in der BRD der Begriff »Faschismus« als belastet interpretiert und damit nach Möglichkeit vermieden worden sei. Reinhard Kühnl schrieb er das Bemühen zu, die damit verbundenen Abgrenzungen zu überwinden und zu einer fruchtbaren Diskussion verschiedener Ansätze beizutragen, auch über die innerdeutsche Grenze hinweg. Als Kern der faschistischen Herrschaft habe Kühnl deren undemokratischen Charakter identifiziert. Damit habe er sich von der dogmatischen Interpretation des Faschismus in der DDR abgehoben, die im Wesentlichen bei Dimitroffs Definition von 1935 geblieben sei, nach der der Faschismus vor allem als Agent der reaktionärsten Kräfte des Kapitals (Finanz-

kapital) zu betrachten sei. Als herausragenden Vertreter dieser Position stellte Schildt Reinhard Opitz heraus. Mit der Gegenüberstellung von Kühnl und Opitz schuf Axel Schildt eine gute Grundlage für eine kontroverse Diskussion. Seine provokativen Anmerkungen zu Opitz, dem er primär politische Loyalität zur DKP unterstellte, während seine wissenschaftliche Qualität etwas fraglich sei, trugen gar zu einer emotional angeregten Debatte mit deutlichem Widerspruch bei.

Auch der zweite Vortrag des theorieorientierten Vormittags rief kontroverse Statements hervor. **Karin Priester**, emeritierte Hochschullehrerin aus Münster, die über »Faschismus und Populismus – Zur Morphologie einer ambivalenten Beziehung« referierte, stellte ihre Forschungen am Beispiel des italienischen Faschismus vor. Sie hob den Prozesscharakter des Faschismus hervor (»Faschismus wird ..., nicht Faschismus ist«) und stellte den Bündnischarakter des italienischen Faschismus heraus, in dem es auch eine populistische Strömung gegeben habe, die aufgrund ihrer antikapitalistischen Orientierung nach 1943/45 in Teilen zur Kommunistischen Partei übergegangen sei. Dies interpretierte sie als gefährliche Nähe populistisch konnotierter antikapitalistischer Ansätze von links und rechts. Diese extremismustheoretisch inspirierten Äußerungen motivierten zahlreiche kritische Nachfragen in der Diskussion, ohne dass die Frage geklärt wurde, ob es tatsächlich keine inhaltlichen Unterschiede zwischen einem rechten und einem linken Antikapitalismus gab.

Die Vorträge des Nachmittags bildeten Beschreibungen aktueller Phänomene, beginnend mit **Magdalena Marsovszky**, Kulturwissenschaftlerin an der Hochschule Fulda, die über die »Kultur des Faschismus in Ungarn« berichtete. In der ungarischen Forschung gebe es begriffliche Schwierigkeiten mit dem Faschismus, die offene Diskussionen, aber auch Erkenntnisgewinne zu spezifischen Fragen wie der massiven Ausbreitung eines völkischen Rassismus erschwerten. Das darauf beruhende Magyarentum sei nicht nur zentrale Regierungsideologie, sondern werde von 80 % der ungarischen Politik geteilt. Ihre Schilderung der ungarischen Situation war hochinformativ, analytisch blieben freilich einige Fragen offen, warum etwa soll es kontraproduktiv sein, wenn antifaschistisches Engagement sich auch antikapitalistisch versteht?

Ausgesprochen informativ war auch der Beitrag von **Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl**, SozialwissenschaftlerInnen aus Wien, die den TeilnehmerInnen ihre Analysen zur Bewegung der Identitären vorstellten. Diese ziemlich neue Strömung (erst seit 2012 öffentlich wahrnehmbar) der Neuen Rechten ist international aktiv, hebt ihre Jugendlichkeit hervor und gewinnt mit Anleihen aus der Popkultur gewisse Attraktivität. In ihrer Rhetorik behaupten sie, weder rechts noch links zu sein und stellen die national definierte kulturelle Identität in den Mittelpunkt. Auffällig ist freilich ihre Beteiligung an rassistischen Mobilisierungen gegen Flüchtlinge auch in Deutschland.

Den Abschlussvortrag gestalteten **Gudrun Hentges**, Hochschullehrerin an der Hochschule Fulda und langjährige Mitarbeiterin von Reinhard Kühnl, über die Hintergründe von Pegida und **Gerd Wiegel**, früherer Mitarbeiter von Reinhard Kühnl und jetzt wissenschaftlicher Referent der Linksfraktion im Bundestag, über die Entwicklung der AfD. Hentges stellte als Markenzeichen der populistischen Pegida-Bewegung ihre schwache und in Teilen äußerst widersprüchliche programmatische Fundierung heraus. Als gemeinsamer Nenner erscheine vor allem der Kampf gegen Globalisierung und die Abwehr von Flüchtlingen. Interessant sei das Bemühen um die Integration altbekannter Neu-Rechter Personen wie Götz Kubitschek oder Geert Wilders.

Wenige Tage nach dem Sturz Bernd Luckes als Parteivorsitzender der AfD hatte Wiegels Beitrag besondere Aktualität. Die Erfolge der AfD erklärte er mit einer Repräsentationslücke, die insbesondere bestimmte Kapitalfraktionen der Mittelschicht und vom sozialen Abstieg Bedrohte empfänden und die von der AfD ausgefüllt werde. Hinzu kämen die neoliberale Wendung der Sozialdemokratie sowie die Funktion als parteipolitisches Sprachrohr der »rohen Bürgerlichkeit« und das Andocken antiemanzipatorischer Bewegungen an die Partei.

In der abschließenden Diskussion stand die Frage nach Handlungsoptionen im Vordergrund, mehrfach kam der Wunsch nach einer Fortsetzungsveranstaltung zum Ausdruck. Und immer wieder kam die Frage: Was würde Reinhard Kühnl dazu sagen?

Kurt Pätzold

In memoriam Reinhard Kühnl

1936 – 2014

Würdigung eingangs der Veranstaltung »Faschismustheorie. Historische Forschungen und aktuelle Entwicklungen der politischen Rechten« in Marburg am 10. Juli 2015

Dass ich hier in die Rolle gelangt bin, unsere Veranstaltung zur ehrenden Erinnerung an Reinhard Kühnl zu eröffnen, der am 10. Februar 2014 verstarb, hat eine längere Vorgeschichte. Sie führt in das Hessen benachbarte Thüringen, zwei heutige Länder, die damals durch eine Staatsgrenze getrennt waren. Nach Jena hatte in den siebziger Jahren des verflorbenen Jahrhunderts Manfred Weissbecker schon mehrfach die Faschismus-Spezialisten der Deutschen Demokratischen Republik zu einem wissenschaftlichen Colloquium eingeladen. Dort trafen sich mit anderen die inzwischen verstorbenen Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann und Joachim Petzold, die in oder nahe Berlin lebenden Kurt Gossweiler und Dietrich Eichholtz. Alle hatten sich, zumeist beginnend mit ihren Dissertationsschriften, als Historiker ausgewiesen, die die Geschichte des Faschismus, namentlich des deutschen, zu ihrem speziellen Forschungsgebiet gemacht hatten. Was in Jena vorgetragen und diskutiert wurde, ist u. a. in den Jenaer Heften zur Parteiengeschichte nachlesbar. Das gesamte Unternehmen harret noch seines Historiographen. Zu den Eingeladenen des Jahres 1971 gehörte Reinhard Kühnl. Würde er der Gast aus dem Westen genannt, wäre unser Verhältnis nicht richtig beschrieben. Wir hatten einander durch Publikationen wahrgenommen und das als Weggenossen. Es sind aus diesen Begegnungen enge Beziehungen und in manchen Fällen darf man wohl sagen, gepflegte Freundschaften entstanden.

In den Diskussionen jener Jahre, die wir damals schöpferisch genannt haben, die jedenfalls produktiv und schlicht anregend waren, hat Reinhard auf unverwechselbare Weise vorwärts führend gewirkt. Da lag sein Buch *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus*, bei Rowohlt in Hamburg gedruckt, schon vor und war wieder und wieder aufgelegt worden. Das führt mich zu dem vielleicht wichtigsten Verdienst des Forschers. Es war das Nachdenken über den Faschismus, ein Thema, zu dem Reinhard immer wieder zurückgekehrt ist. Der Faschismus als Ideologie, Organisation, Partei und Staat wurde begriffen als ein Produkt, als Hervorbringungen, als, so ließe es sich im Bilde sagen, legitimes Kind der bürgerlichen Gesellschaft und nicht als ein ihr untergeschobenes.

Mit diesem Blick auf den Nationalsozialismus, auf Hitler und ins »Dritte Reich«, um das hierzulande geläufige Vokabular aufzurufen, konnte und kann man in der Bundesrepublik Deutschland keine Preise gewinnen, wohl aber eine Anwartschaft auf die Aufnahme in einen Bericht des bayrischen Verfassungsschutzes. Diese materialistische Art, den Faschismus zu analysieren, galt und gilt hierzulande als so etwas wie Nestbe-

schmutzung. Der Nationalsozialismus ist, wie unlängst ein Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin verkündete, so etwas wie ein Sonderfall. Wie der in die deutsche Geschichte geriet, bleibt rätselhaft. Das hatten die Deutschen schon bei Kriegsende 1945, also vor siebzig Jahren, so beigebracht bekommen, in einer Hochzeit des Wir-wissen-es-nicht. Erst wenn an die geistige Atmosphäre jener Jahre erinnert wird, sind Platz und Wirkung des Buches über »Liberalismus und Faschismus« bestimmt. Der darin bezogene Standpunkt bedeutete Parteinahme und war Herausforderung und Warnung.

Wenn auch Fortschritte innerhalb der bürgerlich-idealistischen Historiographie unstrittig sind und die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, Überbau und Basis, sich nicht einfach ignorieren lassen, so ist in der Publizistik der Nebel vor jedem wissenschaftlich orientierten Faschismusbild doch dicht. Für ihn wird auf vielerlei Weise gesorgt, im vergangenen Jahr auch durch die Aufhübschung der Rolle des Deutschen Reiches auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg. Dadurch ist, gleichsam en passant der Faschismus auf dem Kriegspfad auch zu einem Sonderfall deutscher Geschichte erklärt worden. Dabei möchte man manchen, die den Dunst verbreiten das »Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun« zubilligen. Denn wenn in endlosen Wiederholungen über den deutschen Faschismus gesagt und geschrieben wird er sei verbrecherisch, rassistisch, antisemitisch im Extrem, mörderisch ohne Beispiel gewesen, dann ist das alles richtig. Doch gilt: Wenn nur das über ihn gesagt wird, dann werden Charakteristika beschrieben, und das Wesen bleibt verschwiegen. Am Ende ist – nolens volens – jenen gedient, welche die Beziehungen von Großkapital und Naziführerschaft tabuisiert haben und tabuisiert lassen wollen.

Diese Beziehungen aber waren Reinhard Kühnls Thema. Er hat die Interessen heraus gearbeitet, die den Faschismus hervorbrachten und groß werden ließen, die daran beteiligten Personen und Personengruppen benannt, die Dokumente zusammengetragen und publiziert, die die Geschichte der Annäherung, der Kooperation und des Verhältnisses von Kapital- und politischer Macht bezeugen. Er hat den Faschismus als Vollendung der Gegenrevolution aufgefasst, die in Deutschland 1919 abgebrochen, werden musste, damit sich das Kapital vorerst in die Republik retten konnte.

Zu unseren Jenaer Begegnungen gehörten auch Kontroversen. Als die denkwürdigste erscheint mir die über den von Reinhard zur Charakteristik der Beziehungen zwischen den großen Kapitalisten und der faschistischen Führerclique benutzten Begriff des Bündnisses. Mit ihm wurde eine Entgegensetzung zur Georgi Dimitroff zugeschriebenen Definition des Faschismus formuliert, dessen Urheber unbekannt sind, die wahrscheinlich aber zum Apparat des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gehörten. Mit dieser 1933 erstmalig gegebenen Definition werde die Kooperation von staatlichen und ökonomischen Machtapparaten nicht erfasst, die den Faschismus als Herrschaftsform kennzeichnet. Das schien uns auf eine Gleichwertigkeit oder Gleichgewichtigkeit der beiden Partner hinauszulaufen. Und wenn unter den Marxisten-Leninisten, als die wir uns verstanden, die Etikettierungen der Faschisten als Agenten, Büttel, Instrumente und bloße Werkzeuge des Kapitals auch aufgegeben waren, so würde, meinten wir, das Bild vom Bündnis die Rolle Hitlers und seiner Konsorten im faschistischen Regime ungerechtfertigt erhöhen. Der Kern der Frage richtete sich also auf das Problem der relativen Selbstständigkeit des Staatsapparates, die im Falle der faschistischen Diktatur eine besondere Note besitzt. Heute würde ich die seinerzeitige Kritik nicht wiederho-

len, aber sagen, dass, so sehr es Aufgabe des Historikers ist, Ereignisse und Entwicklungen auf den Begriff zu bringen, das Resultat darauf gerichteter Anstrengungen nicht jedes Mal in ein Wort gegossen werden kann. Die Beziehungen zwischen großem Kapital und »großen« Führern waren durch Übereinstimmungen geprägt, aber auch von Gegensätzen gekennzeichnet und also widerspruchsvoll und sie waren 1933 nicht die gleichen wie 1936 oder dann gar 1944.

Auf Widerspruch, und das scheint mir rechtens, ist Reinhard in Jena auch mit seiner These von der Dysfunktionalität des Antisemitismus im faschistischen Regime getroffen. Ich vermag nicht zu sagen, ob und wann er sich von ihr getrennt hat. Das aber wird hier einzig erwähnt, um der üblen Nachrede zu entgegnen, die historischen Materialisten hätten sich mit Antisemitismus und Judenmord nicht forschend beschäftigt. Sie haben vielfach tiefer gegraben als ihre Kollegen.

Gibt es aus dem Rückblick aber nicht doch Forschungsfelder, die vernachlässigt wurden? Das weiteste ist wohl das der Rolle der Volksmassen. Für die DDR bin ich mir da sicher. Es gab das Dogma von der fortschrittlichen Rolle der Volksmassen in der Geschichte, das für eingehende Untersuchungen der Massengefolschaft der Faschisten keinen gedanklichen Platz ließ. Dass es diese Millionen unter und hinter dem Hakenkreuz gegeben hatte, konnte unter den Historikern des Faschismus keinen strittigen Punkt bilden. Reinhard Kühnl hat, auch das gehörte zu den von ihm vermittelten Anstößen, darauf bestanden, die Tatsache der Massengefolschaft als typisch für faschistische Regime anzusehen und sie folglich auch in die Definition dieser Herrschaft aufzunehmen, auch zur schärferen Unterscheidung von Militär- und anderen Diktaturen. Und er hat in der Formierung dieser Gefolschaft nicht nur das Resultat von Lug und Trug erblickt, sondern auf die gleichsam spontan vor sich gehenden Prozesse der Ideologiebildung verwiesen. In seinen Quellenveröffentlichungen finden sich zudem viele Dokumente, die die Frage klären helfen, wie die Massenbasis und wie sie in so kurzer Zeit, nämlich schon im Verlauf des Jahres 1933, formiert werden konnte. Die dort wieder gedruckten letzten Kundgebungen der bürgerlichen Parteien und mehr noch die permanenten der katholischen und der evangelischen Kirchen haben eine nicht exakt zu bestimmende Millionenzahl von Deutschen den Faschisten buchstäblich zugetrieben. Anfangs waren es nach der verrauchten Sieges- und Aufbruchsstimmung keineswegs schon vorweisbare Erfolge der Machthaber, die ihr System stabilisierten. Später, ab 1935 änderte sich das, denn es wandelte sich auch – verglichen mit dem Krisenelend – das Leben der Menschen und in diesen sich wandelnden Zuständen keimte die Hoffnung, es werde weiter aufwärts gehen. Das, die Erfolgsbestechung, gehörte zu Kühnls Bild von der faschistischen Herrschaft und ihrer Geschichte, ein Thema, bei dem sich im Detail noch viele Meriten verdienen lassen.

Über Reinhard Kühnls Verdienste um die Geschichtswissenschaft lässt sich nicht sprechen, ohne über seinen außergewöhnlichen Anteil an der Verbreitung von Geschichtswissen und Geschichtserkenntnissen zu reden, erworben in Schrift und in allen Gegenden und Himmelsrichtungen der Bundesrepublik auch durch das Wort. Dieser Beitrag wuchs aus der Überzeugung, dass die Wissenschaft den Menschen zu dienen, die Geschichtswissenschaft ihnen in den politischen und geistigen Kämpfen ihrer Zeit Ratgeber und womöglich Wegweiser zu sein habe. Die Zahl seiner Auftritte in der Öffentlichkeit, namentlich in Veranstaltungen der Gewerkschaften und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, und die seiner Zuhörer ist nachträglich nicht be-

stimmbar. Er war so etwas wie ein Pädagoge von Natur. Seine Vorträge boten von den ersten Sätzen an Einladungen zum Mitdenken, denen sich Zuhörende schwer entziehen konnten. Denn auf sie vermochte er sich einzustellen. Die Gedankengebäude, die er ihnen vorstellte, entstanden gleichsam nach der Methode, die auf dem Bau praktiziert wird, ein Fundament und dann ein Stein - ein Kalk.

Reinhard Kühnl hat einen Biographen verdient. Wer immer sich und wann der Aufgabe unterziehen wird, er wird sich ein Verdienst insbesondere an der Richtung der Historiographie erwerben, deren Zugehörige meinen, dass der Kapitalismus das letzte Wort der Geschichte nicht haben muss.

Axel Schildt

Faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft – Chancen und Risiken (Vortrag in Marburg, 10.7.2015)

Zur Vorbereitung für diesen Vortrag habe ich meine Dissertation über die Strategie der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik nach sehr langer Zeit wieder angesehen, die ich bei Reinhard Kühnl Ende 1979 eingereicht habe.¹ Was ich überprüfen wollte, war nämlich, ob und wie ich selbst damals mit dem Faschismus-Begriff in meiner ersten zeithistorischen Arbeit umgegangen bin. Ich bin schnell fündig geworden (obwohl natürlich keine Datei mit Suchfunktion existiert). Schon in Fußnote 3 der Einleitung heißt es dort zum Begriff »Faschismus« unter Nennung einiger Literatur: »Eine Legitimation für den Gebrauch des Begriffs bedarf es nach dem heutigen Diskussionsstand m. E. nicht mehr.« Das konnte nur heißen, der Begriff war keineswegs selbstverständlich. Und am Ende der Einleitung hatte ich als Ziel angegeben, mit meiner Arbeit »eine wesentliche Lücke der Ausarbeitung einer genetischen Faschismustheorie zu schließen.« Das meinte, Faschismustheorie mit historischer Empirie in einen Zusammenhang zu bringen, Theorie sollte dem Praxistest des Historikers unterworfen werden, dem sogenannten Vetorecht der Quellen. Dass ich aber überhaupt so ein Ziel, die Überprüfung einer Theorie, aufgestellt hatte, zeigt, dass ich erst auf dem Weg war, ein Historiker zu werden, für den es gar kein Primat philosophischer oder sozialwissenschaftlicher oder sonstiger Theorie geben kann, der sich vielmehr von diversen theoretischen Ansätzen in heuristischer Perspektive anregen lässt, aber sie bei Strafe, bei Höchststrafe, seine Profession zu verfehlen, niemals ganz oder zu großen Teilen übernehmen darf.

Ich habe in Marburg Philosophie, Germanistik, Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft studiert und dabei erst gemerkt, dass mich in allen Fächern nur deren historische Dimensionen, Aspekte und Themen interessiert haben. Vor diesem Hintergrund gelangte ich an Reinhard Kühnl als geeigneten Betreuer für meine erste Staatsexamensarbeit (1977) und dann für meine Dissertation. Ein Seminar habe ich bei ihm nicht besucht, ich hielt mich an seine Schriften, vor allem die *Formen bürgerlicher Herrschaft* und die *Texte zur Faschismuskussion*. Warum ich nach wie vor der Meinung bin, dass Kühnls Werk der dogmatisch-marxistisch-leninistischen Lesart des Faschismus haushoch überlegen war bzw. ist, werde ich später noch ausführen. Während der Zeit der Promotion 1978 – 1980 habe ich mich, nicht mehr in Marburg wohnend, nur zweimal mit Reinhard Kühnl getroffen, in einer Pizzeria in der Biegenstraße. Er erkundigte sich interessiert nach dem Fortgang der Arbeit, half mir mit Empfehlungsschreiben für Archive, etwa für das Zentrale

¹ Axel Schildt 1981: *Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfront-Konzeption der Reichswehrführung um General Kurt von Schleicher am Ende der Weimarer Republik*, Frankfurt/M./New York; ich beschränke mich in diesem Beitrag, für den die ursprüngliche Vortragsfassung beibehalten wurde, auf wenige direkte Buch- und Zitatnachweise; für weitere Hinweise zur Literatur vgl. Axel Schildt 2011: »Faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft«, in: Claua Globisch/Agnieszka Pufelska/Volker Weiß (Hg.): *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*, Wiesbaden: 267 – 279.

Staatsarchiv der DDR in Potsdam, aber ließ mir wissenschaftlich jeden Freiraum. Ich zögere insofern, mich als »Schüler« von Kühnl zu bezeichnen, abgesehen davon, dass ich die Bezeichnung generell nicht mag.

Um die Anmerkung zu meiner Dissertation bei Reinhard Kühnl vor 36 Jahren abzuschließen: In der Einleitung meiner Dissertation kommt der Faschismus-Begriff etliche Male vor, in der Regel als Synonym für die NS-Bewegung und das drohende NS-Regime, ich behandelte ja die Zeit bis 1933, aber in den folgenden Kapiteln dann nur selten, und wenn überhaupt, als Quellenbegriff, etwa in der Wiedergabe polemischer Zuschreibungen und Charakterisierungen der NS-Bewegung in der zeitgenössischen sozialdemokratischen und kommunistischen Literatur. Ich werde am Schluss meines Vortrags noch darauf zurückkommen, worin denn dann überhaupt die Anregung für die historische Analyse durch Faschismustheorien bestand – und besteht.

Den Stellenwert von Faschismustheorien in der Geschichtswissenschaft bzw. der Zeitgeschichtsforschung zu umreißen heißt, eine eigene Geschichte zu erzählen, die das Interesse an faschismustheoretischen Angeboten mit ihren spezifischen Konjunkturen nicht allein als wissenschaftsgeschichtlichen, sondern zugleich immer auch als geschichtspolitischen Vorgang versteht. Dieser Dualismus gilt zwar prinzipiell für jedes historische Thema, aber die geschichtspolitische und moralische Aufladung der Auseinandersetzungen um Faschismustheorien markiert eine Besonderheit. Man sollte deren Geschichte kennen, schon weil ansonsten die historischen Implikationen in gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen unbegriffen bleiben würden. Ich will diese Geschichte in vier Punkten knapp skizzieren.

I.

Der erste Punkt betrifft den Diskursrahmen des Kalten Krieges der 1950er und frühen 1960er Jahre, in dem sehr rigide Grenzen des Sagbaren zu beachten waren. Staatspädagogische Tugendwächter vermuteten regelmäßig linke Gesinnung oder gar eine Affinität zur marxistisch-leninistischen Geschichtsideologie der DDR, wenn in der Öffentlichkeit überhaupt von Faschismus und nicht – soweit auf Deutschland bezogen – von »Nationalsozialismus« oder von »Totalitarismus« hinsichtlich des Vergleichs der »beiden deutschen Diktaturen« die Rede war. Dies ist in der Bundesrepublik sogar durch einen Erlass der Kultusministerkonferenz für den Schulunterricht 1962 verbindlich gemacht worden. Wer von »Faschismus« sprach, konnte in den Geruch der Staatsfeindschaft geraten. Insofern verwundert es nicht, dass in der westdeutschen Geschichtswissenschaft bis in die 1960er Jahre hinein der Faschismusbegriff oder faschismustheoretische Ansätze nicht vorkamen.

Für die offiziöse zeitgeschichtliche Forschung stand in der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren an erster Stelle das Institut für Zeitgeschichte in München mit seiner Zeitschrift *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, das ungeachtet einiger problematischer Episoden nicht geringe Verdienste in der frühen quellen-gestützten Forschung über das »Dritte Reich« und seine Vorgeschichten aufzuweisen hat. Allerdings vollzog sich diese Forschung im Duktus eines nachgerade ostentativ theoriefeindlichen Empirismus, hierin dem vorherrschenden Historismus der Zunft folgend.

Zum Ausdruck kam diese Theoriefeindschaft etwa in der verhaltenen Aufnahme von Karl Dietrich Brachers epochalem Werk über die *Auflösung der Weimarer Republik* (1955), dem man empirische Dichte kaum wird absprechen können.² Dennoch wurde es von vielen Historikern kritisiert, weil es zu viele politikwissenschaftliche Theorieansätze enthielte, die noch dazu von sozialistischen Theoretikern der Zwischenkriegszeit, etwa Ernst Fraenkel, stammten. Bracher gelangte nie auf einen geschichtswissenschaftlichen Lehrstuhl.

Die Theoriefeindschaft vieler Zeithistoriker war keineswegs ideologiefrei. Im Hintergrund des begriffslosen Empirismus standen vielmehr häufig vage Grundannahmen konservativ-christlicher Geschichtsmetaphysik und negativer Anthropologie, die im semantischen Umbau nach 1945 den weltanschaulichen Komfortbedürfnissen bildungsbürgerlicher Schichten entsprachen. Vorstellungen einer Säkularisierung als Erklärung des seelischen Vakuums, des geistigen Nihilismus, der von Dämonen wie Hitler – und noch weit gefährlicher Stalin – habe ausgenutzt werden können, psychohistorische Ansätze über die Verführbarkeit der Massen durch einen charismatischen Führer und die Weltwirtschaftskrise als Generator des Irrationalismus dominierten bereits die sogenannte Schuldebatte der unmittelbaren Nachkriegszeit und prägten die Vorstellungswelt auch der meisten westdeutschen Fachhistoriker, ohne dass diese Vorannahmen intensiv reflektiert worden wären.

Dem stand in der DDR eine Geschichtswissenschaft gegenüber, die auf eine primitive Faschismustheorie dogmatisch verpflichtet wurde, die sogenannte Dimitroff-Doktrin, also die auf dem 13. Plenum des Exekutivkomitees Ende 1933 diskutierte und auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 verbindlich festgelegte Formel vom Faschismus als »offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«; faschistische Massenbewegungen fungierten in dieser Perspektive letztlich nur als Agenten oder gar Marionetten der als besonders aggressiv identifizierten Teile des Finanzkapitals. Alle in der Zwischenkriegszeit bereits innerhalb und außerhalb der kommunistischen und sozialistischen Bewegungen vorhandenen differenzierteren Ansätze und Anregungen von marxistischen Theoretikern, die den Zusammenhang von politischer Herrschaftsform und gesellschaftlichen kapitalistischen Strukturen berücksichtigten, aber eine (wie auch immer relative) Eigenständigkeit der faschistischen Bewegung betonten, etwa in der Erklärung der Faszination für Teile der Bevölkerung bei Theodor W. Adorno, Walter Benjamin oder Ernst Bloch, in den Bonapartismustheorien Heinrich Brandlers und August Thalheimers oder Leo Trotzki, oder die den Machtkampf verschiedener staatlicher und parteilicher Instanzen in faschistischen Regimen beschrieben, von Antonio Gramsci bis Franz Neumann und Ernst Fraenkel, fielen aus der schematischen Faschismustheorie, wie sie etwa in der DDR auf ein Podest gehoben wurde, weitgehend heraus. Und alle Bemühungen um eine Flexibilisierung auf der Basis der Dimitroff-Formel konnten daran nichts ändern.

Die Zwangsjacke der Dimitroff-Formel ändert übrigens nichts daran, dass es in der DDR durchaus informative Studien zu einzelnen Phänomenen des »Dritten Reiches« und der NS-Bewegung gab. Letztlich waren die meisten der ungedruckten Dissertationen A und B aus der DDR zur Geschichte des Aufstiegs der faschisti-

² Karl Dietrich Bracher 1955: *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen.

schen Bewegung und zum NS-Regime in ähnlicher Weise konventionell gestrickt wie die historistischen Arbeiten aus der Bundesrepublik. Jenseits der Einleitungen mit ihrer obligatorischen Zitation von Marx, Engels, Lenin und Ulbricht und unbeschadet eines gewissen Jargons, zu dem die Inflationierung des Imperialismus-Begriffs gehörte, waren den Arbeiten von DDR-Historikern häufig wichtige Informationen zu entnehmen, zumal die Quellen zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts je zur Hälfte in west- und ostdeutschen Archiven aufbewahrt wurden. Soweit zum Rahmen des Kalten Krieges und dem unproduktiven Dualismus von Vermeidung des Begriffs in der Bundesrepublik und seiner dogmatischen Einengung in der DDR.

II.

Der erste öffentlichkeitswirksame Einbruch in das Tabu, im Westen Deutschlands mit dem Begriff »Faschismus« zu operieren, erfolgte mit dem berühmt gewordenen Buch von Ernst Nolte *Der Faschismus in seiner Epoche* von 1963, das bereits zwei Jahre später eine zweite Auflage erlebte.³ Es ist kein Zufall, dass gerade in der Morgendämmerung einer Liberalisierung der politischen Kultur der Bundesrepublik, in den sogenannten langen 1960er Jahren, diese Veröffentlichung des Marburger Dozenten Furore machen konnte. Das Wichtigste an diesem Buch ist der programmatische Titel. Eher linke Stimmen begrüßten vor allem die Legitimierung des Begriffs, den Nolte allerdings zum einen epochal auf die Zwischenkriegszeit eingrenzte und zum anderen rein geistesgeschichtlich (»phänomenologisch«) verstand. Es ging um den Aufstieg der Massenbewegungen der Action française, des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus – mit Rückblicken auf die Jahrhundertwende. Weniger als zehn Prozent des 600-Seiten-Werks galten dem Faschismus und Nationalsozialismus an der Macht; vielmehr ging es um Wesensgleichheiten der Bewegungen – übrigens schon mit der These vom Faschismus als bürgerlicher Reaktion auf den Bolschewismus, die später im sogenannten Historikerstreit für große Aufregung sorgte. In diesem Zusammenhang ist zu unterstreichen, dass es durchaus bereits Diskussionen außerhalb Deutschlands gab, etwa in Israel, die als entscheidenden Zeitraum für die Genese von Fragmenten faschistischer Ideologie die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg profilieren – damit wurde das später im sogenannten Historikerstreit von Nolte bemühte Konstrukt eines Kausalnexus von bolschewistischem Terror und Holocaust, der aus der fehlgeleiteten Angstpanik des Bürgertums erklärt wurde, überzeugend widerlegt. Ob Nolte jemals Georg Lukacs' *Zerstörung der Vernunft* gelesen hat, weiß ich nicht. Aber er hatte immerhin das Verdienst, als Herausgabe einer jener gelben Bände der »Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek Geschichte« im Verlag Kiepenheuer und Witsch, eine wichtige Theoriequelle für Historiker und den interessierten akademischen Nachwuchs, den 1967 erschienenen und 1971 in der vierten Auflage veröffentlichten Band *Theorien über den Faschismus* zu edieren.⁴ Die abgedruckten Beiträge reichten von Mussolini bis Clara Zetkin, von Benedetto Croce bis Ernst Bloch, von Joseph Goebbels bis Paul Sering – mithin also Beiträge zur Anregung für das akademische Publikum durch zeitgenössische klassische Texte, nicht aber Vorgaben zur »Übernahme« sozial- oder politikwissenschaftlicher Modelle. Nolte meinte –

³ Ernst Nolte 1963: *Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française – der italienische Faschismus – der Nationalsozialismus*, München.

⁴ Ernst Nolte (Hg.) 1967: *Theorien über den Faschismus*, Köln.

Ende der 1970er Jahre – rückblickend, dass er keineswegs eine »autonome Faschismustheorie« habe entwickeln wollen; ihm sei es vielmehr darum gegangen, die Totalitarismustheorie zu »differenzieren, zu historisieren und bis zu einem gewissen Punkt zu entemotionalisieren, aber keineswegs zu überwinden«.⁵

Noltes Sammlung zeitgenössischer Texte der Zwischenkriegszeit zum Faschismus war nur ein Teil der nun einbrechenden theoretischen Suchbewegung im Umfeld der sich entfaltenden Studentenbewegung, die auch charakterisiert wurde durch die Wiederentdeckung undogmatisch-marxistischer Literatur der Zwischenkriegszeit – von Walter Benjamin bis zu Ernst Bloch – in der mit dem Faschismusbegriff gearbeitet wurde (dies gilt etwa für die West-Berliner Zeitschrift *DAS ARGUMENT*), allerdings bezogen sich diese Veröffentlichungen in der Regel auf die Aufstiegsphase zur Macht.

Die Beschäftigung mit Faschismustheorien besaß eine enorme Ausstrahlung über die Neue Linke hinaus. Zu keinem Zeitpunkt war die Bereitschaft in Teilen der westdeutschen Historikerzunft, den Faschismusbegriff und Faschismustheorien offen zu diskutieren – einschließlich des Verhältnisses von Kapitalismus und Faschismus und bis zur Frage der Anwendung des Begriffs auf die Zeit nach 1945 – größer als Ende der 1960er Jahre.⁶

Höhe- und Endpunkt der Selbstverständigungsphase westdeutscher Historiker war ein Kolloquium im Münchner Institut für Zeitgeschichte Ende 1978 mit dem Titel »Totalitarismus und Faschismus«. Die Dokumentation dazu erschien 1980.⁷ Referate hielten neben Karl Dietrich Bracher und Ernst Nolte u. a. Hans Mommsen, Jürgen Kocka, Martin Broszat und Wolfgang Schieder. Reinhard Kühnl war nicht anwesend, ob eingeladen oder nicht, weiß ich nicht. Das Ergebnis des in der Diskussion dieser Tagung erreichten Kompromisses war, dass beide Begriffe, Totalitarismus und Faschismus, nicht mehr als unvereinbar gelten sollten, wobei Jürgen Kocka – sozusagen für die progressive Fraktion – die »wissenschaftliche und politische Überlegenheit eines sorgsam definierten Faschismusbegriffs« postulierte, weil dieser »eher in der Lage [sei], wichtige Elemente des Totalitarismusbegriffs in sich aufzunehmen als umgekehrt.« Der Totalitarismusbegriff, sinnvoll definiert, betone am Nationalsozialismus dessen diktatorische Negation liberal-demokratischer Verfassungsprinzipien, bestimmte Eigenarten des Herrschaftssystems hinsichtlich der ideologischen Mobilisierung durch extremen Nationalismus usw., eben jene Punkte, bei denen Gemeinsamkeiten mit dem Stalinismus bestehen würden, rücke damit aber Regime zusammen, deren soziale Grundlagen, Funktionen und politischen Zielsetzungen sehr unterschiedlich gewesen seien. Ein elaborierter Faschismusbegriff gehe insofern weiter, als er die sozialgeschichtlichen Bedingungen, Inhalte und Funktionen, vor allem die Bedingtheit durch Krisenerscheinungen kapitalistisch-bürgerlicher Systeme seit dem Ersten Weltkrieg, die mittelständische Basis, die Koalition mit sich bedroht fühlenden Eliten, die antisozialistische und antikommunistische Stoßrichtung analysieren lasse. Kocka führte dann noch ein weiteres Argument für die Überlegenheit des Faschismusbegriffs an, dass er nämlich den »historisch variablen Zusammenhang zwischen bürgerlich-

⁵ In der Diskussion auf einer Tagung des Instituts für Zeitgeschichte (s. Anm. 7).

⁶ Vgl. etwa den Handbuch-Artikel von Wolfgang Schieder 1968: »Faschismus«, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd. II, Freiburg u. a.

⁷ Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, München 1980; dort die folgenden Zitate.

kapitalistischen Systemen und dem Faschismus zum zentralen Thema [mache], ohne doch ihre Identität zu behaupten«. Das ist insofern interessant, als hiermit durchaus die Position von Kühnl bestätigt wurde, der von »Formen« (im Plural) »bürgerlicher Herrschaft« gesprochen hatte und dem mit wachsendem Abstand in schärferem Ton eben deshalb eine geradezu verfassungsfeindliche Stigmatisierung parlamentarischer Demokratie vorgeworfen wurde, weil sie nur als eine Form bürgerlicher Herrschaft in die Nähe der anderen Form gerückt werde. Interessant ist über diesen Punkt hinaus, dass im Debattenbeitrag von Kocka 1978 (ein Jahr vor der Holocaust-Serie im Fernsehen) der Antisemitismus und die Judenpolitik als entscheidendes Spezifikum des deutschen Nationalsozialismus nicht vorkamen. Im sogenannten Historikerstreit um den Nationalsozialismus Mitte der 1980er Jahre wiederum spielte der Begriff des »Faschismus« bei den Kontrahenten explizit keine Rolle, die betonte »Singularität« des Holocaust schloss ihn für sie geradezu aus.

Ansonsten nehmen faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft mittlerweile eine immerhin mehrheitlich tolerierte, wenn auch eine wohl minoritäre Rolle ein. Zu erwähnen ist in erster Linie die Position von Wolfgang Schieder, der den Faschismusbegriff als sinnvoll und heuristisch wertvoll bezeichnete unter der Bedingung, dass es sich um einen komparatistischen Begriff handeln müsse. Von Faschismus nur im Blick auf den Nationalsozialismus zu sprechen mache keinen Sinn. Schieder unterschied Germano- und Italofaschismus als »im Kern politische Sammlungsbewegungen ohne feste soziale Basis«, die im »gegenrevolutionären Bündnis« mit den alten Herrschaftseliten die Macht erlangten. Vergleiche von Italien und Deutschland ließen sich mit totalitarismustheoretischen Ansätzen nicht durchführen, weil erstens beide Regime keine monolithische Machtstruktur besessen hätten und sich zudem noch darin unterschieden hätten, dass Mussolini Mittler zwischen der faschistischen Bewegung und starken bürgerlich-industriellen, militärischen, monarchischen und kirchlichen Kräften blieb, das Regime also kaum totalitäre Züge aufwies, während man dies für Deutschland durchaus behaupten könne. Wolfgang Schieder hat in seinen über ein halbes Jahrhundert reichenden Forschungen diesen Punkt immer wieder betont.⁸

In europäischer Perspektive unterschied Schieder drei Arten von Faschismus: In Ländern wie Großbritannien und Frankreich habe er nur eine Bewegungsphase aufzuweisen, in anderen wie z. B. Spanien oder Rumänien habe er durchaus die Macht (mit) ergriffen, sei dann aber in nicht primär faschistischen autoritären Regimen aufgegangen. Nur in Deutschland und Italien – mit den erwähnten Unterschieden – sei der Faschismus an die Macht gelangt. Die Ursachen dafür seien in historischen Belastungsfaktoren zu suchen, der krisenhaften Gleichzeitigkeit von Nationsbildung, Verfassungsbildung und industrieller Revolution – und, so wäre zu ergänzen, der daraus erwachsenen Konstellationen des verlorenen Ersten Weltkriegs. In der Bundesrepublik entwickelte sich erst seit den 1980er Jahren eine breite Forschung im Sinne des komparatistischen Faschismusbegriffs Wolfgang Schieders.

⁸ Vgl. Wolfgang Schieder 2008: *Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland*, Göttingen.

III.

Nicht nur die etablierte Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik tat sich schwer mit den im Laufe der 1960er Jahre entstandenen und revitalisierten faschismustheoretischen Ansätzen. Das gleiche gilt für die Vertreter der kommunistischen Dimitroff-Formel. Reinhard Kühnl stellte für sie eine besondere Herausforderung dar, waren seine Publikationen doch ein besonders markanter Ausdruck der enormen Attraktion von »Faschismustheorien« der Neuen Linken in der akademischen Intelligenz um 1970. Seine Bücher zu »Formen bürgerlicher Herrschaft« und zur Faschismustheorie, publiziert bei Rowohlt, wurden fast 200.000 mal verkauft, er war in den 1970er Jahren nicht nur in diesem Verlag in der Reihe rororo-aktuell präsent, sondern veröffentlichte zugleich in explizit linken Verlagen, bei PRV, Röderberg und Distel.

Kühnl war ein Vertreter des, so nannte man das damals, Bündnistheoretischen Ansatzes; er sprach vom »Bündnis zwischen faschistischer Partei und Oberklassen«, allerdings explizit nicht für den Aufstieg der NSDAP zur Massenbewegung: »Was den Aufstieg des Faschismus zur Massenbewegung betrifft, so sind die Ursachen nicht primär in der Unterstützung des Großkapitals zu suchen.«⁹ Erst die Existenz der NSDAP als Massenbewegung und die tiefe Krise konservativer und liberaler Parteien ließ die faschistische Lösung für Teile der »Oberklassen«, aber nicht nur für diese, attraktiv erscheinen. Vor allem der erste Band zur Faschismuskussion mit der Aufnahme unterschiedlicher klassischer Texte (August Thalheimer, Wilhelm Reich, Georgi Dimitroff) und eines breiteren Spektrums zeitgenössischer Diskussionsbeiträge (Johannes Agnoli, Wilhelm Alff, Manfred Clemens, Eike Hennig, Klaus Horn, Gerd Schäfer, Reinhard Opitz) kann als linkspluralistisch bezeichnet werden; Kühnl legte dabei explizit großen Wert auf die psychologischen Erklärungsansätze für die Attraktivität und Faszination des Faschismus, davon zeugte die Aufnahme der Texte von Wilhelm Reich und von Klaus Horn. Die Positionen von kommunistischen und DDR-Historikern wurden nicht ausgegrenzt, aber sie dominierten nicht und blieben nicht unwidersprochen. Kühnl hat immer wieder die Dimitroff-Formel und die apologetischen Darstellungen kommunistischer Politik mit ihrer unerträglichen Weichzeichnung des Stalinismus in Darstellungen von Historikern der DDR der Faschismustheorien differenziert kritisiert.¹⁰

Wie antworteten die Verteidiger der sakralisierten kommunistischen Faschismustheorie. Das war insofern heikel, als Reinhard Kühnl hochgeschätzter politischer Bündnispartner war, der sich in vielen Bewegungen engagierte, nicht zuletzt im BdWI. Der Angriff wurde insofern in sehr maßvollem Ton und zum Teil indirekt geführt. Besonders engagierte sich Reinhard Opitz, zugleich ein politisch einflussreicher Funktionär in kommunistischen Vorfeldorganisationen. Ich erwähne gerade diesen, weil ich mich ein wenig gewundert habe, dass in der Rede auf der Trauerfeier für Reinhard Kühnl von Frank Deppe vor einem Jahr (abgedruckt in *Forum Wissenschaft* als Übernahme aus der Zeitschrift *Sozialismus*) neben Reinhard Kühnl auch Reinhard Opitz als einer der »bedeutendsten marxistischen Faschismusforscher in der Bundesrepublik« gewürdigt wurde, so dass man meinen könnte, diese beiden hätten ähnliche Verdienste vorzuweisen oder hätten gar in ähnlicher

⁹ Reinhard Kühnl 1970: »Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus«, in: *Das Argument*, Heft 58 (1970): 258 – 279, Zitat: 272.

¹⁰ Vgl. etwa Reinhard Kühnl 1979: *Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskussion 2. Ein Leitfaden*, Reinbek.

Richtung argumentiert. Opitz, zwei Jahre älter als Kühnl und 1973 in Marburg mit einer Arbeit über den »Sozialliberalismus« promoviert, war aber lediglich der wichtigste Propagandist der auf der Dimitroff-Formel basierenden kommunistischen Faschismustheorie in der Bundesrepublik. Schon in seiner Dissertation bestimmte er die politisch-ideologische Strömung des Sozialliberalismus »als ausschließlich mit dem Interesse des neuindustriellen Monopolkapitals identisch«¹¹, so dass eine Identität von ökonomischer und politisch-ideologischer Frontenbildung hergestellt wurde und politische Repräsentanten wie der aus dem katholischen Zentrum kommende Reichskanzler Heinrich Brüning, der sozialdemokratische jüdische Ökonom Rudolf Hilferding, der von den Nationalsozialisten 1941 in Frankreich verhaftet, gefoltert und ermordet wurde, und der deutschnationale Volkskonservative und Emigrant Gottfried Treviranus allesamt als Vertreter des Sozialliberalismus fungierten¹² – hier führte die Dimitroff-Formel zu verschwörungstheoretischem Unfug, der quellenmäßig nicht zu belegen war.

Die Auseinandersetzung mit Reinhard Kühnl wurde vor allem in der Zeitschrift *DAS ARGUMENT* geführt. 1970 veröffentlichte Reinhard Opitz dort einen Aufsatz, in dem er zunächst Kühnls Verdienste würdigte, den sozialen Kern des NS-Regimes hervorgehoben zu haben, aber dann den grundlegenden politischen Dissens benannte: Mit Kühnls Bestimmung des Faschismus als antidemokratisch und autoritär und seiner Gegner als demokratisch entstehe die Gefahr, »dass sie benutzt werden kann, eine Differenzierungslinie quer durch die Linke zu ziehen«; hier ist der Zusammenhang von wissenschaftlichem und politischem Streit unmittelbar greifbar.¹³

In der Nr. 87 der Zeitschrift *Das ARGUMENT* (1974) rechnete Opitz dann in einem 60seitigen Aufsatz mit allen Kritikern der marxistisch-leninistischen Orthodoxie ab, wobei er das Kunststück fertigbrachte, Reinhard Kühnl nur einmal beiläufig, aber nicht zum Kern der Auseinandersetzungen, zu erwähnen. Stattdessen kassierte der kürzlich verstorbene Linkssozialist Arno Klönne, der in dem von Kühnl herausgegebenen Band *Der bürgerliche Staat der Gegenwart* (Faschismustheorie II, Reinbek 1972) zu Wort gekommen war, Opitz' Hiebe; er trage nur »Verworrenheiten« vor, Hiebe, die aber inhaltlich auch gegen Kühnl gerichtet waren. In seinem Aufsatz plädierte Opitz – wiederum implizit gegen Kühnl – für einen weiten Faschismusbegriff auch in der Gegenwart, in dem Regime mit und ohne Massenbasis (also Militärdiktaturen) vereint wurden. Karin Priester hat diesen Aufsatz im *ARGUMENT* fünf Jahre später treffend kritisiert.¹⁴

Während Reinhard Opitz in seinem Aufsatz im *ARGUMENT* übrigens die von Kühnl edierten Autoren klassischer Texte, die ihm missliebig waren, wenigstens beim Namen nannte, etwa August Thalheimer, sucht man in seinem Hauptwerk, dem 1984 im Verlag Marxistische Blätter erschienenen Band *Faschismus und Neofaschismus* (immerhin 540 Seiten) im Personenregister vergeblich nach solchen renegatischen Unpersonen der kommunistischen Bewegung wie Brandler, Thalheimer und Trotzki, während dagegen Ernst Thälmann Er-

¹¹ Reinhard Opitz 1973: *Der deutsche Sozialliberalismus 1917 – 1933*, Köln: 214.

¹² Vgl. ebd.: 215.

¹³ Reinhard Opitz 1970: »Fragen der Faschismuskritik. Zu Reinhard Kühnls Bestimmung des Faschismusbegriffs«, in: *Das Argument*, Heft 58 (1970): 280 – 291, Zitat: 285.

¹⁴ Reinhard Opitz 1974: »Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus«, in: *Das Argument*, Heft 87 (1974): 543 – 603, hier: 580 f.; Karin Priester 1979: »Faschismus und Massenbewegung. Kritik an Opitz«, in: *Das Argument*, Heft 117 (1979): 655 – 666.

wählung findet.¹⁵ Opitz war, bei aller subjektiven Überzeugtheit, eher von politischer Loyalität als von wissenschaftlicher Professionalität bestimmt. Ihn wissenschaftlich auf eine Stufe mit Reinhard Kühnl zu stellen, halte ich für gewagt. Kühnls Hervorhebung der relativen Autonomie faschistischer Bewegungen und faschistischer Regime und Abgrenzung von letztlich ökonomistischen Agententheorien besitzt dagegen nach wie vor Anregungscharakter und steht in der Tradition der Forschungen Wolfgang Abendroths, nicht aber in der parteikommunistischen Tradition, die wissenschaftlich hilflos der Frage gegenüber verharrte, warum denn nun die Massen dem Faschismus so lange folgten und auch noch, als es offensichtlich war, dass dies nicht in ihrem Interesse lag. Es wäre gut gewesen, wenn der Streit darum in den 1970er Jahren offener – d. h. als politischer – ausgetragen worden wäre.

IV.

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Die gesamte Auseinandersetzung um den Faschismusbegriff in Deutschland ist, so wurde argumentiert, nicht ohne die Rahmenbedingungen politischer Kultur zu verstehen. Wenn – am schärfsten Bracher – immer wieder die Differenz von liberaler Demokratie und Nationalsozialismus als wesentlich betont und auf letzterem Begriff beharrt wurde, dann wurde damit – intentional oder nicht intentional – eine andere Wesensgleichheit insinuiert, die von Sozialismus und Nationalsozialismus. Und nichts verdeutlicht wohl stärker die Historizität solcher Begriffsdebatten als die Reaktionen der Teilnehmer an der erwähnten Münchner Tagung 1978. Hans Mommsen protestierte, die von Bracher verwandte Kategorie »liberaldemokratisch« schließe »tendenziell eine demokratisch-sozialistische Position aus, wie ich sie vertrete« und Jürgen Kocka ergänzte: »Wenn Welten zwischen ›bürgerlicher‹ Demokratie und Nationalsozialismus liegen, dann auch zwischen sozialistischer Tradition und Nationalsozialismus.« Man gehe der NS-Propaganda auf den Leim, »wenn man seine Selbstbezeichnung zu einer analytischen Kategorie hochstilisiert.«

Wiederum ist der politisch-kulturelle Hintergrund einzubeziehen: Ende der 1970er Jahre begann eine breite öffentliche Kampagne, dass der Nationalsozialismus in erster Linie Sozialismus gewesen sei. Diese von Zeit zu Zeit revitalisierte Propagandaformel, die letztlich die aus dem Kalten Krieg stammende Gleichsetzung der säkularen Mächte – Nationalsozialismus und Kommunismus – eines dämonischen Kollektivismus verlängerte, erlebte eine starke Konjunktur in den 1990er Jahren mit der zu verharmlosenden Gleichsetzungen einladenden Rede von der »zweiten deutschen Diktatur«, des Postulats, das NS-Regime und die DDR systematisch zu vergleichen.

Die keineswegs zufällig in jenem Zeitraum eingeleitete Diskussion zur Wiederbelebung und der Versuch einer Weiterentwicklung von totalitarismustheoretischen Ansätzen schließt zwar auch die Frage nach einer historisch epochalen Begrenzung – symbolisiert etwa durch den Tod Stalins – ein, ist aber durch die regelmäßig beanspruchte Jahrhundertperspektive viel stärker mit der jüngsten Zeitgeschichte und der Gegenwart

¹⁵ Reinhard Opitz 1984: *Faschismus und Neofaschismus*, Frankfurt/M.

verbunden als die Faschismusbegrifflichkeit. Der totalitarismustheoretischen Hausse korrespondiert die strikte historiographische Einhegung des Faschismus-Phänomens.

Während faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft zwar mittlerweile anerkannt, aber gleichwohl minoritär geblieben sind, hat der Diskurs über den Faschismus in Großbritannien, in den USA, in Skandinavien, in Israel eine breitere Linie des Nachdenkens gezogen, weil dort nicht die spezifischen politischen Begrenzungen des Kalten Krieges vorhanden waren wie in Deutschland – allerdings stehen dort häufig eher die ideengeschichtlichen und kulturellen sowie ästhetischen Kontexte, eingebettet in Theorien der Moderne im Mittelpunkt, etwa in der generischen Faschismustheorie von Roger Griffin, während sozialgeschichtliche Komponenten eher vage aufscheinen.¹⁶

In den Diskussionen über den Faschismus unter deutschen Historikern kommt vor allem die Frage nach der aktuellen Relevanz, dem möglichen Potential des historischen Phänomens Faschismus in unserer Gesellschaft kaum vor. Dies liegt zwar auch an der dafür fehlenden fachlichen Kompetenz. Zumindest aber könnten Historiker darauf hinweisen, dass sich Geschichte zwar nicht wiederholt, schon gar nicht als Wiederaufführung des Zwischenkriegstheaters, gesellschaftliche Strukturähnlichkeiten und Problemlagen aber ähnliche Bedrohungspotentiale in völlig neuer Form ermöglichen könnten. Die in Deutschland vorherrschende strikte zeitliche Eingrenzung des Faschismus-Begriffs auf die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs – seither sind sieben Jahrzehnte vergangen – führte dazu, dass die Geschichtswissenschaft bisher sehr wenig zur Analyse rechtsextremer Bewegungen nach 1945 beigetragen und diese Aufgabe weitgehend an die Politikwissenschaft delegiert hat.

Für die historische Analyse bis 1945 wiederum, und darin ist Jürgen Kocka zuzustimmen, entsteht der Eindruck, dass all diese ideologischen Großbegriffe mittlerweile so überfremdet sind von dem, was die Sozialtheoretiker und Sozialphilosophen treiben, dass sie kaum mehr mit Gewinn auf das eigentliche Geschäft historischer Untersuchung zu beziehen sind. Als Ergänzung kann der Hinweis des Konstanzer Zeithistorikers Sven Reichardt auf den bekannten Umstand gelesen werden, dass es eine – zumal kohärente – Ideologie des Faschismus nicht gebe und besser von Sinnsystemen zu sprechen sei, die in der Analyse der Praxis faschistischer Bewegungen greifbar werden; Reichardt plädiert, hier Antonio Gramsci folgend, für eine »praxeologische« Definition des Faschismus, wobei die Semantik als Teil dieser Praxis zu denken wäre.¹⁷ Zu raten ist also zu möglichst sparsamen Generalisierungen, der möglichst konkreten Analyse konkreter Konstellationen und ihrer ideellen Deutung, die im Übrigen über die Ebene der Praxis hinaus auch die alten Fragen nach der sozialen Trägerschaft und materiellen Interessen zu berücksichtigen hätte. Die historiographische Reflektion des Faschismusbegriffs im Rahmen einer Historik der Moderne ist wichtig, aber nur in heuristischer Absicht als Inspiration und unter Vermeidung der Gefahr, sich für empirische Untersuchungen die Augen durch zu viel formelhafte ideengeschichtliche Theorie verkleistern zu lassen.

Wichtig ist die Sensibilisierung dafür, dass faschistische Bewegungen auf dem Boden bürgerlicher Gesellschaften unter spezifischen historischen Bedingungen entstehen konnten und entstehen können, dass kapi-

¹⁶ Roger Griffin 2007: *Modernism and Fascism. The Sense of a Beginning under Mussolini and Hitler*, Houndsmills u. a.

¹⁷ Sven Reichardt 2007: »Neue Wege zur vergleichenden Faschismusforschung«, *Mittelweg* 36, Jg. 16, 2007, Heft 1: 9 – 25.

talistische Interessen mit faschistischen Bewegungen und Regimen verknüpft sind, aber diese nicht als simple Agentur solcher Interessen fungieren, sondern gerade ein hämischer volksgemeinschaftlicher Egalitarismus mit seinen In- und Exklusionen die populäre Attraktivität, aber auch die Ambivalenz faschistischer Bewegungen ausmacht. Soweit uns hierfür faschismustheoretische Ansätze Material liefern, sind sie nützlich.

Die Kultur des Faschismus in Ungarn

Vorwort und Arbeitshypothese

Ungarn ist in den vergangenen Monaten europaweit in den Mittelpunkt der Diskussionen geraten. Man steht zumeist ratlos vor der Frage, wieso die Wahlergebnisse einen permanenten Rechtstrend zeigen, und was die Faktoren sind, die eine – zugegeben um die Zeit der Wende 1990 noch nicht gefestigte – Demokratie von innen derart auszuhöhlen vermochten, dass die Gesellschaft heute als ethnisch weitgehend geschlossen¹⁸ und als autokratisch und totalitär bezeichnet werden darf.¹⁹

Die Hypothese meiner vorliegenden Arbeit ist es, dass sich Ungarn deshalb radikalisiert, weil die tradierte, den alltäglichen Diskurs noch immer beherrschende orthodox marxistische²⁰ Interpretation des Faschismus den Demokratisierungsprozess verhindert. In dieser, seit dem Realsozialismus gebräuchlichen Definition werden die Ursachen des Faschismus – oder die von gesellschaftlichen Krisen allgemein – ausschließlich im sozioökonomischen Bereich gesucht, wobei der Ethnonationalismus und der Rassismus²¹, sowie die Idee der Palingeneses²², die eigentlichen Triebkräfte der Faschisierung, vollkommen ausgeblendet werden. Der Ethnonationalismus und der Rassismus wurden auch im Realsozialismus nicht nur als etwas Nebensächliches angesehen, sondern sogar geduldet. Selbst für den Holocaust wurden deshalb als Hauptursachen nicht der nationale Blick und der Rassismus genannt, sondern das antikommunistische Ressentiment. Diese Geschichtsauf-

¹⁸ Bei den verschiedenen Umfragen, in denen es um die *Abwertung des Anderen* geht, fällt in den letzten Jahren immer wieder die 80-Prozent-Marke. Das heisst, dass um die 80% der Menschen in Ungarn ausgrenzend denken (siehe im Kapitel »Entliberalisierung des Demos und die Erlösung der Nation« in dieser Arbeit). Bei so einer hohen Prozentzahl dürfte die Formulierung nicht zu gewagt erscheinen, dass es um kollektivierte Ausgrenzungstendenzen einer ethnisch geschlossenen Gesellschaft geht.

¹⁹ Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Samuel Salzborn weist Ungarn Indizien auf, »die es als autokratisch kennzeichnen (wesentliche Züge der neuen ungarischen Verfassung), wie auch solche, die als totalitär anzusehen sind (wie die gesamte Mediengesetzgebung)«, in: Samuel Salzborn 2015: »Schleichende Transformation zur Diktatur. Ungarns Abschied von der Demokratie« in: *Kritische Justiz*, Jg. 48, 1/2015, 71-82, hier: 71.

Salzborn greift in seinem Aufsatz am empirischen Beispiel Ungarn das Argument über nicht- bzw. antidemokratische Systeme auf, das er früher schon auf der theoretischen Ebene behandelt hatte: Samuel Salzborn 2012: »Autokratie, Autoritarismus – und Demokratie? Konzeptionelle Anmerkungen zum Stand der Autokratieforschung«, in: *Neue Politische Literatur* Jg. 57, H. 2, 260 ff., und das er in seinem neuesten Buch ebenfalls ausführt: Samuel Salzborn 2015: *Kampf der Ideen. Die Geschichte politischer Theorien im Kontext*, Baden-Baden: Nomos, 81 ff (Die Vernichtung der Ambivalenz: Vom Überlegenheitsdenken zur totalitären Ideologie).

²⁰ Bereits in den 1940er Jahren war die Trennlinie zwischen der östlichen und westlichen Krisentheorie zu spüren: während sich im Osten Europas die orthodox-marxistische Krisenerklärung mit ihrem vereinfachten (verschwörungstheoretischen) Antikapitalismus verfestigt hatte, wurde die westliche Krisentheorie mit der Kulturphilosophie und der Sozialpsychologie erweitert. Heute wird deshalb zwischen der orthodoxen und der kritischen Theorie unterscheiden. Vgl. Michael Schwandt 2010: *Kritische Theorie. Eine Einführung*. Stuttgart: Schmetterling.

²¹ Zum Begriff »Rassismus«: Susan Arndt 2014: »Rassismus und Wissen«, in: Gudrun Hentges/ Kristina Nottbohm/ Mechtild M. Jansen/ Jamila Adamou (Hg.): *Sprache-Macht-Rassismus*, Berlin: Metropol, 17-34.

²² Die Idee der Palingeneses (aus dem Griechischen »palin«=»wieder« und »genesis«=»Entstehung«) heißt die Neugeburt der Nation. Sie macht nach dem Faschismusforscher Roger Griffin die wesentliche Zielvorstellung von Faschismen allgemein aus und weist auf den mythischen Kern der faschistischen Ideologie: Roger Griffin 1993: *The Nature of Fascism*, London: Routledge, 32ff (»Palingenetic myth« and »populist ultra-nationalism«).

fassung begleitete die gesamte Zeit des Realsozialismus²³. Während der Faschismus ausschließlich auf sozio-ökonomische Ursachen zurückgeführt wurde, waren der Nationalismus und der Rassismus keine kritisch hinterfragten Aspekte, vielmehr war der Realsozialismus ebenfalls national und vom rassistischen Blick durchdrungen. Als Erbe dieser Theorie werden auch heute die Ursachen der Krise in Ungarn im sozioökonomischen Bereich gesucht, wobei dieser ökonomistische Reduktionismus den Nationalismus und den Rassismus nicht nur duldet, sondern sogar fördert.

In meiner Arbeit gehe ich zunächst auf die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Faschismusbegriff ein, dann beschreibe ich die gängigen Faschismustheorien mit dem tradierten, antisemitisch konnotierten Kapitalismusbegriff sowie die gegenwärtige Krisenanalyse der oppositionellen Intelligenz und Parteien in Ungarn, und im letzten Absatz nenne ich die Gesichtspunkte, mit deren Hilfe sich die Krise in Ungarn aus der kulturwissenschaftlichen Perspektive als *Kultur des Faschismus* beschreiben lässt.

Von der Schwierigkeit, in Ungarn über den Faschismus zu reden

Ein Kommunikationsprozess wird immer dadurch bestimmt, aus welchem kulturellen Umfeld die an ihm beteiligten Individuen kommen. Kultur ist in diesem Zusammenhang nach Habermas »der Wissensvorrat, aus dem sich Kommunikationsteilnehmer, indem sie sich über etwas in der Welt verständigen, mit Interpretationen versorgen«.²⁴ Wenn bestimmten Begriffen von den Beteiligten der Kommunikation infolge des kulturell unterschiedlich tradierten Wissensvorrats nicht die gleiche Bedeutung unterstellt wird, kann es passieren, dass die gleichen Begriffe jeweils anders dekodiert werden. Besonders prädestiniert sind für Missverständnisse die Begriffe »Kultur«, »Identität« oder »Faschismus«²⁵. Hinzu kommt, dass in der essentialistischen, ethnozentrischen kulturellen Tradition²⁶ Ungarns Identität vorwiegend durch die Abgrenzung vom Anderen entsteht, was das aufeinander Zugehen erheblich erschwert. Unbekannte Inhalte können schnell in bekannte, ethnozentrische Denk- und Verhaltenskategorien eingeordnet werden, wodurch die Differenz verschärft, und der Dialog abgeblockt wird. Bei der ethnozentrischen kulturellen Tradition wird nur das bereits Bekannte er-

²³ István Rév, Auschwitz 1945-1989 (rekonstrukció [Rekonstruktion]), in: <http://w3.osaarchivum.org/galeria/auschwitz/files/pages/revdoc.html> (Zugriff 16.12.2015).

²⁴ Jürgen Habermas 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd.2, FFM: Suhrkamp, 209.

²⁵ Auf den Begriff »Kultur« ausführlicher einzugehen würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, dennoch sei kurz erwähnt, dass in Ungarn unter »Kultur« allgemein affirmativ die »Kunst« verstanden wird und nicht die erweiterte Auffassung im Sinne von »Zivilisation«. Über den Kulturbegriff siehe z.B.: Armin Klein 2003: *Kulturpolitik. Eine Einführung*, Opladen: Leske+Budrich, 26ff (Annäherungen an den Begriff »Kultur«).

²⁶ Der essentialistische Ansatz (lat: *essentia*) geht davon aus, dass die Bewohner eines Kulturraumes durch feststehende Eigenschaften gekennzeichnet sind und sich aufgrund sprachlicher, sozialer, kultureller, religiöser, ethnischer und nationaler Kollektiv-Identitäten als Gruppe konstituieren. Vgl. Kazuma Matoba/ Daniel Scheible: *Interkulturelle und transkulturelle Kommunikation*, Working Paper of International Society for Diversity Management e.V. No. 3 (http://www.idm-diversity.org/files/Working_paper3-Matoba-Scheible.pdf [Zugriff: 19.12.2015]). Vgl. auch: Sigrun Caspary/ Kazuma Matoba (Hg.) 2000: *Transkultureller Dialog*, Weimar: Metropolis. Der Begriff »Transkulturalität« bedeutet, dass Kulturen nicht homogene, klar voneinander abgrenzbare Einheiten sind, sondern zunehmend vernetzt und vermischt werden. Die Konzeption der Transkulturalität ist ein kulturelles Verflechtungsmodell, das nicht die Isolation und die Abgrenzung und dadurch die Konflikte heraufbeschwört, sondern eine gegenseitige Akzeptanz und ein Aufeinander-Eingehen bedeutet, wobei in ihr das Eigene und Fremde nicht voneinander getrennt sind, sondern das Fremde Teil des Eigenen ist. Die Konzeption geht zurück auf Wolfgang Welsch 2004: »Auf dem Weg zu transkulturellen Gesellschaften«, in: Lars Allolio-Näcke, Britta Kalscheuer, Arne Manzeschke (Hg.): *Differenzen anders Denken. Bausteine zu einer Kulturtheorie der Transdifferenz*, FFM: Campus, 314-341.

kannt.²⁷ Der Ethnozentrismus ist zudem ein sehr narzisstischer Standpunkt. Vom Standpunkt des Ethnozentrismus heraus werden alle nicht-ethnozentrischen Annäherungen, ob von innen oder von außen, miss-
trauisch beäugt.

Im Zusammenhang mit dem Begriff »Faschismus« können vor allem zweierlei Missverständnisse auftreten: Erstens wird er in Ungarn als die Korruption einer kleinen abgehobenen politischen Elite dem patriotischen »Volkswillen« gegenüber oder als eine Diktatur des Kapitals dekodiert. Hinter dem Begriff Faschismus wird ein von oben kommendes unterdrückerisches und »das Volk« manipulierendes System vermutet. Weil zudem im Realsozialismus gerade der Begriff Faschismus (und nicht der Nationalsozialismus) mit dem Holocaust assoziiert wurde, wird er in dieser Tradition auch als Hassbegriff dekodiert, so dass der Faschist semantisch dem Teufel gleichkommt.

Alles in Allem ist beim Begriff Faschismus eine neutrale Herangehensweise fast unmöglich, weshalb eine besondere Sensibilität vonnöten ist, will man im Dialog bleiben.

Faschismustheorien in Ungarn und der tradierte Kapitalismusbegriff

Die offiziellen Faschismustheorien in Ungarn wurden im Realsozialismus - wie bereits erwähnt – aus der Krise des Kapitalismus abgeleitet, bzw. auf Ursachen zurückgeführt, die ausschließlich im sozioökonomischen Bereich gesucht wurden. Diese Denkrichtung ist auf den offiziellen Faschismusbegriff der realsozialistischen Staaten nach der so genannten Dimitroff-Formel aus dem Jahre 1935 zurückzuführen, die den Faschismus als die »offen terroristische Diktatur der reaktionären, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« definierte²⁸. So wurde die Entstehung des Faschismus auf eine politische Soziologie des monopolkapitalistischen Machtkartells reduziert, das sich als ein angebliches Subjekt der Geschichte den Faschismus restlos inkorporiert hat²⁹. Die Dimitroffsche Faschismusdefinition rechtfertigte auch nach 1945 im Zuge des »Aufbaus des Sozialismus« die notwendige Repression als praktizierten Antifaschismus. Die Revolution in Ungarn 1956, der »Prager Frühling« 1968 und die Arbeiterbewegung in Polen 1970 und 1981 erschienen in der Geschichtsschreibung der »antifaschistischen« realsozialistischen Staaten als faschistischer Putsch. Dies geschah im Namen eines Mythos »Antifaschismus«, der den kommunistischen Regimes dabei half, ihre Machtergreifung als Resultat des nationalen Unabhängigkeitskampfes darzustellen.

²⁷ Jörg Hogen stellte die wesentlichen Faktoren in der Kommunikation auf, von denen international orientierte Unternehmen beim Zusammentreffen von Kulturen beeinflusst werden. Er klassifizierte die Kommunikationsformen, um den Weg aufzuzeigen, wie man sich in der Kommunikation dem Fremden nähern, unbekannte »Verhaltensmuster aufspüren, sich diese anzueignen und sich das eigene Selbst so zu enteignen« kann. Jörg Hogen 1998: *Entwicklung interkultureller Kompetenz*. Marburg: Metropolis, 135.

²⁸ Georgi Dimitroff 1958: »Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (2. August 1935)«, in: Ders.: *Ausgewählte Schriften*, Bd.2, Berlin, S.523ff.

²⁹ Definition von Agnieszka Pufelska, die eine sehr gute Zusammenfassung der realsozialistischen Faschismus- und Antifaschismuskonzeption liefert in: Agnieszka Pufelska 2011: »Der Faschismus-Begriff in Osteuropa nach 1945. Ein geschichtspolitisch angeleiteter Erklärungsversuch«, in: Claudia Globisch/ Agnieszka Pufelska/ Volker Weiß (Hg.): *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*, Wiesbaden, 281-293.

Dieser Antifaschismus war national, wobei genau dieses nationale Element die wichtigste Rolle dabei spielte, dass die völkische Ideologie aus der Vorkriegszeit überleben konnte³⁰.

Im Sinne dieses Mythos »Antifaschismus« sagte z.B. 1975 auf einer Konferenz in Greifswald zum 30. Jahrestag des Kriegsendes mit dem Titel »Die Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetunion – entscheidende Voraussetzung für den weiteren Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus« der Delegierte aus Ungarn: »In unserer Heimat wie auf der ganzen Welt waren es lediglich die Kommunisten, die die Volksmassen und die demokratischen Kräfte von Anfang an zum Kampf gegen den Faschismus aufgerufen hatten. Sie waren nicht nur die Organisatoren und Führer des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit und die demokratische Erneuerung, sondern haben dafür auch die meisten Opfer gebracht«³¹.

Auch aus diesem Zitat sind die wichtigsten Topoi der realsozialistischen Antifaschismuskonzeption abzulesen: »die nationale Unabhängigkeit«, »die Rettung der Nation«, die »Eigenart der nationalen Psychologie der Volksmassen«, und die »nationale Opferrolle«. Das sind völkische Inhalte, die sogleich antisemitisch konnotiert sind³². Vor allem eignet sich der Topos »nationale Opferrolle« zum Antisemitismus durch eine Täter-Opfer-Umkehr, weil durch sie der Holocaust, in dem die »Leidensgeschichte des Judentums« gesehen wird, in ein paralleles Verhältnis mit der »Leidensgeschichte des Magyarentums« gesetzt und dadurch relativiert und letztendlich geleugnet werden³³.

Hinzu kommt der ebenfalls antisemitisch konnotierte Antikapitalismus, der in der Forschung Antisemitismus von Links bezeichnet wird³⁴. Der Antifaschismus räumte dem Rassismus nicht nur keinen Stellenwert ein, sondern vielmehr übertrug er durch die Umkehr der Täter-Opfer-Relation den Antisemitismus der Vorkriegszeit auf das »Mutterland des Kapitalismus«, die USA³⁵ und auf das »imperialistische Israel«, so dass auch der Antizionismus fester Bestandteil des »Antifaschismus« wurde³⁶.

Entsprechend war auch der Kapitalismusbegriff verschwörungstheoretisch paranoid. Der Kapitalismus wurde – wie es sich auch aus dem Text Dimitroffs erschließt – als ein handelndes Subjekt wahrgenommen, dessen Ziele die »Versklavung der schwachen Völker«, »die Steigerung der kolonialen Unterdrückung« und »die Neuaufteilung der Welt« seien. Dazu werde als Mittel der Faschismus benutzt.³⁷ Vergleicht man dieses paranoide Kapitalismusbild mit der Kapitalismusauffassung des nationalsozialistischen Deutschlands aus etwa der gleichen Zeit, sieht man erstaunliche Ähnlichkeiten: Kapitalismus beschreibt demnach »einen krankhaften Zustand der Volkswirtschaft, bei dem das Kapital nicht mehr der Wirtschaft und dem Volksganzen dient, son-

³⁰ Zu den Strukturen der völkischen Ideologie siehe das Kapitel »Entliberalisierung des Demos und die Erlösung der Nation« in dieser Arbeit.

³¹ Zitiert bei Pufelszka, a.a.O., 281.

³² Zu den Strukturen der völkischen Ideologie, wie in Anm. 13.

³³ Vgl. Samuel Salzborn 2006: »Antisemitismus und nationales Opfermythos. Zur Politischen Psychologie eines geschichtspolitischen Kontextes«, in: *Psychozial*, Jg. 29., Nr. 104, 125-136.

³⁴ Thomas Haury 2002: *Antisemitismus von Links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der früheren DDR*, Hamburg: Hamburger Edition, 2002.

³⁵ Pufelszka, a.a.O., 283.

³⁶ Vgl.: Thomas Haury, a.a.O., 438ff (Antizionismus als die marxistisch-leninistische Gestalt des Antisemitismus).

³⁷ Dimitroff, a.a.O.

dem die Wirtschaft beherrscht auf internationaler Grundlage mit Hilfe von Großbanken, Börsen, Kapitalverschiebungen und die Währung beeinflussenden Finanzmanövern auch die Politik zu beherrschen sucht. Die Entwicklung des Kapitalismus stand stark unter jüdischem Einfluß³⁸. Wie in der Forschung mehrfach nachgewiesen, hatte dieses paranoide Kapitalismusbild einen gemeinsamen Ursprung in der Zwischenkriegszeit sowohl in der Weimarer Republik in Deutschland, als auch in der Horthy-Ära³⁹ in Ungarn, als sowohl die Nationalsozialisten, als auch die Kommunisten zwischen dem »schaffenden« und dem »raffenden« Kapital im Sinne von »werktätiges Volk« versus »parasitäre Bourgeoisie« unterschieden⁴⁰ und im Kapitalisten »den Juden« sahen. Das verschönerungstheoretisch-antisemitische Kapitalismusbild wurde in die offizielle kommunistische Propaganda übertragen, so dass auch später, in den realsozialistischen Narrativen der kommunistischen Partei in der Bourgeoisie das »universal Böse« gesehen wurde⁴¹.

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus brach zwar auch die hegemoniale realsozialistische Narrative in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen zusammen, doch hinsichtlich der Faschismusdefinition hielt sich der enge ökonomistische Reduktionismus weiterhin, und der antifaschistische Kampf blieb eng und antisemitisch konnotiert antikapitalistisch⁴². War noch im frühen Realsozialismus, vor allem beim kritischen Rechtswissenschaftler István Bibó⁴³ und später beim ebenfalls kritischen Historiker Miklós Szabó⁴⁴ eine erweiterte, ja, auch analytische Auffassung des Faschismus vertreten, verengte sie sich später wieder. So distanzierte sich zwar die Historikerin Mária Ormos Ende der 1980er Jahre in ihrem Buch ebenfalls von der monokausalen Sicht der Faschismuserklärung aus der Krise des Kapitals und nannte weitere wichtige relevante sozialpsychologische sowie kulturwissenschaftliche Aspekte, im Endeffekt blieb sie jedoch beim Standpunkt,

³⁸ Der Volks-Brockhaus, Leipzig, 1941 (Kapitalismus).

³⁹ Nikolaus von Horthy (1868-1957) Reichsverweser und Oberhaupt im Ungarn der Zwischenkriegszeit 1920-1944.

⁴⁰ Thomas Hauray, a.a.O., 235ff (»Werkstätiges Volk« versus parasitäre Bourgeoisie); Olaf Kistenmacher 2015: *Arbeit und »jüdisches Kapital«. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung Die Rote Fahne während der Weimarer Republik*, Bremen: Edition Lumiere, 39ff. (Vom »Judas« zum »jüdischen Kapital«. Antisemitische Ausdrücke und Argumentationsweisen in der nachrevolutionären Phase, 1918 bis 1923); Avraham Barkai 1995: »Einundzwanzigstes Bild: Der Kapitalist«, in: Julius Schoeps/Joachim Schlör (Hg.): *Antisemitismus. Vorurteile und Mythen*, Frankfurt am Main, 265–272.

⁴¹ Éva Ständeisky 2007: *Antiszemitizmusok (Antisemitismen)*, Budapest: Argumentum, 19ff (Az univerzális rossz=polgári, kispolgári [Das universal Böse=bürgerlich, kleinbürgerlich]).

⁴² Da der IMF (Internationaler Währungsfond) in der antisemitisch-antikapitalistischen Deutung »der verlängerte Arm der (jüdischen) Finanzoligarchie« ist, sind bei einer »antifaschistischen« Demonstration vor dem Budapester Gebäude des IMF 2009 ungarische Antifaschisten mit Rechtsradikalen zusammengetroffen, wobei die »Antifaschisten« vermeintlich gegen den Faschismus demonstrierten, die Rechtsradikalen aber gegen das »unterdrückerische jüdische Finanzkapital«. Der persönliche Hinweis der Autorin dieser Zeilen, dass die falsche Faschismusdefinition zur falschen Demonstration führt, wurde mit dem Argument widerlegt, gegen den Faschismus müsse man selbst mit dem Teufel paktieren.

⁴³ Die erste Studie über die Ursachen des Faschismus entstand in ungarischer Sprache bereits 1942. Der Rechtswissenschaftler, István Bibó deutete in seinem Aufsatz bereits in dieser Zeit an, dass der Faschismus typische Ursachen habe, die wichtigsten jedoch im sozialpsychologischen Bereich zu suchen seien. »Alle anderen Erklärungen, die diese ignorieren wollten, sind hoffnungslos leer« – schrieb Bibó in: István Bibó 1944: *A német hisztéria okai és története* (Die deutsche Hysterie, Ursachen und Geschichte, geschrieben 1944), in: István Bibó 1982: *Összegyűjtött munkái* (Gesammelte Werke), Bern: EPMSZ (Protestantische Ungarische Freie Universität), Band 1, S. 107–183. Diese Arbeit konnte jedoch in der damaligen Zeit in Ungarn nicht gelesen werden. Bibós Werke sind erst seit 1980 als Samisdat-Literatur und seit 1989 offiziell zu lesen.

⁴⁴ Der Historiker Miklós Szabó spricht vom »Neukonservatismus«. Miklós Szabó 2003: *Az Újkonzervativizmus és a jobboldali radikalizmus története - 1867-1918* (Der Neukonservatismus und die Geschichte des Rechtsradikalismus – 1867-1918), Budapest: Új Mandátum. Szabó spricht bereits von einer antimodernen Moderne und im Zusammenhang mit der entstehenden Rassentheorie Ende des 19. Jahrhunderts erwähnt er sogar die Verbindung der Idee der organischen Nation mit dem Mysterium der so genannten Lehre der Heiligen Ungarischen Krone.

dass die gesellschaftlichen Entwicklungsbewegungen vor allem eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklungen und der Kapitalbewegungen sind⁴⁵.

Genau diese These wurde jedoch von der Wissenschaft in Deutschland ab den 1940er Jahren widerlegt⁴⁶. Während Max Horkheimer noch am Vorabend des Krieges 1939 dazu ermahnte, »Wer ... vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen«⁴⁷, wurde der Faschismus bereits 1944, in der »Dialektik der Aufklärung« als Zivilisationskrise und als ein vorübergehendes Produkt der Nachaufklärung erklärt. Denn, selbst, wenn es unbestreitbar ist, dass sich der Faschismus auf dem Boden des Kapitalismus entwickelte, kann, außer, dass sowohl der Kapitalismus als auch der Faschismus ein Ergebnis der Moderne, bzw. der Nachaufklärung sind, durch nichts bewiesen werden, dass das Eine vom Anderen abgeleitet werden könne⁴⁸. Während dieser analytische Zugang auch für den Demokratisierungsprozess in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit von entscheidender Bedeutung war, blieb sie im Ungarn des Realsozialismus vollkommen aus⁴⁹.

Die Faschismusdefinition änderte sich auch nach der Wende nicht, eine Faschismusforschung gab und gibt es nicht⁵⁰, und die Krisentheorien der Nachwendezeit machten sich sogar vom Begriff des Faschismus unabhängig⁵¹. Was zurückblieb, ist der reduktionistische Zugang der Krisentheorie, der den steigenden Rassismus und

⁴⁵ Das erste groß angelegte und auch in Ungarisch lesbare Werk im Realsozialismus stammte von der Historikerin Mária Ormos 1987: *Nácizmus–fasiszmus* (Nazismus-Faschismus). Budapest: Magvető. Ormos bezieht sich in ihrem Buch zum Teil auf die ihr damals vorerst nur als Manuskript vorliegende Arbeit des Historikers Miklós Szabó.

⁴⁶ Michael Schwandt, a.a.O., 12 ff (Der Paradigmenwechsel zur Zivilisationskritik).

⁴⁷ Max Horkheimer 1939: »Die Juden und Europa«. In: *ZfS/SPSS* 8 (1939), 115-137, itt 115.

⁴⁸ Vgl. auch: Wolfgang Wippermann 1997: *Faschismustheorien: Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute*, Darmstadt, Primus.

⁴⁹ Der Psychoanalytiker, Ferenc Erös beschäftigte sich als einer der ganz wenigen, mit der Frage des so genannten »Freudomarxismus«, wurde aber im Realsozialismus ebenso bekämpft, wie die wissenschaftliche Disziplin der Psychoanalyse selbst. Vgl. Erös, Ferenc 1986: *Pszichoanalízis, freudizmus, freudomarxizmus* (Psychoanalyse, Freudismus, Freudomarxismus). Budapest: Gondolat.

⁵⁰ Da die Arbeit des berühmten marxistischen Dissidenten des Realsozialismus und Vertreters der Budapester Schule um Georg Lukács, des Philosophen Mihály Vajda (*Fascism as a mass movement*, London: Allison&Busby, 1976) im Realsozialismus nicht erscheinen durfte, wurde sie erst 1995 in Ungarisch mit gleichem Inhalt publiziert (Vajda Mihály 1995: *A fasiszmusról [Politikai-szociológiai tanulmány]*, Budapest: Osiris). Mihály Vajda liefert in seinem Buch eine bonapartismustheoretische Faschismusinterpretation nach August Thalheimer (August Thalheimer 1967: »Über den Faschismus«, in: Otto Bauer/ Herbert Marcuse/ Arthur Rosenberg: *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über den sozialen Ursprünge und die Funktionen des Faschismus*, FFM: Europäische Verlagsanstalt, 19-38) und geht im Endeffekt von einer Diktatur der Kapitals aus.

Die berühmte Philosophin und ebenfalls Dissidentin des Realsozialismus sowie Vertreterin der Budapester Schule um Georg Lukács, Agnes Heller teilt die bonapartistische Faschismusinterpretation und wendet sie für die Orbán-Regierung ab 2010 an: Die Philosophin Ágnes Heller im Gespräch über Ungarn: <https://www.youtube.com/watch?v=MmRHmPXw1L8>, ab der 17. Minute (Zugriff: 19.12.15). Heller geht in diesem Gespräch von der Machtkonzentration einer kleinen Gruppe, im Grunde von drei befreundeten Menschen (dem Ministerpräsidenten Viktor Orbán, dem Parlamentspräsidenten László Kövér und dem Staatspräsidenten János Áder) aus, die im Lande alles bestimmen würde. Dieser kleine Kreis würde Oligarchen schaffen, die die Regierung unterstützen. Sie meint auch, man könne die Begriffe Faschismus und Nationalsozialismus deshalb nicht für die gegenwärtige Situation anwenden, da diese historisch besetzt seien. Ihre Konklusion ist, die ungarische Bevölkerung möge sich selbst von dieser Situation befreien und die Lösung nicht von Außen erwarten.

Eine Sonderstellung erfüllt das Buch des Ingenieurs und Schriftstellers Rudolf Ungváry, der 2014 ein Buch mit dem Thema faschistoide Mutation in Ungarn publizierte (Rudolf Ungváry 2014: *A láthatatlan valóság. A fasisztoid mutáció Magyarországon* [Die unsichtbare Wirklichkeit. Die faschistoide Mutation in Ungarn], Pozsony/ Bratislava: Kalligram). Das Buch kann nicht als eine wissenschaftlich fundierte Analyse bezeichnet werden, obwohl in ihm manche wichtige Literaturangaben zum Faschismus angegeben werden. Diese sind aber nicht eingebettet in die Faschismus-, Autoritarismus- und Rechtsextremismusforschung, und trotz mancher Fußnoten ist es eher essayistisch.

⁵¹ Auf alle einzugehen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

die Zunahme der völkischen Ideologie nicht einmal wahrgenommen hat und wahrnimmt. Obwohl unter Leitung des Sozialpsychologen Ferenc Erös bereits seit 1994 bereits drei sog. F-Skala Untersuchungen durchgeführt wurden, die auf den deutlichen Anstieg der autoritären Tendenzen hinwiesen⁵², wurden diese allgemein nicht beachtet, weil man den Autoritarismus nicht mit dem Faschismus assoziiert.

Gesellschaftliche Entwicklungsbewegungen werden noch immer vor allem als eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklungen und der Kapitalbewegungen gedeutet, während der reflexive Zugang zur Gesellschaftskritik größtenteils fehlt⁵³. In der dualistischen Gesellschaft agiert die jeweilige Opposition seit der Wende vor allem im Sinne eines Klassenkampfes und im Namen eines »schutzlosen Volkes« gegen eine »kapitalstarke, ausbeuterische Elite«⁵⁴. Die rasante Zunahme einer diesbezüglich negativen Entwicklung ist seit 2002 zu beobachten, als die damalige völkische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Viktor Orbán (1998-2002) die Wahlen zugunsten einer sozialliberalen Koalition (zuerst unter Péter Medgyessy [bis 2004], danach unter Ferenc Gyurcsány [bis 2010]) verlor. Seit 2010, dem Wahlsieg der zweiten völkischen Fidesz-Regierung scheint es sogar, als ob die GDP⁵⁵ die Messlatte der Demokratie wäre und nicht die Achtung der Menschenrechte. Obwohl nach einer 2010 durchgeführten Untersuchung um die 80% der Menschen in Ungarn antiziganistisch-rassistisch eingestellt sind⁵⁶ und nach einer 2011 veröffentlichten Untersuchung Ungarn mit zu den intolerantesten Ländern in der EU zählt⁵⁷, werden Rassismus und Intoleranz nicht nur nicht thematisiert, sondern die Regierung wird vor der Opposition sogar antisemitisch angegriffen. Exemplarisch dafür steht eine dreibändige Publikationsreihe mit Studien führender sozialliberaler Intellektueller mit dem Titel »Die ungarische Krake. Der postkommunistische Mafiastaat«⁵⁸, deren Konzeption es ist, dass die Regierung wie eine Mafia von oben die Gesellschaft mit ihren Krallen umklammere und erdrücke. Sie sei nicht per se rassistisch, vielmehr habe sie gar keine Ideologie, sondern sie brauche den Faschismus und die rechtsextremen Organisationen zu ihren Zwecken. Auch wenn der Name Dimitroff nicht mehr bekannt sein dürfte, haben wir es hier mit der tradierten Dimitroffschen Argumentation zu tun. Das Buch ist sofort nach dem Erscheinen des ersten Bandes zum Bestseller geworden, und der Konzeption und des Buchtitels zufolge verbreitete sich der Begriff »Mafiaregierung« und »Finanzoligarchie« wie ein Lauffeuer als Versuch einer Beschreibung der gegenwärtigen

⁵² Enyedi Zsolt, Ers Ferenc (szerk.) 1999: *Authoritarianism and Prejudice. Central European Perspectives*, Budapest, Ers Ferenc 2001, 4. Exkursus: »Tekintélyelvűség és elitélet Magyarországon«, in: *Analitikus szociálpszichológia. Történeti és elméleti tanulmányok*, Budapest, 233-235.

⁵³ Eine Ausnahme bildet das von George Soros gegründete Open Society Archiv (<https://www.opensocietyfoundations.org/> [Zugriff: 19.12.2015]) und das Institut für die Erforschung der 1956er Revolution (<http://www.rev.hu/portal/page/portal/rev/aktualitasok> [Zugriff: 19.12.2015]).

⁵⁴ In dieser Hinsicht ist eine Negativentwicklung zu beobachten. Gab es in den ersten Jahren nach der Wende noch Großdemonstrationen für die Demokratie und gegen Rassismus (z.B. in der von György Konrád ins Leben gerufene Bewegung »Demokratische Charta« [<http://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/445722/?aid=524266> - Zugriff: 19.12.2015]).

⁵⁵ Gross Domestic Product, GDP = Bruttoinlandsprodukt.

⁵⁶ Luca Váradi: »Keine Überraschung. Antiziganistische Einstellungen ungarischer Jugendlicher«, in: *Migration und Soziale Arbeit*, Jg. 34, Heft 2, Weinheim: Beltz Juventa Verlag, 142-148.

⁵⁷ Andreas Zick, Beate Küpper, Andreas Hövermann 2011: *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

⁵⁸ Bálint Magyar, Júlia Vásárhelyi (Hg.) 2013, 2014, 2015: *Magyar polip. A posztkommunista maffiaállam* (Die ungarische Krake. Der postkommunistische Mafiastaat), I., II., III., Budapest: Noran Libro.

gen Krise im Land⁵⁹. Dass die AutorInnen aber sowohl mit der Konzeption als auch mit dem Titel in eine gefährliche Nähe des antisemitischen Stilmittels der »Krake über dem Erdball« – in Anspielung auf das Klischee vom »weltumspannenden und erdrückenden Judentum« gelangen, fiel weder ihnen noch den HerausgeberInnen auf. Obwohl in allen Bänden Elemente der völkischen Ideologie und des Ethnonationalismus erwähnt werden, gelingt es den AutorInnen nicht, hinter den Puzzle-Elementen eine Kohäsion zu entdecken. Als Grundlage und als Ausgangspunkt der Systemkritik bleiben sie konsequent bei der ökonomisch fundierten Krisentheorie mit der »ungerechten originären Kapitalakkumulation« als Ursprung der Krise zur Zeit der Wende.

Diese Sicht machen sich jedoch auch die Rechten gerne zu eigen, weil sie sich ebenfalls zum »ausgebeuteten Volk« zählen. In der Narrative geht es immer um »die Unterdrückung und Versklavung und Kolonisierung des schwachen Volkes« versus »Machthaber«, aber nicht um Wähler, um eine parlamentarisch gewählte Regierung und um universale Menschenrechte. Entlang dieser Argumentationslinie entstehen unheimliche Allianzen. Inzwischen agieren Sozialisten, Liberale, Grüne und Rechte zusammen im Namen der Nation und des Volkes gegen die »finanzkapitalistisch-parasitäre Mafiaregierung«⁶⁰ und das »spekulative Großkapital«. Wie weit inzwischen die Aushöhlung des Demokratiebegriffes fortgeschritten ist, zeigt eine weitere, eigentlich gegen den Antiziganismus gemeinte Publikation, in dem neben dem »globalen Kapitalismus« die »liberalen BürgerrechtsaktivistInnen« für die Lage »der Zigeuner« verantwortlich gemacht werden⁶¹, wobei sich der Verfasser auf einen rechten Rechtswissenschaftler bezieht, der wiederum in der Tradition Oswald Spenglers steht⁶². Das politische Links und Rechts sind durcheinander, vereint im antisemitischen Antikapitalismus⁶³, während der Rassismus nicht erkannt wird⁶⁴.

⁵⁹ Selbst der ehemalige Ministerpräsident Gyurcsány übernahm die Konzeption in seiner programmatischen Studie. Vgl. Ferenc Gyurcsány: *Sokak Magyarországa* (Ungarn der Vielen), 22.10.2015 (http://sm.dkp.hu/data/dk_sokak_magyarorszaga.pdf [Zugriff: 19.12.2015]).

⁶⁰ Äußerst verbreitet in der alltäglichen Argumentationskultur in Ungarn ist die rassistische Dehumanisierung des politischen Gegners. Ein aktuelles Beispiel ist die Äußerung des Anführers der ehemaligen Oppositionsgruppe Milla, heute Együtt, Péter Juhász, der meint »das Wesen des heutigen Regimes sei ausschließlich das Stehlen« und nennt sogleich den ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Medgyessy ein »rückgradloses Schleimtier« (http://hvg.hu/itthon/20151126_Juhasz_Peter_interju_Rogan [Zugriff: 19.12.2015]).

⁶¹ József Debreczeni 2014: *Ne bántsd a cigányt! Politikai vitairat* (Schlage den Zigeuner nicht! Politische Streitschrift), Debrecen: De.Hukönyv, 2014. (József Debreczeni ist Vorstandsmitglied der Oppositionspartei Demokratische Koalition, deren Vorsitzender der ehemalige Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány ist).

⁶² Vgl. Béla Pokol 2011: *Und was ist mit Osteuropa, Herr Sarrazin?: Roma-Fragen im Osten, Islamisierung im Westen*, Passau: Schenk, 2011 (Béla Pokol ist Universitätsprofessor und seit 2011 Mitglied des Verfassungsgerichts in Ungarn).

⁶³ Der Politikwissenschaftler, Péter Tölgyessy erwähnt immer wieder die Angaben einer Erhebung aus dem Jahre 2009, die zeigten, dass die Bevölkerung Ungarns bereits vor dem großen Wahlsieg der gegenwärtigen Regierungskoalition 2010 bis zu 80% kapitalismuseindlich eingestellt gewesen sei und allgemein den Wunsch nach einer »drastischen Bestafung der Banken« gehabt hätte. In der ganzen Region sei Ungarn am meisten antikapitalistisch eingestellt, viel stärker als die Ukraine oder Russland. Fidesz habe in seinen antikapitalistischen Wahlslogans auf den Wunsch der Mehrheit reagiert (Péter Tölgyessy im Interview: https://www.youtube.com/watch?v=aYzDV_IPbv0 [Zugriff: 19.12.2015]). Allerdings erwähnt Tölgyessy den Begriff Antisemitismus dabei nicht.

⁶⁴ Auch der Europaabgeordnete der Sozialisten, Tibor Szanyi unterscheidet zwischen einem »schaffenden« und einem »spekulativen« Kapital (<http://kapcsolat.hu/blog/szanyi/11640-alapjovedelem>, der Chef der oppositionellen Grünen, András Schiffer meint, nicht Griechenland, sondern das »Europa des Kapitals« sei bankrott (<http://24.hu/fn/gazdasag/2015/07/01/Imp-csodbe-ment-a-toke-europaja/>), das Mitglied der Oppositionsgruppe PM, Dr. Gábor Eröss spricht im Interview mit dem rechtsradikalen Portal Híraréna über die von der Regierung beabsichtigte »Verdummung durch Zinsknechtschaft« (http://www.echelon8.org/butasag_eross_gabor.htm. Auch bei zivilen Initiativen entstehen »linke« und »rechte« Allianzen,

Eklatantes Beispiel ist die Korruption-Watchdog-Organisation, Átlátszó.hu, die 2015 auch den Theodor-Heuss-Preis erhielt⁶⁵, und in den letzten Jahren ein sog. Oligarchenlexikon mit der namentlichen Aufzählung von »Großkapitalisten« und mit der Drohung zusammenstellte, »diese nicht aus den Augen zu verlieren«. Auf der Titelseite steht die antisemitische Darstellung des »jüdischen Finanzoligarchen« und des »jüdischen Finanzkapitalisten«, entlehnt von einem rechtsradikalen Portal:

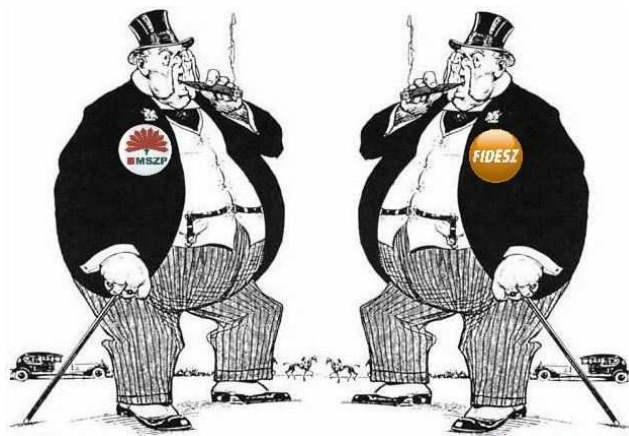


Bild: Der »Oligarch« und der »Finanzkapitalist« auf dem Blog atlatszo.hu (2012)⁶⁶

Zum Vergleich dasselbe Bild auf einem rechten Portal:

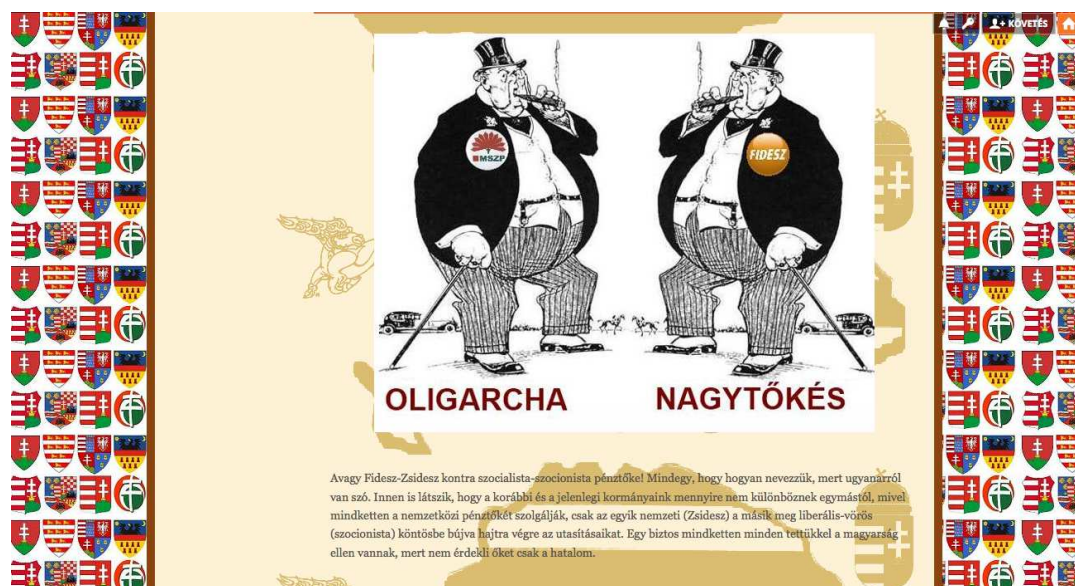


Bild: Der »Oligarch« und »der Finanzkapitalist« oder der »Fidesz-Zsidesz« (»Zsidesz« in Anspielung auf den Begriff »zsidó« [=Jude] und der »sozialistische Szionist«)⁶⁷

so z.B. beim zivilen sozialen Projekt gegen den Kinderhunger, Nationales Minimum (<http://nemzetiminimum.hu/>), in das auch die rechtsradikale Partei Jobbik mit einbezogen wurde (Vgl. die Nachricht auf dem rechtsradikalen Portal Alfahir: »Jobbik kämpft gegen den Kinderhunger« [http://alfahir.hu/a_gyermekehezese_ellen_fog_harcolni_a_jobbik]). Der Initiator des Projektes meinte in einem Telefongespräch mit der Autorin dieses Aufsatzes, er wolle das Projekt deshalb nicht »Demokratisches« statt »Nationales Minimum« nennen, weil in Ungarn heutzutage das Wort »demokratisch« provozierend klinge. Alle Links Zugriff: 19.12.2015.

⁶⁵ Vgl. Pressemitteilung vom 04.05.2015 <http://www.theodor-heuss-stiftung.de/presse/> (Zugriff: 19.12.2015).

⁶⁶ Quelle: <http://atlatszo.hu/2012/05/26/gondunk-lesz-ratok-indul-az-atlatszo-hu-kis-oligarchatarozoj/> (Zugriff: 19.12.2015).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die jeweilige Opposition seit der Wende 1990, verstärkt aber seit 2002 einen (mehr oder weniger radikalen) Befreiungskampf gegen eine vorgestellte »Diktatur des Kapitals« führt und (mehr oder weniger radikal) national-sozial eingestellt ist. Der permanenten Radikalisierung der Gesellschaft steht man im Großen und Ganzen ratlos gegenüber, und während diese auf eine vermeintlich von oben geführte »Manipulation« zurückgeführt wird, wird der Effekt des Voluntarismus in der völkischen Ideologie überhaupt nicht wahrgenommen. Im Kampf gegen die Radikalisierung findet der Hinweis auf die Unantastbarkeit der Menschenrechte so gut wie nicht statt⁶⁸.

Entliberalisierung des Demos und die Erlösung der Nation

Dabei sind es der traditionelle Ethnonationalismus, die völkische Ideologie und die völkische Kultur, die in Ungarn für die langsame aber stetige »Entliberalisierung des demos«⁶⁹ verantwortlich sind. In der völkischen Bewegung Ungarns der Gegenwart spielt der Voluntarismus und Altruismus eine erhebliche Rolle und besonders seit 2002, den verlorenen Wahlen der Fidesz Regierung (1998-2002) kann auch ein ausgeprägter »messianistischer Antiuniversalismus«⁷⁰ beobachtet werden. Der innere Motor der völkischen Bewegung⁷¹ der letzten Jahrzehnte resultiert aus dem Versprechen einer diesseitigen Erlösung. Erlösung bedeutet daher eben nicht – im christlichen und universalen Sinne – die Erlösung von den eigenen Sünden nach dem Tode im Jenseits, sondern im partikularen, diesseitigen, völkischen Sinne eine Erlösung im Diesseits, vor dem Tode. Erlösung der Nation heißt ein Aufgehen im Volkstum, anders ausgedrückt: das Erreichen des Zustandes eines arisch-reinen Magyarentums.

Die »nationale Erlösung« ist in dieser Ideologie der Preis zur Liebe und zur vielbeschworenen »Neugeburt« oder »Neuordnung« der Nation – wobei das Motiv der Neugeburt, Palingenese das wichtigste Element der faschistischen Ideologie ist.⁷² Dies ist eine irdische Metaphysik, in der die Erlösung der Nation einerseits die Erlösung von den »Feinden der Nation« (von den »Entarteten«) meint (was auf eine quasi »ethnische Säuberung« hindeutet), andererseits heißt dies aber in der Konsequenz eigentlich die Erlösung durch »Opfertod«, was ebenfalls dem Terror gleichkommt. In Konsequenz dieses Denkens werden also - nicht explizit, sondern unbewusst – auf ideologischer Ebene zukünftige Gewalttaten legitimiert, die – ähnlich z.B. zu Selbstmordattentaten – einen quasi sofortigen Eintritt ins Paradies, hier allerdings ins irdische, ins diesseitige, verspre-

⁶⁷ Quelle: <http://sajatgondolat.blog.hu/page/40> (Zugriff: 19.12.2015).

⁶⁸ Ausgenommen werden muss hier das 2003 durch die Soros Stiftung ins Leben gerufene Eötvös-Károly-Institut (<http://www.ekint.org/ekint/ekint.head.page?nodeid=17> [Zugriff: 19.12.2015]).

⁶⁹ Salzborn: *Schleichende Transformation*, a.a.O., 73.

⁷⁰ Ausdruck Samuel Salzborns im Zusammenhang mit der Ideologie von Alexander Dugin, vgl. Samuel Salzborn 2014: »Messianistischer Antiuniversalismus. Zur politischen Theorie von Alexandr Dugin im Spannungsfeld von eurasischem Imperialismus und geopolitischem Evangelium«, in: *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung*, Hg. Armin Pfahl-Traughber, Brühl: Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, (I), 240-258, 240.

⁷¹ Magdalena Marsovszky: *Die Erfindung des Magyarentums. Die völkische Ideologie in Ungarn von den Anfängen bis heute mit einem komparativen Blick auf Deutschland*, in Arbeit. Vgl. auch: Magdalena Marsovszky: »Geschlossene Gesellschaft. Zu den ideologischen Hintergründen der völkischen Entwicklung in Ungarn«, in: Andreas Koob/ Holger Marcks/ Magdalena Marsovszky: *Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn*, Münster: Unrast 13-62.

⁷² Griffin, a.a.O., 32ff.

chen. Dieses irdische Paradies ist im völkischen Denken die »homogene, reinrassige, völkische Einheit der Nation, die magyarische Volksgemeinschaft«. Vor diesem vermeintlich »höchsten Ziel« hebt die Vorstellung über die sakralisierte Nation alle moralischen Schranken auf.

Damit ist es ein explizit modernes Nachauflärungs-Phänomen, das als moderne Antimoderne⁷³ oder die Schattenseite der Aufklärung⁷⁴ bezeichnet werden kann. Wichtigste Bestandteile der völkischen Ideologie sind der Antisemitismus als kollektive Furcht vor und Abwehr der Moderne⁷⁵, bzw. als negative Leitidee der Moderne⁷⁶ und der Antiziganismus als im mehrheitlichen Konsens manifestierte Abwehr durch Ausschluss vermeintlich Anderer und Selbstbestätigung⁷⁷.

In Ungarn wurden in den letzten Jahrzehnten große Teile der Gesellschaft zu »Nationsgläubigen«, so dass die Faschisierung als eine sozialpsychologisch motivierte und von unten kommende kulturelle Bewegung bezeichnet werden kann.

Seit Inkrafttreten des neuen Grundgesetzes (01.01.2012) aber ist die völkische Moral in Ungarn bereits das Instrument kollektiv durchgeführter Verfolgung. Grundlage des Grundgesetzes ist die Vorstellung einer homogenen magyarischen Volksgemeinschaft⁷⁸. Dieser Ideologie fallen bereits jetzt schon Menschen zum Opfer⁷⁹, Hunderttausende verlassen das Land oder beantragen im Ausland politisches Asyl⁸⁰.

Wichtige, in der Forschung bekannte strukturelle Bausteine des Faschismus⁸¹ sind auch hinsichtlich der Situation Ungarns relevant. Das sind zunächst einmal die völkischen Strukturen: In der offiziellen Regierungs-ideologie wird die Nation als eine völkisch, organisch entstandene kulturelle und blutmäßige Abstammungsgemeinschaft, Volksgemeinschaft des Magyarentums definiert, im Grunde also die Konstruktion einer Volksgemeinschaft als Rasse. Als Volksgemeinschaft ist Ungarn größer als seine Staatsgrenzen, somit ist es eine revanchistische Auffassung. Ungarn ist seit Inkrafttreten des Grundgesetzes keine Republik mehr, sondern eine auf Arbeit basierte und illiberale Nation⁸². Orbán betrachtet die nicht-demokratischen Staaten als Vor-

⁷³ Vgl. Volker Weiß 2012: *Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus*, Paderborn: Ferdinand Schöningh.

⁷⁴ Vgl. Gudrun Hentges 1999: *Schattenseiten der Aufklärung. Die Darstellung von Juden und »Wilden« in philosophischen Schriften des 18. und 19. Jahrhunderts*, Schwalbach i. Ts: Wochenschau Verlag.

⁷⁵ Erich Fromm 2005: *Furcht vor der Freiheit*, München: dtv.

⁷⁶ Vö.: Samuel Salzborn 2010: *Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich*, Frankfurt/M./ New York: Campus.

⁷⁷ Wolfgang Benz 2014: *Sinti und Roma: Die unerwünschte Minderheit. Über das Vorurteil Antiziganismus*, Berlin: Metropol.

⁷⁸ Vgl. Magdalena Marsovszky: »Wir verteidigen das Magyarentum!« Völkischer Ethnonationalismus, Ethnopluralismus, die Ideologie der Neuen Rechten und das neue Grundgesetz Ungarns«, in: Gesine Drews-Sylla, Renata Makarska (Hg.): *Neue alte Rassismen? Differenz und Exklusion in Europa nach 1989*, Bielefeld: Transcript, 103-132.

⁷⁹ Magdalena Marsovszky 2015: *Verfolger und Verfolgte. Antiziganismus in Ungarn*, Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

⁸⁰ »Ungarischer Autor Akos Kertesz erhält Asyl in Kanada«, *Der Standard*, 15.11.2013 (<http://derstandard.at/1381372208010/Ungarischer-Autor-Akos-Kertesz-erhaelt-Asyl-in-Kanada> [Zugriff: 19.12.2015]).

⁸¹ Z.B.: Roger Griffin, a.a.O; Wolfgang Wippermann, a.a.O.; Maurizio Bach/ Stefan Breuer 2010: *Faschismus als Bewegung und Regime: Italien und Deutschland im Vergleich*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, Richard Saage 2010: *Faschismus: Konzeptionen und historische Kontexte. Eine Einführung*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

⁸² Viktor Orbán: *Wir bauen den illiberalen Staat auf*, Grundsatzrede am 26.7.2014 im rumänischen Bile Tunad (ung. Tusnádfürd), übersetzt von Gregor Mayer in: <https://pusztaranger.wordpress.com/2014/07/30/viktor-orban-wir-bauen-den-illiberalen-staat-auf/> (Zugriff: 19.12.2015).

bild.⁸³ Das Idealbild der Regierung von Europa ist das ethnopluralistische Konzept eines *Europa der Nationen*, das nach Roger Griffin ein faschistisches Konzept ist⁸⁴ und nach Etienne Balibar ein rassistisches («Rassismus ohne Rassen»)⁸⁵. Die Ideologie der Regierung kann in das Konzept der Neuen Rechten eingeordnet werden mit dem Unterschied, dass sie durch die häufige Erwähnung des »Blutes« als Element der gemeinsamen Abstammung als deren archaischere Version bezeichnet werden dürfte⁸⁶.

Historisch gesehen gehört Ungarn, wie auch Deutschland, zu den so genannten verspäteten Nationen, weil sich in ihnen – im Gegensatz zu Frankreich oder den USA – erst im 19. Jahrhundert ein nationales Selbst- und Leitbild entwickelte⁸⁷. Ungarn war zunächst als Teil des Habsburgerreiches aber auch als Teil der Monarchie (ab 1867) eng mit der deutschsprachigen Kultur und Rechtskultur verbunden⁸⁸, sodass sich die Strukturen der Vorstellung von einer Nation übertrugen. Der Prozess des Nation-Building war mit der abstammungsorientierten Idee der Volksgemeinschaft (ethnos) verbunden und nicht mit der republikanisch-freiheitlichen, individualistischen Idee (demos). Die Ideen der Menschenrechte konnten deshalb nicht durch breite Massen verinnerlicht werden, und von den Idealen der Aufklärung blieb viel weniger die Achtung des Universalismus, als viel mehr die Achtung der (gerade entstehenden) Nation zurück. Das im Vielvölkerreich Ungarn des Mittelalters verbreitete Stammesdenken (Gentilismus) wurde allmählich vom Ethnonationalismus abgelöst, und bis zum 19. Jahrhundert entwickelte sich auch die organische Auffassung der Nation. Diese wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit der so genannten *Lehre der Heiligen Ungarischen Krone*, eines ursprünglich Anfang des 16. Jahrhunderts entstandenen Mythos, verknüpft, womit der Höhenflug der Sakralisierung oder Mystifizierung der Nation – ebenfalls ein Element der Kultur des Faschismus⁸⁹ – seinen Anfang nahm. Als organisches *corpus mysticum* bekam sie nach dem Vertrag von Trianon (1920), als Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg auf der Verliererseite zwei Drittel seiner Gebiete an die Nachbarländer abtreten musste, zusätzlich auch eine revanchistische Bedeutung und stand fortan für Großungarn und eine rassentheoretische Lebensraumideologie im Karpatenbecken. Die Kronenlehre lebte auch als Sinnbild des nationalen Widerstandes (besonders ab 1988) im Realsozialismus weiter. Ab 1989/ 90 erfuhr sie eine regelrechte Renaissance und spielte ab 2002 auch strategisch eine Rolle in der Vorbereitung der völkischen Wende 2010. Seit 2012 symbolisiert nun die *Kronenlehre* die völkische Auffassung der Nation und das »universa-

⁸³ Micha Kokot 2014: »Orbán macht den Putin. Ungarns autoritärer Premier erklärt die westliche liberale Demokratie in seinem Land für beendet. Er will jetzt dem Vorbild Russlands, Chinas und der Türkei folgen«, in: *Die Zeit*, 30.07.2014 (<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-07/viktor-orban-ungarn-demokratie> [Zugriff: 19.12.2015]).

⁸⁴ Roger Griffin, a.a.O., XII.

⁸⁵ Claudia Globisch 2011: »Deutschland den Deutschen, Türkei den Türken, Israelis raus aus Palästina«. Zum Verhältnis von Ethnopluralismus und Antisemitismus«, in: Claudia Globisch/ Agnieszka Pufelska/ Volker Weiß (Hg.): *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*, Wiesbaden: VS-Verlag, 203-225.

⁸⁶ Magdalena Marsovszky: »Wir verteidigen das Magyarentum«, a.a.O.

⁸⁷ Vgl. Helmuth Plessner 1974: *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz: Suhrkamp.

⁸⁸ Katalin Gönczi 2008: *Die Fundamente der ungarischen Rechtskultur. Juristischer Wissenstransfer und nationale Rechtswissenschaft in Ungarn zur Zeit der Aufklärung und im Vormärz. Studien zur europäischen Rechtsgeschichte*, Bd. 227 (Rechtskulturen des modernen Osteuropa, Traditionen und Transfers, Hg. Tomasz Giaro, Bd. 4), Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte, FFM: V. Klostermann.

⁸⁹ Roger Griffin, a.a.O., 32ff.

le Volkstum der Magyaren« im Grundgesetz Ungarns.⁹⁰ Sie ist Anfang und Ende einer Ethnoreligion, durch die die Auserwähltheit des Magyarentums und ihre Erhabenheit über andere Völker unterstrichen werden kann.

Während die Regierung bereits auch für die Militarisierung junger »Patrioten« sorgt⁹¹, spricht die zweitgrößte Partei, die rechtsradikale Jobbik von einem Dschihad oder Heiligen Krieg für die Wiederherstellung des »Urzustandes« der Nation⁹².

Die Opposition führt aber unbeirrt ihren Klassenkampf gegen die »Machtelite« weiter. Sie realisiert nicht, dass es in der Rassentheorie eben darum geht, die Klassen aufzuheben und eine »gemeinsame Rasse« im Volkstum zu schaffen. Der Glaube an eine magyarische Rasse scheint gerade deshalb so anziehend, weil durch sie die Klassenunterschiede aufgehoben werden und die homogene Nation quasi die letzte Erlösung von allen Problemen schaffen soll.

⁹⁰ Magdalena Marsovszky, »Wir verteidigen das Magyarentum«, a.a.O.

⁹¹ Militärische Ausbildung junger Patrioten: <http://cnnphotos.blogs.cnn.com/2014/02/04/war-games-all-too-real-for-young-patriots/> (Zugriff: 19.12.2015).

⁹² Marsovszky Magdalena 2015: »Nemzetisten és ariozófia. Az árja népiségtudat újpogány istensége és annak messianisztikus antiuniversalizmusa, a nemzet szakralizálása« (Gottheit der Nation und die Ariosophie. Die neupaganistische Gottheit des arischen Volksbewußtseins und dessen messianistischer Antiuniversalismus, die Sakralisierung der Nation), in: *Egyházforum* (Kirchenforum [universalchristliche Monatszeitschrift]), 1/ 2015, 1-16.

Julian Bruns, Kathrin Glösel, Natascha Strobl

Die Identitären

Eine Bestandsaufnahme

Seit Oktober 2014 marschiert unter dem Titel »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«, kurz: Pegida, in deutschen und österreichischen Städten eine selbsternannte »Bürgerbewegung« und schürt antimuslimischen Rassismus. Im Frühjahr desselben Jahres nutzten neurechte Autoren und Kommentatoren die »Friedensmahnwachen«, um Verschwörungstheorien, völkischem Antikapitalismus⁹³ und antisemitischer Propaganda eine Plattform zu geben. Die Neue Rechte hat es auf die Straße geschafft. Sie nützt die Krise, die nicht nur sozioökonomisch existenzbedrohend wirkt, sondern auch als Krise der (politischen) Repräsentation zu verstehen ist. Große Teile der Bevölkerung können sich nicht mehr mit der (wirtschaftlich und politisch) herrschenden Elite identifizieren.⁹⁴ Es wird nach Alternativen gesucht, nicht nur auf dem Stimmzettel, sondern auch in der Selbstorganisation.

Eine neurechte Gruppierung, die das bereits 2012 erkannt hat und vor allem junge Erwachsene rekrutiert, sind *die Identitären*. Ihren Ursprung haben diese in Frankreich, wo sich die *Génération Identitaire* als Jugendorganisation der Wahlpartei Bloc Identitaire gründete. Vorbild dieser noch jungen rechtsextremen Gruppen, deren Ableger sich auch in Deutschland und Österreich finden, ist unter anderem CasaPound in Italien. *Die Identitären* sind die junge Generation innerhalb der Neuen Rechten. Öffentlich distanzieren sie sich zwar vom Nationalsozialismus, greifen jedoch auf alternative rechtsextreme Deutungsmuster zurück.

Die Identitären setzen in ihrer Praxis auf rassistische Diskurse, die in den westlichen Gesellschaften bereits verbreitet sind und erscheinen dadurch anschlussfähig. Indem sie ihre Themen mit Hilfe von Populärkultur und neurechter Rhetorik verbreiten, schaffen sie sich ein junges, scheinbar politisch nicht belastetes Äußeres, das auch auf demokratisch-bürgerliche Jugendliche und junge Erwachsene ansprechend wirkt. Was die Identitären gefährlich macht: sie popularisieren rechtsextreme Ideologie.

Von der »Konservativen Revolution« zur Identitären Bewegung

Als »Neue Rechte« bezeichnen wir ein Spektrum, das sich durch seinen Mischcharakter auszeichnet. Die vor allem bürgerlichen Protagonist_innen aus dem stark wertkonservativen bis offen rechtsextremen Milieu arbeiten zusammen und finden sich bei Veranstaltungen, in Magazinen, Sammelbänden oder anderen Me-

⁹³ Siehe hierzu Barthel, Michael u. Jung, Benjamin 2013: *Völkischer Antikapitalismus. Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts*, München.

⁹⁴ Vgl. Bruns, Glösel, Strobl 2015: *Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute?*, Hamburg: 58f.

dien wieder.⁹⁵ Sie eint eine gemeinsame Ideologie, deren Kern in der Auffassung liegt, dass eine natürliche Ungleichheit und daraus folgende Ungleichwertigkeit existiere und das menschliche Zusammenleben bestimme. Die Neue Rechte ist eine modernisierte Form des Rechtsextremismus⁹⁶, die anders auftritt und mit anderen Strategien operiert als die Alte Rechte oder Akteur_innen aus dem Neo-Nazi-Spektrum. Die Bezeichnung »Neue Rechte« ist eine Eigenbezeichnung, ergibt jedoch aufgrund der Unterschiede zu anderen rechtsextremen Phänomenen durchaus Sinn, weswegen sie auch von uns verwendet wird. Dennoch muss die Herkunft des Begriffs stets mitbedacht werden. Ihren Ursprung hat die Neue Rechte in Frankreich als Nouvelle Droite in den sechziger Jahren. Sie entstand aus der Erkenntnis heraus, dass nach dem Zweiten Weltkrieg und den Verbrechen der Nationalsozialist_innen ein offen positiver Bezug auf den Nationalsozialismus beziehungsweise allzu ähnliche Phänomene für die Öffentlichkeit inakzeptabel sein würde.⁹⁷ Daraus ergaben sich zwei Konsequenzen: Eine strategische Neuausrichtung sowie der ideologische Bezug auf Denker der Konservativen Revolution. Diese erschien französischen Rechtsextremen wie Alain de Benoist historisch weniger belastet als der Nationalsozialismus. Bei genauerer Betrachtung ergibt sich ein ambivalentes Bild: Während etwa Edgar Julius Jung im Zuge des »Röhm-Putsches« ermordet wurde, machte Carl Schmitt zunächst Karriere als Jurist und rechtfertigte unter anderem die »Nürnberger Rassengesetze«. Gemein hatten die Akteure der Konservativen Revolution, dass sie nicht-reaktionäre Rechtsextreme waren, die sich positiv auf den Sozialismus-Begriff bezogen, beziehungsweise diesen umdeuten wollten. Auch die Forderung nach einer autoritären, nichtdemokratischen Staatsform mit einem Führer an der Spitze einer homogenen »Volksgemeinschaft« einte Ernst Jünger, Oswald Spengler und weitere. In ihrer Opposition zum System der Weimarer Republik, der Demokratie und zu »dekadenter Kultur« sowie ihrem Hass auf Linke waren sie sich ebenso einig.⁹⁸ Ein weiteres Merkmal der Neuen Rechten ist die sogenannte »metapolitische« Strategie. Gemeint ist das Agieren im vorpolitischen Raum. Grob angelehnt an den marxistischen Theoretiker Antonio Gramsci geht es der Neuen Rechten um die Erringung der Hegemonie anstatt um Wahlerfolge. Dafür sei die Beeinflussung und Aktivierung der Eliten in Medien, Universitäten, Politik et cetera notwendig. Diese sollen ihre Diskurse der Ungleichheit weitertragen und in eine »Kulturrevolution von rechts« umsetzen, die letztlich die politisch-kulturellen progressiven Errungenschaften von 68 umkehren soll.⁹⁹

Die Identitären – Moderne Generation der Neuen Rechten

Den Traum von der rechten Kulturrevolution haben auch die Identitären, gleichwohl unterscheiden sie sich ideologisch grundsätzlich von anderen Teilen der Neuen Rechten. Sie traten zuerst im Herbst 2012 in Erscheinung und heben sich innerhalb des Spektrums durch vier Merkmale ab.

⁹⁵ Vgl. Bruns, Glösel, Strobl 2014: *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster: 29.

⁹⁶ Wir definieren Rechtsextremismus ideologisch und nicht im Sinne der Extremismustheorie, welche ein Mischspektrum wie die Neue Rechte nicht zu fassen vermag.

⁹⁷ Vgl. Bruns, Glösel, Strobl 2014: *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster: 30 – 31.

⁹⁸ Vgl. Bruns, Julian et. al. 2015: *Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute?*, Hamburg: 12.

⁹⁹ Vgl. ebd.: 13.

- 1) Jugend: Die Identitären sind deutlich jünger als die üblicherweise älteren Herren der Neuen Rechten. Das Altersspektrum reicht ungefähr von 15 bis 35 Jahre und ist damit für junge Menschen attraktiv;
- 2) Aktionismus: Die Identitären nutzen Aktionen, um Aufmerksamkeit zu generieren und ihre Ideen zu verbreiten. Hierbei orientieren sie sich an Aktionsformen, die zuvor eher im linken Spektrum Praxis waren, wie etwa Flashmobs oder Besetzungen. Sie beteiligen sich aber auch an »Bürgerprotesten« gegen Flüchtlingsheime und Pegida-»Spaziergängen« und sind somit auf den Straßen präsent;
- 3) Populärkultur: Die Sujets der Identitären fallen durch zahlreiche popkulturelle Bezüge auf. Die Herkunft und ursprüngliche Thematik spielt dabei kaum eine Rolle, wichtig ist der Wiedererkennungswert und die Jugendaffinität der Bilder;
- 4) Corporate Identity: Jedes Medium, das die Identitären veröffentlichen, trägt ihre Corporate Identity, die aus schwarzgelber Farbgebung, dem Lambda-Symbol und bestimmten Schriftarten besteht. Dadurch wird zum einen ein hoher Wiedererkennungswert erzielt, zum anderen ein simples »Baukastensystem« für neue Gruppierungen zur Verfügung gestellt, die mit diesem problemlos ihren eigenen Facebook-Auftritt erstellen können. Als Vorbild dient in jeder Hinsicht die neofaschistische Organisation *CasaPound* aus Italien. In ihrer über zehnjährigen Existenz hat sie sich durch Infrastruktur, hohe Mitglieder- und Organisationszahlen verstetigt und gilt als Vorbild für viele rechtsextreme Organisationen, nicht zuletzt auch durch ihren modernen ästhetischen Auftritt.¹⁰⁰

Ideologie der Neuen Rechten

Im Bereich der Ideologie gelten in der Neuen Rechten klassisch rechtsextreme Denkmuster. Eine einheitliche stringente Ideologie oder gar ein Programm kann nicht festgestellt werden, da die Variation der Akteur_innen sehr facettenreich ist. Vielmehr gibt es eine Bandbreite unterschiedlicher Positionen zu verschiedenen Themen, die mehr oder weniger betont werden. Das reicht zum Beispiel von einer klar neoliberalen Ausrichtung bei *eigentümlich frei* bis zu hart am Neonazismus kratzenden Publikationen wie *ZurZeit*. Gemeinsam ist ihnen die grundlegende rechtsextreme Einstellung, also ein negatives Menschenbild, das von Ungleichheit und Ungleichwertigkeit geprägt ist.¹⁰¹ Gemeinsam sind ihnen auch zwei ideologische Ausrichtungen, die über alle rechtsextremen Lager bis weit hinein in eine vermeintliche »Mitte« anschlussfähig sind. Einerseits ist das antimuslimischer Rassismus¹⁰², andererseits Antifeminismus bis hin zu Misogynie.¹⁰³ Im Gegensatz zum Bereich der Strategie gibt es wenige substanzielle, originäre Neuerungen im Bereich der Ideologie. Eines der wenigen originären neurechten Konzepte wird nun im Verlauf dargestellt.

¹⁰⁰ Vgl. Bruns, Glösel, Strobl 2014: *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster: 56ff.

¹⁰¹ Vgl. ebd.: 172.

¹⁰² Vgl. Bruns, Julian et. al. 2015: *Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute?*, Hamburg: 64ff.

¹⁰³ Vgl. ebd.: 60.

Ethnopluralismus

Ethnopluralismus ist eine genuin neurechte Spielart des Rassismus. Statt von »Rassen« wird von »Kulturen« gesprochen, die jeweils erhalten werden müssen. Haupttheoretiker ist Alain de Benoist, der Begründer von GRECE, mit seinem Werk *Kulturrevolution von rechts* (1985). GRECE geht allerdings ursprünglich noch immer von »natürlichen« Rassen aus, wehrt sich aber gegen eine Ungleichwertigkeit, sondern propagiert die »natürliche« Entfaltung jeder »Rasse« nach eigenen Gesichtspunkten. Dieses Konzept wurde Ethnopluralismus getauft, es handelt sich dabei also um eine Bezeichnung aus dem rechtsextremen Lager heraus.¹⁰⁴ Ethnopluralismus impliziert eine sozialdarwinistische »Selbstregulierung«. Hilfe und Zusammenarbeit sind damit störend und überflüssig.¹⁰⁵ In der diskursiven Strategie zu Ethnopluralismus bedarf es keiner Begründung, warum verschiedene »Kulturen« nicht miteinander auskämen.¹⁰⁶ Die Ungleichheit der »Völker« wird als ahistorisches, statisches und natürliches Ereignis gesehen und nicht als historischer Prozess, der durch Kräfteverhältnisse, Ressourcenverteilung, und Imperialismus determiniert ist und sich auch wieder ändern kann.¹⁰⁷ In dieser Vorstellung von Kultur wird von einer homogenen »Kultur« eines »Volkes« ausgegangen. Dies ist immer die Kultur der Herrschenden und des Mainstreams. Dieser Kulturbegriff bietet keinen Platz für Sub-, Gegen- oder Milieukulturen, wie zum Beispiel Arbeiter_innenkultur. Kultur bleibt ein diffuser und schwammiger Begriff. Bei den Identitären wird vor allem über Bildsprache vermittelt, was darunter zu verstehen ist. Diese erschöpft sich in der Betonung von Sehenswürdigkeiten und markanten Landschaften. Martin Sellner ist einer der Chefideologen der Identitären im deutschsprachigen Raum. Er definiert Ethnopluralismus in seinem Videoblog. Darin stellt er zwei Seiten und drei Ebenen eines ethnopluralistischen Weltbilds fest. Zum einen unterscheidet er Ethnie und Kultur. Ethnie wird als quasi metaphysisches Verwandtschaftsverhältnis zwischen den verschiedenen Menschen Europas dargestellt, das seit tausenden Jahren bestünde.¹⁰⁸ Kultur hingegen sei ein Begriff, der keiner Erklärung bedürfe. Die Ausführungen in seinem Vlog legen aber einen eindimensionalen Kulturbegriff nahe, der sich über Kunst, Bräuche und Religion definiert.¹⁰⁹ Die drei Ebenen des Ethnopluralismus seien die Region, die Nation und Europa. Auf andere »ethnopluralistische Räume« geht er nicht ein. Der Begriff »Ethnopluralismus« wird dementsprechend auch zu Gunsten des Begriffs »ethnokulturelle Identität« aufgegeben.¹¹⁰ Ethnopluralismus wird von den Identitären nur soweit propagiert, solange es nicht das konstruierte Kollektiv »Islam« betrifft. Hier ist eine deutliche Geringschätzung einer »muslimischen Kultur« bemerkbar, die sich vom vermeintlich ethnopluralistischen Ideal der »verschiedenen Kulturen, die alle erhaltenswert sind« entfernt.

¹⁰⁴ Schmid, Bernhard 2009: *Die Neue Rechte in Frankreich*, Münster: 19.

¹⁰⁵ Assheuer, Thomas; Sarkowicz, Hans 1992: *Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte*, München: 181.

¹⁰⁶ Jäger, Margret; Jäger, Siegfried 1999: *Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens*, Berlin: 86.

¹⁰⁷ Aftenberger, Ines 2007: *Die Neue Rechte und der Neorassismus*, Graz: 103.

¹⁰⁸ Sellner, Martin 2014: Vlog 27 – die ethnokulturelle Identität. Online verfügbar unter <http://www.youtube.com/watch?v=BCFKIP0kwaM>, zuletzt geprüft am 04.11.2014, 10:50-11:32.

¹⁰⁹ Vgl Sellner, Martin 2014: Vlog 27 - die ethnokulturelle Identität. Online verfügbar unter <http://www.youtube.com/watch?v=BCFKIP0kwaM>, zuletzt geprüft am 04.11.2014, 07:58-08:22.

¹¹⁰ Ebd., 54.00.

Strategie

Um ihre AktivistInnen an sich zu binden, finden Stammtische mit Referaten, Wanderausflüge und Wehrsport-Sommerwochen statt. Die Attraktivität besteht darin, AktivistInnen das Gefühl zu geben, einer geistigen Elite anzugehören. Sie bekommen Wissen vermittelt, das an Schulen und Universitäten nicht verbreitet ist, lesen Bücher und Texte, die Antworten auf Fragen geben sollen, allerdings nicht zum alltäglichen Lehrplan gehören. Identitäre vermitteln, etwas zu sein, was der italienische faschistische Publizist Julius Evola als »Geistasaristokratie« bezeichnete, also eine intellektuelle Elite.¹¹¹

Um rechtsextreme Ideologie popularisieren zu können, bedienen sich Identitäre auch rhetorischer Mittel.¹¹² Ziel ist, Konzepte wie den Ethnopluralismus, sekundären Antisemitismus und Antifeminismus so zu vermarkten, dass sie verständlich, zugänglich und vor allem annehmbar sind. Zwei Beispiele sind im Folgenden erläutert:

Nicht links, nichts rechts

Identitäre geben vor, Teil der demokratischen Mitte zu sein und als Stimme des Volkes zu sprechen, das zu sagen, »was alle denken«¹¹³. Sie behaupten, jenseits von »extremen« Rändern des politischen Spektrums zu agieren und forcieren dabei zwei Vorstellungen: einerseits grenzen sie sich formal vom Rechtsextremismus ab, waschen sich also rein, andererseits markieren sie linke Politik unter dem medial stark negativ konnotierten Schlagwort »Linksextremismus« als Feindbild. Hilfreich ist ihnen hierfür die sogenannte Extremismustheorie, auf die sich der deutsche und österreichische Verfassungsschutz in ihrer täglichen Arbeit stützen: sie markiert links und rechts als zwei gleich gefährliche Pole und stellt ihnen die breit und gut gedachte bürgerliche Mitte gegenüber.¹¹⁴ Rechtsextremismus wird über identifizierte Gruppen festgemacht, die ebenfalls mit popularisierten Bildern, meist in Form von gestiefelten Neonazis mit Glatzen, gleichgesetzt werden. Wenn nur diese Vorstellung vorherrscht und nicht etwa eine Begriffsdefinition, welche die Ideologie als maßgebend festmacht, fällt es Identitären leicht, sich abzugrenzen.

Retorsion

Der deutsche Migrationsforscher und Publizist Mark Terkessidis beschreibt mit Retorsion ein Mittel, mit dem sich die (ethnische) Mehrheit, die sich in der Gesellschaft an der Macht befindet, »mit der Position der machtlosen Minderheit [bewaffnet] und sich gegen diese [wendet].«¹¹⁵ AkteurInnen wie die Identitären, die sich dieser Strategie bemächtigen, wollen sich so unantastbar machen. Sie porträtieren sich selbst als »bedrohte

¹¹¹ Vgl. Bruns, Julian et. al. 2015: *Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute?*, Hamburg: 58f.

¹¹² Eine ausführliche Übersicht über diese findet sich in Bruns et. al. 2014: *Die Identitären. Handbuch der Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster: 188ff.

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Vgl. Bruns, Glösel, Strobl 2014: *Die Identitären. Handbuch der Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster: 198.

¹¹⁵ Terkessidis, Mark 1995: *Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte*, Köln: 67.

Minderheit im eigenen Land«¹¹⁶ und leiten daraus die Legitimation ab, sich zu wehren, den ethnisch definierten und politischen GegnerInnen den Kampf anzusagen. In einem Videoblog spricht Alexander Markovics, Obmann der *Identitären Bewegung Österreich*, davon, dass eine »Kolonisation unseres Landes« sowie eine »erzwungene Bevölkerungstransformation«¹¹⁷ drohe. Der Position des Widerstands haftet eher die Aura des Heldenhaften an als der Position der Privilegierten, der Identitäre als häufig akademisch gebildete Österreicher mit gut ausgebildeten Netzwerken in Parteien, Verlagen und Burschenschaften angehören.

Ästhetik der Identitären Bewegung

Die Ästhetik der *Identitären Bewegung* ist ein wichtiges Abgrenzungsmerkmal von traditionellen rechtsextremen beziehungsweise neonazistischen Subkulturen, für die der Rückgriff auf historische Bild- und Textsegmente aus dem Faschismus/Nationalsozialismus wie etwa die Verherrlichung der Wehrmacht typisch sind. Sujets der Identitären wirken mit ihrer popkulturellen Bildsprache politisch weniger belastet und sprechen somit leichter Personen an, die sich mit dem herkömmlichen politischen Angebot nicht identifizieren können. Zusammen mit der Textebene kommunizieren die Sujets der Identitären Neu- und Andersartigkeit, wie an folgendem Beispiel ersichtlich wird:



Beim Bild handelt es sich um eine Figur aus dem Hollywood-Blockbuster *Avatar* (2009). Im Film kämpft eine kleine Spezies um das Überleben, welches von ausbeuterischen Menschen bedroht wird. Mit ihrem Verweis, nicht rassistisch, sondern identitär zu sein, identifizieren sich die Identitären mit dem Plot: Sie stehen für jene, die Widerstand leisten und die »ethnopluralistische Identität« der autochthonen europäischen Bevölkerung bewahren wollen.¹¹⁸ Kultur wird hier mit rassistischen Ideen verknüpft und damit »soft« und ansprechend verpackt.

¹¹⁶ Zit.n. <http://www.identitaere-generation.info/gestuermt-festung-europa-asyl-aus-identitaerer-sicht/>, abgerufen am 3. Mai 2015.

¹¹⁷ Zit. n. https://www.youtube.com/watch?v=HczMm4Q_a5U, abgerufen am 3. Mai 2015.

¹¹⁸ Vgl. Bruns, Gösel, Strobl 2014: *Die Identitären. Handbuch der Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster: 209.

Fazit

Mit dem Aufkommen der Identitären ist es innerhalb der Neuen Rechten noch einmal zu einer Verjüngung gekommen. Während im deutschsprachigen Raum Anfang der 2000er Jahre ein deutlicher Altersschnitt erkennbar ist, so organisieren die Identitären noch einmal eine Generation darunter, nämlich die 15–35-jährigen. Innerhalb des neurechten Spektrums haben die Identitären vier Alleinstellungsmerkmale, wovon Jugend eines ist. Daneben sind dies Popkultur, Aktionismus und Corporate Identity. Ihre spezielle Ästhetik und die Verwendung von Figuren aus beliebten Serien und Filmen sowie von Memes machen sie für Jugendliche und junge Erwachsene anschlussfähig, noch bevor die ideologische Botschaft angekommen ist. Unter Zuhilfenahme einer eigenen Corporate Identity wird eine große Bewegung suggeriert, da es leicht ist, eine eigene identitäre Gruppe zu gründen. Mit ihrem Aktionismus haben sie neurechte Ideen von den Zeitungsblättern auf die Straße gebracht. Der geringen eigenen Theoriearbeit werden teils spektakuläre Aktionen gegenübergestellt. So haben es die Identitären in kurzer Zeit geschafft, sich im deutschsprachigen Raum zu etablieren. Besonders erfolgreich waren sie in Österreich, wo ihnen auch viel Aufmerksamkeit seitens der Medien zuteilwurde. In Deutschland hinkte die Entwicklung, auch aufgrund entschlossener antifaschistischer Arbeit, hinterher. Die Regionalgruppen Sachsen und Franken zeigen aber ein relativ hohes Aktivitätslevel. Auch rund um HoGeSa und Pegida konnten die Identitären weiter Netzwerke knüpfen. Es handelt sich nicht um eine Massenbewegung; die schnelle Verstetigung, das hohe Aktivitätslevel und die intensive Vernetzungsarbeit in ganz Europa verlangen aber eine genaue Beobachtung der verschiedenen Gruppen.

Literaturverzeichnis

Aftenberger, Ines 2007: *Die Neue Rechte und der Neorassismus*, Graz

Assheuer, Thomas; Sarkowicz, Hans 1992: *Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte*, München

Barthel, Michael; Jung, Benjamin 2013: *Völkischer Antikapitalismus. Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts*, München

Bruns, Julian; Glösel, Kathrin; Strobl, Natascha 2014: *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster

Bruns, Julian; Glösel, Kathrin; Strobl, Natascha 2015: *Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute?*, Hamburg

Jäger, Margret; Jäger, Siegfried 1999: *Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens*, Berlin

Schmid, Bernhard 2009: *Die Neue Rechte in Frankreich*, Münster

Sellner, Martin 2014: Vlog 27 - *Die ethnokulturelle Identität*. Online verfügbar unter <http://www.youtube.com/watch?v=BCFKIP0kwaM>, zuletzt geprüft am 04.11.2014

Terkessidis, Mark 1995: *Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte*, Köln

Gudrun Hentges

Pegida – Schattenseiten der Zivilgesellschaft

Seitdem PEGIDA im Oktober 2014 erstmals in Dresden in Erscheinung getreten ist, haben sich zahlreiche Autorinnen und Autoren – in Artikeln, Aufsätzen, Sammelbänden und Monographien – mit dieser Neuformation am rechten Rand befasst. Interne Auseinandersetzungen und Spaltungsprozesse führten im Laufe des Jahres 2015 dazu, dass sich die politische Ausrichtung von PEGIDA deutlich weiter nach rechts verschoben hat.

So trat im April 2015 der niederländische Rechtspopulist Geerd Wilders (Partij voor de Vrijheid, PVV) als Redner auf. Offenbar unternahm der PEGIDA-Gründer und offizielle Vertreter Lutz Bachmann im Laufe des Jahres 2015 den Versuch einer internationalen Vernetzung PEGIDAS. So lud er neben Marine Le Pen (Front National) auch den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán (Fidesz) und Heinz-Christian Strache (FPÖ) als Redner ein, die jedoch der Einladung nicht folgten.

Über Lutz Bachmann war in den Medien wiederholt berichtet worden, bot er doch zahlreiche Anlässe für Sensationsberichterstattung. Bachmann war wegen seiner Einbruchs- und Drogendelikte vorbestraft und war – um einer drohenden Haftstrafe zu entkommen – nach Südafrika geflohen. Für Schlagzeilen sorgte das von ihm auf Facebook publizierte Portrait, das ihn in einer Hitler-Pose zeigte. Aufmerksamkeit erregten auch seine rassistischen Kommentare, die er auf Facebook publizierte. So denunzierte er Migrantinnen und Migranten als »Viehzeug«, »Gelumpe« und »Dreckspack«. In dieser Angelegenheit ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen Volksverhetzung (Az.: 201 Js 3262/15).

Auf Einladung von Lutz Bachmann sprach auch der umstrittene Publizist Akif Pirincci¹¹⁹ im Oktober 2015 auf einer der PEGIDA-Demonstrationen und verstieg sich zu der Aussage: »Aber die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb.« Auch gegen Pirincci läuft derzeit eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung.

Auf einer der PEGIDA-Demonstrationen im Oktober 2015 wurden Galgenattrappen mitgeführt, die angeblich reserviert waren für »Angela ›Mutti‹ Merkel« und »Siegmar ›das Pack‹ Gabriel«. Derzeit ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den anonymen PEGIDA-Demonstranten wegen eines möglichen Aufrufs zu Straftaten.

Im Kontext der Gida-Bewegung entstand ein gesellschaftliches Klima, in dem Hass und Gewalt – vor allem gegen Flüchtlinge – als legitim erscheinen. Im Laufe eines Jahres (Oktober 2014 – September 2015) registrierte die Bundesregierung bei der Gida-Bewegung insgesamt 940 Straftaten. Davon fielen 255 in die Rubrik »politisch motivierte Kriminalität von rechts«. Dazu zählen Körperverletzung, Beleidigung, Bedrohung oder etwa die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (u. a. Zeigen des Hitler-

¹¹⁹ Gudrun Hentges 2014: »Sarrazin und Pirincci – zwei Seiten derselben Medaille? Sarrazin ve Pirincci – Aynı Madalyonun ki Yüzü mü?«, in: *PoliTekni*, August 2014; vgl. zu Pirincci: Agnieszka Satola / Joachim Spanger 2014: »Die Achse des Guten – die Sprache(n) des antimuslimischen Rassismus im Netz«, in: Gudrun Hentges / Kristina Nottbohm / Mechtild M. Jansen / Jamila Adamou (Hg.): *Sprache – Macht – Rassismus*, Berlin: 243 – 264.

großes).¹²⁰ Diese Beispiele lassen deutlich werden, dass sich PEGIDA seit seiner Gründung im Herbst 2014 deutlich nach rechts entwickelt hat.

Dieser Beitrag befasst sich mit der sozialen Basis dieser »Bürgerbewegung von rechts«.¹²¹ Welche Personen demonstrieren unter dem Dach von PEGIDA? In einem ersten Schritt werden Ergebnisse von empirischen Studien rekapituliert, in einem zweiten Schritt werden Interviews mit PEGIDA-AnhängerInnen (Dezember 2014) inhaltsanalytisch ausgewertet. Darauf aufbauend skizziert der Beitrag einige Motivationspfade, die offenbar zu einer Affinität zu PEGIDA führen konnten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Datenmaterial im Dezember 2014 erhoben wurde – also vor dem Spaltungs- und Radikalisierungsprozess PEGIDAS –, und damit dieser Beitrag eher Aussagen über die Entstehungs- und Entwicklungsphase von PEGIDA zu treffen vermag als über die derzeitige Zusammensetzung der sozialen Basis.

1. Empirische Studien zu PEGIDA

PEGIDA erregte nicht nur die mediale Aufmerksamkeit, sondern veranlasste Sozialwissenschaftler/innen zu empirischen Untersuchungen. Aufgrund der geringen Rücklaufquote kann keine der vorliegenden Studien Anspruch auf Repräsentativität erheben. »Der typische PEGIDA-Demonstrant nimmt ungern an Umfragen teil« – so bilanziert Steffen Niggemeier empirische Studien, die den Versuch unternommen haben, PEGIDA-Demonstranten zu befragen.¹²² Zu nennen sind hier die Studien von Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller (TU Dresden), Dieter Rucht u. a. (WZB), Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter (Uni Göttingen / Zentrum für Demokratieforschung) und Werner J. Patzelt (TU Dresden).¹²³

Ein Team um den Dresdener Politikwissenschaftler Hans Vorländer ist in seiner Studie der Frage »Wer geht warum zu PEGIDA-Demonstrationen?« nachgegangen und ist zu folgendem Ergebnis gekommen: »Der »typische« PEGIDA-Demonstrant entstammt der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig, verfügt über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, ist 48 Jahre alt, männlich, gehört keiner Konfession an, weist keine Parteiverbundenheit auf und stammt aus Dresden oder Sachsen.«¹²⁴

Mit Blick auf die befragten Teilnehmer/innen der PEGIDA-Demonstrationen wird deutlich: Hier demonstrieren nicht in erste Linie jene, die sozial oder sozio-ökonomisch am Rand der Gesellschaft stehen. Die Studie

¹²⁰ Diese Informationen gehen zurück auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke im Bundestag. Vgl. Matthias Meisner 2015: »Bei Pegida und Co. grassiert die Gewalt«, in: *Der Tagesspiegel* v. 24.11.2015.

¹²¹ Gerd Wiegel 2015: »Bürgerbewegung von rechts. Die Pegida-Proteste und ihre Ursachen«, in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Nr. 101 / 2015.

¹²² Blog von Steffen Niggemeier, <http://www.stefan-niggemeier.de/blog/20210/studie-ueber-pegida-demonstranten-zeigt-pegida-demonstranten-lehnen-teilnahme-an-studie-ab/>.

¹²³ Hans Vorländer / Maik Herold / Steven Schäller 2015: *Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA Demonstranten in Dresden*, 1 / 2015, hg. vom Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung, Dresden; Dies. 2016 (i. E.): *Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*, Wiesbaden; Dieter Rucht u. a. 2015: *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida*, Berlin. 28. Januar 2015; Lars Geiges / Stine Marg / Franz Walter 2015: *Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft*, Bielefeld; Werner Patzelt 2015: *Was und wie denken Pegida-Demonstranten? Analyse der Pegida-Demonstranten am 25. Januar 2015*, Dresden. Ein Forschungsbericht, Dresden, 2. Februar 2015; Werner Patzelt 2015: »Die Sorgen der Leute ernst nehmen!«, in: *APuZ*, 40 / 2015: 17 – 21.

¹²⁴ Hans Vorländer 2015: *Wer geht warum zu PEGIDA-Demonstrationen? Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter PEGIDA-Teilnehmer*, Dresden März 2015.

von Vorländer u. a. kommt sogar zu dem Ergebnis, dass im »Vergleich zu ganz Sachsen« vor allem »Personen höherer Einkommensgruppen stark überdurchschnittlich vertreten« seien.¹²⁵ Im Umkehrschluss weist der Datensatz dieser Studie »deutlich weniger Personen mit geringem Einkommen auf.«¹²⁶ So kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass das mittlere Einkommen der Befragten der Stichprobe **deutlich** höher liegt als das mittlere Einkommen bezogen auf Sachsen.¹²⁷

Wie lässt sich dieser Befund erklären? Vorherrschend ist nicht die Erfahrung von Armut und sozialer Marginalisierung, sondern es dominiert die Angst vor einem sozialen Abstieg – als Folge von Prozessen einer neoliberalen Globalisierung.

Als Grund für die Teilnahme an PEGIDA-Demonstrationen gaben die Befragten zu 54 % ihre »Unzufriedenheit mit der Politik« an, gefolgt von »Kritik an Medien und Öffentlichkeit« (20 %) und »grundlegende Vorbehalte gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern« (15 %).

Bei genauerer Betrachtung der Antwortkategorie »Unzufriedenheit mit der Politik« wird deutlich, dass die »allgemein empfundene Distanz zwischen Volk und Politikern« (23 %) im Vordergrund steht, gefolgt von der »Unzufriedenheit mit der Asylpolitik« (20 %) und der »Unzufriedenheit mit dem politischen System der Bundesrepublik« (18 %).

Hinter der Antwortkategorie »Kritik an Medien und Öffentlichkeit« verbirgt sich die »Unzufriedenheit mit der Berichterstattung der Medien, u. a. der Vorwurf der Einseitigkeit und der Tendenzberichterstattung« (46 %) und der »Protest gegen die empfundene Diffamierung von PEGIDA« (39 %).

Ein detaillierter Blick auf die Antwortkategorie »grundlegende Vorbehalte gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern« lässt deutlich werden, dass die »Vorbehalte gegen Muslime bzw. den Islam« (42 %) deutlich dominieren, gefolgt von der Angst vor sozioökonomischer Benachteiligung (20 %) und der »Sorge um hohe Kriminalität von Asylbewerbern« (20 %).

Die Studie kommt zu einem verblüffenden Ergebnis: Obwohl PEGIDA der »Islamisierung des Abendlandes« eine Kampfansage erteilt hat, erwähnen 77 % der Befragten weder Islam, Islamismus noch Islamisierung zur Begründung ihrer Teilnahme an den Demonstrationen. Nur jeder fünfte Befragte begründet seine Teilnahme mit der Angst vor Islam / Islamismus / Islamisierung.

Wissenschaftler/innen des WZB aus dem Umfeld von Dieter Rucht beobachteten die PEGIDA-Demonstration am 12. Januar 2015. Das Team sprach ca. 1.800 Demonstranten an und verteilte 670 Handzettel, auf denen auf die Online-Befragung verwiesen wurde. 123 Personen beteiligten sich an dieser Befragung.¹²⁸

Die WZB-Studie kommt zum Ergebnis, dass die befragten PEGIDA-Demonstranten mehrheitlich Angestellte / Arbeiter / Beamte sind (ca. 55 %), gefolgt von Freiberuflern / Selbstständigen (ca. 18 %). Nur jeder 10.

¹²⁵ Hans Vorländer / Maik Herold / Steven Schaller 2015: *Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden, 1 / 2015*, hg. vom Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung, Dresden: 49

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Ebd.: 49 f.

¹²⁸ Dieter Rucht u. a. 2015: *Handout zur Pressekonferenz am 19.1.2015 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung zum Thema Protestforschung am Limit: Eine soziologische Annäherung an Pegida*, Berlin.

Befragte war Student / Schüler / Auszubildender. Gefragt nach der Mitgliedschaft in Organisationen, gaben die Befragten an, Mitglied in einem Sport- und Freizeitverband zu sein (ca. 58 %) oder in einem Verein für Kunst, Musik oder Kulturelles (ca. 25 %). Nur jeder fünfte Befragte war Mitglied einer Kirche oder eines Berufsverbandes.

Fast jeder zweite Befragte (48 %) verortete sich in der politischen »Mitte«. Jeder dritte Befragte bezeichnete sich selbst als politisch »rechts« (33 %). 7,7 % hielten sich für »links« und jeweils 1,7 % für »extrem links« bzw. »extrem rechts«.

Jeder dritte hatte bei der letzten Bundestagswahl für die AfD votiert (33 %), jeder fünfte für die CDU (21 %), 17 % der Befragten sind nicht zur Wahl gegangen und 12 % haben bei den letzten Wahlen »Die Linke« gewählt. Für die SPD hatten 6 % der Befragten votiert, für die FDP 4 % und für die NPD 3 %.

Noch deutlicher manifestiert sich die Affinität der befragten PEGIDA-Sympathisanten mit Blick auf die Landtagswahl in Sachsen 2014: Fast jeder zweite Befragte (49 %) hatte bei der Landtagswahl mit der Zweitstimme für die AfD votiert. Auch bei der sog. Sonntagsfrage erhielt die AfD eine überwältigende Mehrheit von 89 % der Stimmen.

Das Plädoyer für die Demokratie »im Vergleich zu anderen Staatsideen« war bei den Befragten (zumindest auf der verbalen Ebene) gegeben: 56,5 % waren sehr dafür, 29,6 % ziemlich dafür. Dieses formale Plädoyer für Demokratie ging jedoch einher mit einer Absage an Parteien, Bundestag, Bundesregierung, Fernsehen, Zeitung, EU und Banken. Diese Institutionen wurden von 90 % bis 99 % aller Befragten abgelehnt. Lediglich die Polizei erfreute sich eines vergleichsweise großen Vertrauens (bei einer Ablehnungsquote von nur 10 %).

Die Frage, ob das politische System – also die Demokratie – im Bundesgebiet gut funktioniere, wurde von 41,4 % der Befragten überwiegend und von 28,4 % aller Befragten völlig abgelehnt. Mehrheitlich (ca. 38 %) stimmten die Befragten dem Item zu »Leute wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.«

Die Befragten gaben an, sich vor allem »vor dem Verlust nationaler Identität und Kultur« zu fürchten (ca. 83 %), »davor, dass es den kommenden Generationen in Deutschland eher schlechter gehen wird« (ca. 82 %) und »davor, dass unser Land immer mehr in die EU einzahlt« (ca. 79 %). Die Angst, Opfer eines Terroranschlags zu werden, wurde von ca. 41 % der Befragten geteilt, ebenso wie die Angst, »davor dass es mir insgesamt eher schlechter gehen wird« (42 %).

Das Forscherteam des WZB orientierte sich bei den Fragen zum Rechtsextremismus an der Mitte-Studie der FES (2014).¹²⁹ Verglichen mit der Gesamtbevölkerung wiesen die befragten PEGIDA-Demonstranten bei zahlreichen *Items* höhere Zustimmungswerte auf.

Was die Einstellungen und Meinungen der PEGIDA-Anhänger betrifft, so wird anhand der empirischen Studien eine Heterogenität der Motivation deutlich.

¹²⁹ Andreas Zick / Anna Klein (Hg.) 2014: *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*, Berlin.

Nationalismus: Mit Blick auf die Ergebnisse zeigt sich, dass das Plädoyer für »Mut zu einem stärkeren Nationalgefühl« von der überwältigenden Mehrheit (96,5 %) der Befragten geteilt wird. Damit verbunden ist auch das Plädoyer für ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland (81,1 %).¹³⁰

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Überwältigend ist auch die Ablehnung von Flüchtlingen. Die Befragten lehnen in aller Deutlichkeit eine großzügige Prüfung von Asylanträgen ab (92,5 %) und sind der Überzeugung, dass Ausländer nur den deutschen Sozialstaat ausnutzen wollen (88 %). Nach Meinung der PEGIDA-Aktivisten befürchten die meisten Asylbewerber nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden (83,7 %) und sie artikulieren die Gefahr einer Überfremdung der Bundesrepublik durch die vielen Ausländer (78,5 %). Die Befragten äußerten, dass sie sich durch die vielen Muslime als Fremde im eigenen Land fühlten (63,5 %) und schlugen vor, Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden (36,5 %).

Demokratiefeindlichkeit: Die ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie manifestiert sich u. a. in der Aussage, die Diktatur sei unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform (34,8 %).

Antisemitismus: Ein offener Antisemitismus äußert sich in den recht hohen Zustimmungswerten zu der Aussage, auch heute noch sei der Einfluss der Juden zu groß (32,2 %).

Die **Verharmlosung des Nationalsozialismus** manifestiert sich in jenen Aussagen: die Geschichtsschreibung übertreibe die Verbrechen des Nationalsozialismus (27,2 %), der Nationalsozialismus habe auch seine guten Seiten gehabt (26,9 %) und nicht zuletzt in der Zustimmung zu der Forderung »Wir sollten wieder einen Führer haben« (16,5 %).

Somit konnte die WZB-Studie herausarbeiten, dass zentrale Dimensionen rechtsextremer Ideologie – Nationalismus, Rassismus (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit), Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus in den Einstellungen und Meinungen der PEGIDA-Anhänger zum Ausdruck kommen.

2. Recherchen von *Panorama*

Journalisten des Polit-Magazins *Panorama* (ARD) führten am Rande der PEGIDA-Demonstration am 18. Dezember 2014 Interviews mit den teilnehmenden Demonstranten. Um den von PEGIDA geäußerten Vorwurf zu entkräften, dass die Medien nur jene Aussagen publizierten, die dazu geeignet seien, PEGIDA zu diskreditieren, dokumentierte *Panorama* die Interviews in voller Länge im Netz.¹³¹ Das Interviewmaterial umfasst ca. 90 Minuten. Die ersten 45 Minuten Interviewmaterial wurden für diesen Beitrag transkribiert und inhaltsanalytisch analysiert.

¹³⁰ Diese Werte ergeben sich durch die Addition der Zustimmungswerte »stimme überwiegend zu« und »stimme teils zu / teils nicht zu«.

¹³¹ Kontaktversuch: »Lügenpresse« trifft Pegida, 18.12.2015, <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2014/PEGIDA-ROH-2,panorama5344.html>.

Die folgende Analyse wird sich an zentralen Codes orientieren.

Die Eingangsfrage der Journalisten lautete: PEGIDA steht für »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Was bedeutet das für sie?

2.1 »Patriotische Europäer ...«

Bei der Analyse der Antworten wird deutlich, dass die Befragten in den meisten Fällen nicht explizit auf den Begriff »patriotische Europäer« eingingen.

Anbei einige wenige Zitate aus den Interviews, die den Versuch unternommen haben, sich auf die Selbstbezeichnung »Patriotische Europäer« zu beziehen:

»Bedeutet für mich eigentlich, ein stolzer Europäer zu sein. Ja, zusammen mit Ausländern, die hier auch arbeiten und leben, aber sich den gegebenen Dingen hier mit unterordnen.«

Ein anderer Demonstrant vermutet, patriotisch sei von Brüssel aus gesteuert:

»Patriotisch, das kann man vielseitig erklären. Patriotisch – ich glaube, das ist so von Brüssel aus gesteuert so nehme ich an ...«

2.2 »... gegen die Islamisierung des Abendlandes«

Danach gefragt, was der Begriff PEGIDA für sie bedeute, nahmen die Interviewten eher Bezug auf die Formel »gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Die Gefahr der vermeintlich drohenden Islamisierung kommt in folgenden Passagen zum Ausdruck:

»Na, ich bin auch nicht dafür, dass hier der Islam eingeführt wird als Staatsreligion. Es soll jeder seine Religion haben und leben können, aber nicht unbedingt dass das eine Staatsreligion wird ...«

»Ja, wenn die ganzen Muslime hier erscheinen, die man jetzt aufnehmen möchte oder soll, dann verbreitet sich ja auch eine andere Kultur. Der Kulturkreis von uns hier in Deutschland ist ja ein ganz anderer. Die fühlen sich ja eh nicht wohl bei uns, und dass es dann so überschwappt, diese Muslime werden natürlich dann ja dafür Sorge tragen«

Diese beiden Interviewpartner messen der drohenden Islamisierung wohl die größte Bedeutung bei. Eine der beiden Befragten befürchtet, dass der Islam als Staatsreligion in Deutschland eingeführt werden könnte und spricht sich dagegen aus. Ein anderer Befragter befürchtet, dass mit der Aufnahme von Muslimen eine andere Kultur in Deutschland entstehen könne. Er führt das Argument an, dass sich Muslime in Deutschland sowieso nicht wohl fühlten.

Andere Gesprächspartner fokussierten hingegen den Begriff des Abendlandes:

»Diesen Begriff hab ich nicht erfunden. Also das Abendland, mein Land heißt Deutschland, und das mag ich so, wie es ist ...«

»Abendland steht ja nicht nur für Deutschland, es steht ja für Holland, für alle Länder, für ganz Europa im Prinzip, ja ...«

»Abendland, da gibts ne Begriffsdeutung. Abendland, da geht die Sonne unter. Abendland, das ist christlich geprägt, und das Morgenland, das ist islamisch geprägt. Das ist kulturhistorisch so gewachsen.«

Deutlich wird an jenen Äußerungen, dass ein Interviewpartner »das Abendland« und Deutschland synonym verwendet. Eine andere Interviewpartnerin verknüpft zunächst das Abendland mit Deutschland, ergänzt dann Holland und erwähnt schließlich Europa als Synonym für das Abendland. Eine weitere PEGIDA-Sympathisantin argumentiert (pseudo)wissenschaftlich und verweist darauf, die Unterscheidung zwischen Abendland und Morgenland sei kulturhistorisch gewachsen, da sich die Begriffe am Verlauf der Sonne orientierten.

2.3 Islam / Islamisierung

Im weiteren Verlauf der Gespräche ging es u. a. um die Frage, an welchen Orten sich die Islamisierung im Alltag bemerkbar mache. Einer der Gesprächspartner beantwortet die Frage mit:

»Auf der Straße, im Wohnviertel. Manchmal frag ich mich, sind wir eigentlich noch in Deutschland?«

Gefragt nach konkreten Beispielen und seiner Angst antwortet er:

»Angst würde ich nicht sagen, soweit würd ich nicht gehen, aber ich seh's auf dem Straßensbild. Wenn man rausgeht, ganz viele Türken. Ich mein, ich komm auch mit vielen gut klar, aber es ist zunehmend so, dass man denkt, sind wir eigentlich noch deutsch – in Deutschland?«

»Ja, da kriegt man Angst, wenn man das in Syrien sieht. Da kriegt man Angst. Sollten da radikale Islamisten mal wieder zurückkehren nach Deutschland, wär das natürlich beängstigend.«

Deutlich wird an diesen Passagen, dass die Präsenz von Muslimen in deutschen Städten bereits als Anzeichen für eine Islamisierung gewertet wird und als Zeichen dafür, dass Deutschland nicht mehr deutsch sei.

Keiner der PEGIDA-Demonstranten unternahm den Versuch, zwischen Islam und Islamisierung zu differenzieren.

Auch anhand eines weiteren Beispiels wird deutlich, dass der Begriff Islamisierung auf ganz unterschiedliche Phänomene bezogen wird, u. a. auf die Präsenz von Nordafrikanern auf dem Hauptbahnhof, die in den Drogenhandel involviert waren.

»Es macht sich soweit bemerkbar, ich weiß nicht, es ist ja kaum durch die Medien gegangen, vorigen Montag war ja auch schon Demonstration hier gewesen. Am Dienstag sind 40 Nordafrikaner auf'm Hauptbahnhof verhaftet worden wegen Drogen. Die Medien brachten, es gab kleine Rangeleien. In der Öffentlichkeit war dann bekannt geworden: Flaschenwürfe, Polizisten wurden angegriffen mit abgebrochenen Flaschenhälsen. Diese Kultur wollten wir hier nicht haben und dagegen stehen wir hier.«

Islam / Islamisierung wird hier gleichgesetzt mit einer Kultur des Drogenhandels, der Kriminalität und der Gewalttätigkeit.

Danach gefragt, wovor er denn Angst habe, antwortet der Gesprächspartner:

»Ich hab Angst im Prinzip davor, dass diese Islamisierung über Hand nimmt. Man braucht ja ... Ich hab ja zum Beispiel vor kurzem in der Presse gelesen, es gab einen Gerichtsbeschluss, dass ein Mörder die Strafe weniger erhalten hat, weil er angeblich im Ramadan – wie heißt das hier – war und demzufolge natürlich nervlich angegriffen war, und im Prinzip dadurch ein Ramadanerlass erhalten hat vom Richter. So was ist unmöglich.«

Die Welt und die Bild-Zeitung hatten in ihren Ausgaben vom 11. März und 12. März 2014 von einem Mordprozess berichtet. Der mutmaßliche 39-jährige Mörder (ein gläubiger Muslim) wurde zu einer lebenslänglichen Haft verurteilt, da er seinen 43-jährigen Nachbarn in einem Streit mit dem Luftgewehr erschossen hatte, sich dann aber selbst der Polizei gestellt und seine Tat bedauert hat. Im Zuge des Prozesses kam ein Gutachter zu Wort, der darauf verwies, dass der Täter aufgrund des Ramadan seit 4.00 Uhr morgens nichts gegessen und getrunken habe, und der Mann zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung »stark unterzuckert und dehydriert gewesen« sei. Der Gutachter führte vor Gericht an, dass der mutmaßliche Täter infolge des Fastens möglicherweise kognitiv nicht voll zurechnungsfähig war, zudem leicht reizbar und aufbrausend. Unklar bleibt, ob dieses Gutachten zu einer verminderten Schuldfähigkeit geführt hat.¹³² Von einem sog. Ramadanerlass war weder in der Welt noch in der Bild-Zeitung explizit die Rede.

Ein weiterer Demonstrant brachte Brüssel ins Spiel – als Synonym für die EU-Kommission:

»Was bedeutet das denn für Sie Patriotische Europäer?

Patriotisch das kann man vielseitig erklären. Patriotisch Ich glaube das ist so von Brüssel aus gesteuert so nehme ich an...

Die Islamisierung ist von Brüssel aus gesteuert?

Ja, wahrscheinlich ja also das wird so en Beschluss sein nehme ich an...

Was bedeutet das für Sie?

Dass wir die Flüchtlinge alle aufnehmen sollen, die aus den verschiedenen Gebieten kommen, ja [...]. Also ich möchte Ihnen das jetzt nicht beantworten, die Ängste. Ich möchte nicht – wie das Thema der PEGIDA lautet – dass der Islam hier so stark wird. Das reicht doch eigentlich schon zu, dass wir 6 Tausend 6 Millionen Türken hier im Lande haben«

Im Sinne einer Verschwörungstheorie vermutet der befragte PEGIDA-Sympathisant, dass die Europäische Union hinter allem stecke, auch hinter der Islamisierung. Er mutmaßt, dass die EU-Kommission mittels eines Beschlusses über die Aufnahme von Flüchtlingen den Prozess der Islamisierung in Deutschland vorantreibe. Deutlich wird auch hier, dass er ganz verschiedene politische Phänomene unter den Begriff Islamisierung subsumiert: europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik und auch die Anwesenheit deutsch-türkischer Migran-

¹³² »Mindert Fasten im Ramadan die Schuldfähigkeit?«, in: *Die Welt* v. 11.3.2014.

tinnen und Migranten in Deutschland – als Folge der Anwerbung von türkischen Gastarbeitern ab Beginn der 60er-Jahre.

Zugleich wird jedoch auch deutlich, dass er in seinem Alltag kaum konkrete Erfahrungen mit der Islamisierung macht.

»Bei uns im Alltag, da wo ich wohne, da sind ganz wenig Leute zu sehen, kann ich nur so sagen. Mich hat's einfach mal interessiert hierherzukommen, zu sehen was hier so geredet wird.«

2.4 Asylbewerber / Flüchtlinge

In den Antworten auf die Frage »Was bedeutete PEGIDA für Sie?« wird deutlich, dass sich die Befragten sehr stark auf Asylbewerber / Flüchtlinge / Ausländer fokussieren.

Die PEGIDA-Sympathisanten plädieren (abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen) immer wieder dafür, man müsse zwischen den politisch Verfolgten / Bürgerkriegsflüchtlingen einerseits und den Wirtschaftsflüchtlingen andererseits unterscheiden.

Ein älterer Mann setzt sich dafür ein, dass man die potentiellen Zuwanderer genauestens prüfen solle. In Bezug auf die Flüchtlingspolitik macht er den Vorschlag, man solle Flüchtlinge bereits im Mittelmeer abfangen und ihnen den Flüchtlingsstatus aberkennen:

»Kann ich Ihnen sagen, indem man erst mal genau schaut, was für Menschen herkommen. Ich wurde vor ein paar Tagen diffamiert, weil ich gesagt habe, man müsste schon im Mittelmeer die Flüchtlinge abfangen und den Flüchtlingsstatus aberkennen. Wissen Sie, was man zu mir gesagt hat, ich wär en Nazi. Das gleiche praktiziert die australische Regierung. Sind jetzt die Australier alle Nazis?«

Eine junge Frau sagt beispielsweise, PEGIDA setze sich ein für:

»die Asylbewerber, die hier Asyl finden. Aber auch nur die, die es wirklich nötig haben, das bedeutet es für mich. Und ja, deswegen sehe ich es auch schon so wie die PEGIDA, dass eben nur die Asyl bekommen, die durch politische Verfolgung hierher kommen. Alle anderen sollten vielleicht doch das Land verlassen. Oh Gott, darf ich das überhaupt so sagen?«

In einer weiteren Passage wird deutlich, dass sie an den PEGIDA-Demonstrationen teilnimmt, um langfristig zu verhindern, dass der Ausländeranteil im Osten Deutschlands zunimmt. Wie andere PEGIDA-Sympathisanten auch setzt sie Muslime und Asylbewerber gleich und behauptet, sie könnten – je nach Belieben – den Sommer in Deutschland und den Winter in ihren Herkunftsländern verbringen und lebten zudem von staatlichen Transferzahlungen:

»Also PEGIDA setzt sich ja schon dafür ein, dass es hier eben nicht so extrem wird wie im Westen Deutschlands. Also wie gesagt, ich habe nichts gegen die Muslime oder Asylbewerber, die wirklich Hilfe brauchen. Aber mich stört's schon, und das kenn ich, ich hab's ja selber schon beobachtet, leider, dass auch viele zu uns kommen, die einfach nur auf unsere Kosten hier ihren Urlaub verbringen oder die teilweise im Winter wieder

zu ihren Familien gehen, weil's dort wärmer ist, und dann im Sommer wieder zu uns kommen und von unserem Geld weiterleben, und das ist das, was mich dann stört.«

Einige berichten von konkreten Alltagserfahrungen und davon, dass ihr Wohnort (z. B. Johannstadt) aufgrund einer Flüchtlingsunterkunft zu einem sozialen Brennpunkt degradiert wurde:

»In meiner Straße, wir wohnen dort, wir haben direkt ein Asylantenheim gegenüber, und wenn sie das interessiert, können Sie gerne mal dort hinkommen und können Sie sich das ne Woche angucken. In Johannstadt, wo wir wohnen, das gilt heute als Problemzentrum Dresdens, als sozialer Brennpunkt. Und wenn das so wunderschön ist mit den Ausländern, dann frag ich mich, wieso die Johannstadt in den Medien als sozialer Brennpunkt dargestellt wird.«

In diesem wie auch in anderen Interviews wird zum Ausdruck gebracht, dass »die da oben« politische Entscheidungen treffen, deren Konsequenzen sie jedoch nicht ausbaden müssen. So fragt sich eine PEGIDA-Sympathisantin, weshalb nicht die politischen Entscheidungsträger, die über große Häuser und Villen verfügen, nicht selbst Flüchtlinge aufnehmen:

»Warum demonstriert man in Pappritz gegen Asylanten wo doch dort eigentlich unsere Beamten und Staatsvertreter wohnen, die müssten doch die Asylanten mit wehenden Fahnen aufnehmen, die haben alle eine eigene Villa, die haben alle Platz Asylanten aufzunehmen. Zu uns unten in der Stadt, mir werden da nicht gefragt.«

Eine emotional sehr erregte PEGIDA-Sympathisantin setzt »Asylanten« mit »Kriminellen« gleich, fordert eine generelle Abschiebung und ein Ende der Solidarität. Wie auch in der oben zitierten Passage wird gefordert, die Politiker sollten Flüchtlinge aufnehmen, um die Probleme – u. a. Kriminalität – am eigenen Leib zu erleben:

Ältere Frau mit einer rot-schwarz gestreiften Schirmmütze: »Ja, die Asylanten, wir sollen die Kriminellen endlich mal abschieben. Schluss damit mit der Solidarität. Und diese Leute aus Kriegsgebieten, die sollen doch in reiche Ölländer gehen wo sie hingehören. Doch nicht zu uns, wir haben doch genug Elend bei uns selber. [...] Die Politiker sollen mal Asylanten aufnehmen, da werden sie mal sehen, was die unserem Volk hier antun. Viele sind kriminell und die Akademiker, die sollen in dem Land bleiben, da werden die nämlich gebraucht.«

Das Thema Kriminalität illustriert sie anhand eines Beispiels, in dem wieder – wie bereits oben – Tunesier im Zentrum stehen. Damit Politiker wachgerüttelt werden, wünscht sie sich, dass auch Politiker mal geklaut werden:

»Da haben sie das Asylantenheim eröffnet. Vier Tage waren einige Tunesier da, und die Polizei war präsent, weil die schon geklaut haben. Was soll noch passieren? Handwerksbetriebe werden leer geklaut durch die offenen Grenzen. Die Grenzen müssen bewacht werden, verdammt nochmal, die kleene Leute betrifft das. Politiker, da sollte mal geklaut werden, damit die mal wachgerüttelt werden. Die machen mit uns, was sie wollen. Ein Land, was Billionen verschuldet ist, kann nicht noch solche Fremde aufnehmen. Ist die Wahrheit.«

2.5 Ausländer/innen

Zahlreiche Beiträge beginnen mit der Aussage »ich hab nichts gegen Ausländer«, um in der darauf folgenden Passage auf Verbrechen, Kriminalität, Drogenhandel, Gewalt etc. zu verweisen: »sondern nur gegen die, die hier Verbrechen begehen, die weniger bestraft werden, nur weil es Ausländer sind, und ja, da hab' ich was dagegen. Und ansonsten die, die gut integriert sind, die ordentlich arbeiten, da hab ich nicht dagegen, da kenn ich viele, bin ich damit auch einverstanden.«

Einige der Befragten sind darum bemüht, zwischen den verschiedenen Gruppen von Ausländern zu differenzieren. Die in ihren Augen »guten« und »nützlichen« Ausländer zeichnen sich dadurch aus, dass sie in Deutschland arbeiten und leben und »sich den gegebenen Dingen hier mit unterordnen.«

Ein Befragter steigt ebenfalls mit einem Versuch der Differenzierung ein, um dann im nächsten Schritt zu sagen, dass man den Ausländern eine Gästekultur beibringen müsse:

»ja es wird immer solche und solche geben, und wenn ordentliche Leute hier sind, können das auch Ausländer sein. Genau wie wir eine Willkommenskultur machen sollen, da müsst es auch eine Gästekultur geben, die man denen beibringt.«

Dass Ausländer lediglich den Status von Gästen in Deutschland behalten bzw. haben sollten, scheint ein weit verbreiteter Konsens zu sein.

Andere PEGIDA-Demonstranten verzichten auf jegliche Differenzierung:

Älterer Mann mit einer schwarzen Schirmmütze: »Was will ich denn bewegen? Dass ich gegen die Ausländer bin, dass viele hier reinkommen, das ist mein Grund, weshalb ich heute hier bin. Die kriegen einen Haufen Geld, ich bin Rentner, ich krieg ne kleene Rente, ich geh noch arbeiten, dass ich einigermäßen gut über die Runden komm. Und die wie leben, die sind alles junge Kerle, alles junges Volk. Na, und die wollen doch gar nicht arbeiten, und sie wollen mir doch nicht weismachen, dass das hochqualifizierte Fachkräfte sind [...]. Ich seh die mit Bierflaschen in der Straßenbahn. Wenn ich abends arbeiten fahre, steigen die ein, im Sommer, weiße Hemden weiße Hosen. Wenn ich nachts nach Hause fahre, Bierflasche in der Hand, das ist Wahrheit, das ist Wahrheit.«

Deutlich wird hier die Verknüpfung der Ausländerthematik mit der sozialen Frage. In den Augen des befragten Rentners werden die in Deutschland lebenden Ausländer vom Staat versorgt (»Die kriegen einen Haufen Geld«), während er selbst von seiner geringen Rente kaum leben kann und als Rentner noch arbeiten muss (»dann könnt ich an nen Bettelstab gehen, ich krieg, ich krieg kein Wohngeld, ich krieg nisch, und die kommen hier her und kriegen alles«). Die Erfahrung von Armut und sozialer Marginalisierung veranlasst ihn dazu, Ausländer bzw. Flüchtlinge pauschal als »Schmarotzer« zu diskreditieren, die »alle bloß hier herkommen, um Geld zu fassen und sich een gutes Leben zu machen«:

»Na das, wo kommen die her, vom Irak, vom Iran, weeiß ich, wo die alle her kommen. Die kommen, sind nur Schmarotzer. Aber alle anderen Länder begrenzen das, nur Deutschland is so dumm, nur nisch gegen de Ausländer sogn. Sie können vieles sagen, und ich möcht das so betonen. Ich bin keen Nazi, ne gehör da auch

nischt an. Und würd mich da auch abgrenzen davon. Aber das is meine Meinung, dass alle bloß hier herkommen, um Geld zu fassen und sich een gutes Leben zu machen...«

2.6 Medienfreiheit und Pressefreiheit

Ein weiteres dominantes Thema ist das der Medienfreiheit, Pressefreiheit und Meinungsfreiheit. Während auf der PEGIDA-Demonstration »Lügenpresse« skandiert wurde, äußerten sich einige der Befragten in diesem Sinne:

Mann mit einem grauen Bart (seine Frau steht daneben): »[PEGIDA], das bedeutet für mich eigentlich Medienfreiheit. Keine zensierte Presse mehr. Echte Medienfreiheit. Nicht, dass nur eine Meinung nur tagtäglich über die Presse rumgeht. Nicht die Meinung des Herrn Maas zählt, sondern hier die Meinung des Volkes zählt.«

Die Kritik der Befragten richtet sich vor allem gegen den Justizminister Heiko Maas, der die PEGIDA-Proteste als »Schande für Deutschland« kritisiert hatte.¹³³

Auch am Rande der Demonstration wird deutlich, welche Meinung die Demonstranten von der Presse haben. So sagt ein älterer Mann im Vorbeigehen zu einer jüngeren Frau, die mit Journalisten spricht: »Lass Dich nicht verführen, die drechseln das sowieso zurecht.« Die jüngere Frau kommentiert diese Bemerkung mit »Leider ja«. Das Interview wird daraufhin von der jungen Frau abgebrochen.

Da die Presse eher negativ über PEGIDA berichtet und diese mit rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Tendenzen in Verbindung gebracht habe, bringen die Befragten ihr Misstrauen und ihre Skepsis gegenüber der Presse zum Ausdruck:

Mann: »Auf alle Fälle, es sind keine Nazis in Nadelstreifen, wie das ein Herr Jäger Nordrhein-Westfalen Innenminister gesagt hat. Gucken Sie sich mal um, sehen sie hier irgendetwas, ich würd sagen, das sind alles stink normale Leute, die ihre Sorgen hier zu Recht darstellen wollen. Sehen Sie irgendwo Rechte? Die werden überall als Rechte oder Mitläufer angeklagt. Sehen Sie hier irgendwo welche? Sehen Sie hier welche? Sagen sie mal selber? [...] Sehn se, es ist doch so, hier sind doch stinknormale Leute. Das ist das, was die Presse den lieben langen Tag von oben bis unten herunterbeten tut.«

2.7 Armut, Kinderarmut und soziale Frage

In Bezug auf die soziale Frage verknüpfen einige Befragte – wie weiter oben bereits aufgezeigt – die Anwesenheit von Ausländern mit der sozialen Frage. Mit ihrem Protest wollen sie zum Ausdruck bringen, dass sie sich gegenüber den Ausländern benachteiligt fühlen. Gefordert wird sogar – wie in der Debatte um deutsche Vergangenheitspolitik – ein Schlussstrich:

¹³³ Maas zu Demos in Dresden: »Pegida ist eine Schande für Deutschland«, in: *Spiegel Online* v. 15.12.2014.

»Es müsste mal ein Schlusstrich sein, bis hier her und nisch weiter. Es kann doch nisch sein, dass hier zig tausend Leute noch kommen. Jetzt haben sie wieder aufgestockt das Geld. Wir haben zirka 5 Millionen arme Kinder, da sollten se mal was machen. Den Herrn Gauck hab ich mal abgebildet gesehen mit Sinti und Roma, mit arme deutsche Kinder hab ich den noch nie abgebildet gesehen. Das hab ich im Februar mal geschrieben, auf die Antwort warte ich heute noch.«

Eine andere Befragte verweist darauf, dass auch im Bundesgebiet genügend Elend herrsche, so dass man sich die Aufnahme von Flüchtlingen nicht leisten könne:

»Wir haben doch genug Elend bei uns selber. Viele Leute gehen zur Tafel, da ist einfach kein Geld da. Viele Kinder werden Weihnachten nicht beschenkt, weil die Eltern das Geld nicht haben. Daran wird nicht gedacht. [...] wir müssen an unser Volk denken, die arm sind, es gibt genug arme Leute in unserem Land [...], da haben sie das Obdachlosenheim zugemacht«.

2.8 Schule

Die PEGIDA-Demonstranten kommen in ihren Beiträgen zum Thema Islam / Islamisierung mitunter auch direkt auf die Situation an den Schulen zu sprechen. Einer der Gesprächspartner berichtet von seinen Enkeln:

»Und war'n Sie schon mal in ner Schule? Ich hab' mehrere Enkel, een mal in Köln, Berlin und in Erfurt. Wenn dort meene Enkel in die Schule gehen is Wahnsinn, dass die dort noch ordentlich Deutsch lernen. In Köln zum Beispiel wird mit Bleistift in der 4. Klasse noch geschrieben, und es wird so geschrieben wie's gesprochen wird, bloß damit die Ausländer nisch auffallen. Wenn ich das vor meene deutschen Enkel sehe wirds mir himmelangst.«

Auch eine andere Interviewpartnerin thematisiert die heterogenen Klassen und glaubt zu wissen, dass in einem multikulturellen Klassenzimmer Konflikte vorprogrammiert seien. Obgleich die PEGIDA-Anhänger Begriffe wie »Lügenpresse« im Mund führen und von sich behaupten, der Presse nicht mehr zu glauben, scheinen sie doch Berichten kritiklos zu folgen, die die Präsenz von Ausländern bzw. Kindern mit Migrationshintergrund ausschließlich mit gesellschaftlichen Problemen und Konflikten in Zusammenhang bringen:

»Wir haben eine Schule, da hab ich jetzt in der Zeitung gelesen, da sind 34 Nationen zusammen in einer Klasse. Die Kinder verstehen sich untereinander nicht, die Kinder verstehen sich mit ihrem Lehrer nicht. Wenn Sie das in Ordnung finden, dann frage ich Sie, warum schicken Sie ihre Kinder alle in Privatschulen?«

2.9 Angst vor Bazillen, Seuchen, Epidemien

Einer der Befragten sieht sich nicht nur durch die Präsenz von Ausländern bedroht. Er befürchtet, dass Ausländer Bazillen und Seuchen verbreiten und fordert ihre Isolierung:

»wenn die ganzen Ausländer kommen, dass die isoliert werden von den Krankheiten her. Da wär ganz wichtig, die kommen hierher, bringen Bazillen und sonst was mit, und wir müssen's dann ausbaden [...].«

Die Gefahr einer Verbreitung von Krankheiten und Epidemien begründet er wie folgt:

»Natürlich, weil ja wir sind ja ganz anders aufgebaut, weil die in anderen Kontinent sind, andere Krankheiten als in Europa, und wir sind anfälliger für solche Sachen, die dort sind, genau wie die, die hierher kommen, sind anfälliger vielleicht für Krankheiten von uns, das ist ein ganz normales medizinisches Problem an sich...«

Bemerkenswert sind diese Äußerungen auch in dem Kontext, dass Sander Gilman in seinem Buch *Rasse, Sexualität und Seuche* auf diesen Kontext verwiesen hat: Rassistische Ideologien werden häufig verknüpft mit einer Warnung vor der Verbreitung von Krankheiten und Epidemien. Jüngst konnte man dies auch am Beispiel der Ebola-Epidemie beobachten.¹³⁴

2.10 Offener und verdeckter Antisemitismus

Einige Gesprächspartner bringen zum Ausdruck, Deutschland sei ein besetztes Land:

»...wir sind ein besetztes Land, wir sind ein besetztes Land. Wir zahlen jedes Jahr Stationierungsgebühren in Milliardenhöhe.«

Andere PEGIDA-Sympathisanten argumentieren in eine ähnliche Richtung. Sie sprechen Deutschland die Souveränität ab und gehen von der Annahme aus, dass alle politischen Entscheidungen in Tel Aviv und Washington fallen:

Älterer Mann mit brauner Mütze und Brille: »... man muss erst mal die Leute aufklären, dass wir kein souveränes Land sind, mit keiner souveränen Regierung, dass die Befehle aus Tel Aviv und Washington kommen, und die USA, die USA wird wieder regiert von der AIPAC¹³⁵, einer jüdischen Lobby, das hat nichts mit rechtslastig zu tun, das ist Tatsache.«

2.11 Deutschland als »Seelsorger für alle«

Einer der befragten PEGIDA-Sympathisanten verknüpft die deutsche Vergangenheit – zwei verlorene Weltkriege – mit der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die Tatsache, dass Deutschland im 20. Jahrhundert zwei Kriege verloren habe, dürfe nicht dazu führen, dass man zum »großen Seelsorger [...] für alle« werden müsse und alles zu erdulden habe:

Mann mit Parka (zu seiner Partnerin / Freundin): »Na klar, darfst Du das so sagen, ich sehe das ganz genauso, man muss gucken, dass man hier nicht alles zulässt. Ja, wenn man es mit anderen Ländern vergleicht, wo wir jetzt hinkommen würden, da ist das nicht alles so locker, nur weil wir zwei Kriege verloren haben etc., muss das nicht heißen, dass wir jetzt hier die großen Seelsorger sind für alle und alles dulden müssen deswegen.«

¹³⁴ Sander Gilman 1992: »Seuche in Deutschland 1939 / 1989. Kulturelle Vorstellungen von Rasse, Raum und Krankheit«, in: Ders.: *Rasse, Sexualität und Seuche. Stereotype aus der Innenwelt der westlichen Kultur*, Frankfurt am Main: 281 – 305; Sander Gilman 2010: »Moral Panic and Pandemics«, in: *The Lancet*, Vol. 375, Nr. 9729, pp. 1866 – 1867, 29 May 2010.

¹³⁵ American Israel Public Affairs Committee.

2.12 (Pseudo-)Entwicklungspolitischer Diskurs

Bei einigen Gesprächspartnern entsteht der Eindruck, dass sie Versatzstücke entwicklungspolitischer Debatten aufgreifen, diese jedoch nationalistisch wenden. Als immer wiederkehrendes Argument wird angeführt, dass die Probleme in den Ländern selbst gelöst werden sollten, damit erst gar keine Fluchtursachen entstehen und sich keine Flüchtlinge dazu veranlasst sehen, in Deutschland Asyl zu suchen:

»Ich fordere erstens mal, dass die Probleme, die in diesen Ländern herrschen, in diesen Ländern gelöst werden. Es kann nicht sein, wenn Ebola ausbricht, dass man sagt, wir müssen Ebola bekämpfen, aber nicht die Armut, die dazu geführt hat, dass solche Seuchen ausbrechen. Es wird ja nur immer an den Symptomen rumgedoktert, aber niemals an den Gründen.«

Eine Interviewpartnerin erinnert sogar an die Verbrechen des deutschen Kolonialismus und daran, dass Bürgerkriege und Konflikte in afrikanischen Ländern späte Folgen des Kolonialismus und kolonialer Grenzziehungen sind. Sie merkt kritisch an, dass Ölkonzerne z. B. in Nigeria ausschließlich ihre ökonomischen Interessen verfolgen und dabei Menschenrechtsverletzungen im Land ignorieren.

»Auch Deutschland hat vor 100 Jahren dort Verbrechen begangen – dort in Afrika durch die Kolonialisierung. Dort ist ja die ganze Verschiebung, die heute auf der Welt herrscht, eigentlich gekommen, aber es wird nichts getan, dort etwas zu tun in diesen Ländern. Die Leute werden total im Stich gelassen.«

»Nigeria hat Erdöl, Liberia hat Erdöl. Die Leute sind stinkarm dort, da tut sich nichts. Und vor Jahren hat man ja in einem dieser beiden Länder sogar einen Friedensnobelpreisträger hingerichtet, der hat niemand etwas dagegen gesagt. Shell hat nichts dagegen gesagt, weil sie das Erdöl von dort bekommen haben. Und erst, als dieser Mensch tot war, da hat man hier in Deutschland reagiert, vorher nicht. Und das ist nicht in Ordnung so was.«

Wie auch andere Interviewpartner/innen, spricht sie sich gegen die Anwerbung von Facharbeitern und Ärzten aus und plädiert dafür, diese sollten in der Peripherie bleiben. Im Gegenzug sollten »unsere Ärzte« ihre Labore verlassen und selbst tätig werden.

»Und es ist auch nicht in Ordnung, dass Deutschland die ganzen Facharbeiter, Ärzte abwirbt aus Ländern, die selbst nicht haben. Die müssen dort unten arbeiten und nicht in Deutschland. Wir haben genug Ärzte, bloß unsere Ärzte sitzen im Labor, die wollen sich die Hände nicht mehr schmutzig machen.«

3. Fazit

Die Gespräche mit PEGIDA-Anhängern, die Panorama geführt und dokumentiert hat, fokussieren vor allem die ideologischen Dimensionen des Rassismus bzw. der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Bezug auf Flüchtlinge, Asylsuchende, Ausländer und Muslime. Diese Interviewpassagen ergänzen die WZB-Studie um den Aspekt der Motivation.

Eine Analyse des Interviewmaterials hinsichtlich der Motivation, sich bei PEGIDA zu engagieren, konnte die folgenden drei Pfade herausarbeiten:

Der erste Pfad der Motivation steht in Zusammenhang mit »Identitätspolitik als Anerkennungspolitik« (Nancy Fraser). Hans-Georg Betz hat seine These der identitätspolitischen Wende wie folgt begründet: »Der Diskurs rechtspopulistischer Parteien baut gerade darauf auf, Multikulturalismus als eine Abwertung der Mehrheitskultur darzustellen und die Mehrheit zu Opfern derjenigen zu machen, die einer »unbegrenzten Einwanderung« Vorschub leisten und damit die Zerstörung der nationalen und kulturellen Identität billigend in Kauf nehmen. Daraus ergibt sich folgerichtig die Forderung rechtspopulistischer Parteien nach Anerkennung des Rechts auf Identität und darauf, Herr im eigenen Haus zu sein.«¹³⁶

Im Sinne einer solchen »Identitätspolitik als Anerkennungspolitik« artikulieren PEGIDA-Anhänger/innen das Gefühl der Bedrohung, wobei sie eine ganze Palette unterschiedlicher Phänomene anführen – vor allem die Präsenz von Flüchtlingen und Asylbewerbern (im Alltag oder medial vermittelt) sowie die Präsenz von Muslimen und Moscheen (im Alltag oder medial vermittelt). Die »Anderen« werden als Fremdgruppe konstruiert, von der eine existentielle Bedrohung ausgeht – bis hin zur Angst vor der Verbreitung von Krankheiten, Seuchen und Epidemien.

Der zweite Pfad der Motivation bezieht sich auf den sozialen Abstieg bzw. auf eine Angst vor sozialer Marginalisierung.¹³⁷ Thematisiert wird die soziale Frage am konkreten Beispiel von Armut, Elend, einer kleinen Rente und Kinderarmut. Die soziale Frage wird dabei in einem sehr hohen Maße ethnisiert. Die Erfahrung von Armut oder die Angst davor, unterhalb des Existenzminimums leben zu müssen, wird direkt und unmittelbar mit der Präsenz von Ausländern und der Aufnahme von Flüchtlingen verknüpft. Die Ethnisierung der sozialen Frage ist ein altes Thema; im Kontext von PEGIDA gewinnt diese Ethnisierung jedoch wieder eine neue Gestalt – alter Wein in neuen Schläuchen ...

Ein dritter Pfad der Motivation, sich bei PEGIDA zu engagieren, ist der Vertrauensverlust in die Demokratie und in das politische System – verbunden mit einer Absage an Parteien, Bundestag, -regierung, die Presse und die Institutionen der Europäischen Union – ein Phänomen, das unter dem Begriff *Postdemokratie* (Colin Crouch) firmiert.¹³⁸ Aus dieser Perspektive gelten Medienfreiheit, Pressefreiheit und Meinungsfreiheit als massiv eingeschränkt und gefährdet. Der etablierten Politik, den Politikern, »denen da oben« wird nicht nur eine Absage, sondern eine Kampfansage erteilt. Kontrastiert wird die so kritisierte Demokratie mit einer Demokratie, die das Volk in das Zentrum stellt – jedoch nicht das Volk als Demos, sondern das Volk als Ethnos. Mithin meint der Slogan »Wir sind das Volk« – adaptiert von den Montagsdemonstrationen der Jahre 1989 / 90 – eigentlich »Wir sind das deutsche Volk«. Dieser Slogan wird verbunden mit einer Forderung

¹³⁶ Hans-Georg Betz (2002): »Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31: 251 – 264; hier: 262 f.; Jörg Flecker / Sabine Kirschenhofer 2007: *Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs*, Berlin: 21.

¹³⁷ Jörg Flecker / Gudrun Hentges / Gabrielle Balazs 2007: »Potentials of Political Subjectivity and the Various Approaches to the Extreme Right. Findings of the Qualitative Research«, in: Jörg Flecker (ed.): *Changing Working Life and the Appeal of the Extreme Right (Contemporary employment relations series)*, Aldershot: pp. 35 – 61; Gudrun Hentges / Jörg Flecker / Gabrielle Balazs 2008: »Potenziale politischer Subjektivität und Wege zur extremen Rechten«, in: Christoph Butterwegge / Gudrun Hentges (Hg.): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen/Farmington Hills: 103 – 141; Gudrun Hentges / Gerd Wiegel 2008: »Arbeitswelt, soziale Frage und Rechtspopulismus in Deutschland«, in: Christoph Butterwegge / Gudrun Hentges (Hg.): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen / Farmington Hills: 143 – 185.

¹³⁸ Colin Crouch 2008: *Postdemokratie*, Frankfurt am Main.

nach einer Bevorzugung des deutschen Volkes gegenüber den »Anderen«. Auch hier findet sich eine deutliche und massive Ethnisierung des Politischen.

Bilanziert werden kann eine Strategie eines »double closure«¹³⁹ – eine Abgrenzung nach oben – gegenüber den Eliten in Politik und Wirtschaft – und zugleich nach unten – gegenüber den Flüchtlingen, asylsuchenden Menschen, Ausländern, Muslimen. Diese Argumentationsstrategie taucht in zahlreichen Varianten auf und zieht sich wie ein roter Faden durch das Interviewmaterial.

Die doppelte Abgrenzung ist das entscheidende Merkmal rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen. Somit dürfte deutlich geworden sein, dass die drei Pfade, die hier herausgearbeitet wurden, auch bereits in früheren – auch internationalen – Forschungsprojekten als höchst relevant erachtet wurden.¹⁴⁰ Auch wenn es sich bei PEGIDA zunächst weitgehend um eine regional begrenzte Bewegung handelt, so ist es dennoch lohnenswert, sich mit diesem politischen Phänomen – exemplarisch – zu befassen.

¹³⁹ In Anlehnung an Max Weber sprechen einige Autoren von *double closure*, so: Félix Keller 1991: »Autoritärer Populismus und soziale Lage«, in: Volker Bornschiefer (Hg.): *Das Ende der sozialen Schichtung? Züricher Arbeiten zur gesellschaftlichen Konstruktion von sozialer Lage und Bewusstsein in der westlichen Zentrumsgesellschaft*, Zürich: 274 – 303; vgl. Ulrike Pampuschek / Jörg Flecker / Sabine Kirschenhofer / Manfred Krenn 2008: »Vorurteil und Berechnung. Sozioökonomischer Wandel und Varianten rechtspopulistischer Anziehung«, in: Christoph Butterwegge / Gudrun Hentges (Hg.): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen / Farmington Hills: 236.

¹⁴⁰ Vgl. die Publikationen zur Siren-Studie, u. a. Jörg Flecker (ed.) 2007: *Changing Working Life and the Appeal of the Extreme Right (Contemporary employment relations series)*, Aldershot.

Gerd Wiegel

AfD – Zwischen Etablierung und Selbstzerstörung¹⁴¹

Der NRW-Landesvorsitzende der AfD Marcus Pretzell bezeichnete seine Partei beim Parteitag im Juli 2015 in Essen nicht nur als Anti-Euro- sondern auch als Pegida-Partei. Frauke Petry, neue Vorsitzende der AfD bescheinigte dem Islam, mit dem Grundgesetz nicht vereinbar zu sein. Die AfD, soviel scheint nach dem Spaltungsparteitag festzustehen, hat sich dem Teil der Bevölkerung, der bei Pegida vorübergehend seine politische Heimat fand, als politischer Repräsentant voll und ganz geöffnet. Während die Bundesrepublik im Frühjahr und Sommer 2015 über Griechenland, Grexit und Euro debattierte, war von der AfD zu diesem ursprünglichen Kernthema der Partei nichts mehr zu hören.

Als Ergebnis des Parteitags von Essen lässt sich festhalten, dass sich der national-konservative Flügel der Partei mit Hilfe von Vertretern neurechter und modernisierter Formen der extremen Rechten gegen den national-liberalen Flügel klar durchgesetzt hat. Mit Frauke Petry und Alexander Gauland finden sich Vertreter dieses Flügels an entscheidenden Positionen. Mit Beatrix von Storch ist auch der christlich-fundamentalistische Teil eingebunden. Die bisher dominierenden aber seit Monaten in die Defensive gedrängten Nationalliberalen um Lucke und Henkel sind abgestraft und mit einem bemerkenswerten Hass auf dem Parteitag in Essen an den Rand und schließlich aus der Partei gedrängt worden. Von einer bürgerlichen Professorenpartei (so das Selbstbild) hat sich die AfD in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer rechten Stammtischpartei transformiert.

Bernd Lucke hat nach kurzer Überlegung die AfD verlassen und mit der Partei ALFA (Allianz für Fortschritt und Aufbruch) den nächsten Versuch gestartet, den passenden Rahmen für sein politisches Ego zu gründen. Hans Olaf Henkel hat die AfD ebenso verlassen wie ca. 4.000 weitere Mitglieder, die jedoch nur zum Teil Lucke in die neue Partei gefolgt sind. Die AfD nutzte die Monate der Sommerpause nach dem Parteitag für einen Austausch des Personals in zahlreichen Landesverbänden, womit sich der Charakter der Partei noch einmal verändert hat. Sicher ist, dass sich die Hoffnungen vieler mittelständischer Unternehmer und Anhänger marktradikaler Positionen, die AfD könne zum konsequent marktradikalen Erben der FDP werden, nicht erfüllt haben.

Nachdem zahlreiche Beobachter mit der Abspaltung des Lucke-Flügels von einem deutlichen Rückgang wenn nicht Niedergang der AfD ausgingen, hat die seit dem Spätsommer anhaltende Flüchtlingsdebatte das zentrale Thema der AfD in den Fokus gerückt und der Partei zu einem Aufschwung verholfen, der sie in den Umfragen bundesweit mittlerweile bei bis zu 10 Prozent sieht. Inhaltlich ist die Partei noch einmal weiter nach rechts gerückt und versucht mit allen Mitteln, den xenophoben, rassistischen Teil der Bevölkerung zu

¹⁴¹ Geringfügig überarbeitetes Vortragsmanuskript anlässlich des Kolloquiums zur Erinnerung an den im Jahr 2014 verstorbenen Faschismusforscher Reinhard Kühnl am 10. Juli 2015 in Marburg.

bedienen. Von der Aushebelung des im Grundgesetz verankerten Asylrechts bis zur Forderung nach möglichem Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtlingen an deutschen Grenzen reichen die schrillen Töne der AfD-Führung, die sich nur noch wenig Beschränkung oder gar Abgrenzung zur neofaschistischen Rechten auferlegt. Der momentane Erfolg mit Positionierungen, wie sie für die Landesverbände in Sachsen, Thüringen und Brandenburg schon länger zu beobachten waren, zeigt, dass die AfD zum Sprachrohr eines Teils der Bevölkerung geworden ist, der sich nicht mehr im Parteiensystem vertreten sieht. Alle Einstellungsuntersuchungen der letzten Jahre zeigen, dass das WählerInnenpotenzial für Positionen, wie sie von der AfD formuliert werden, groß genug ist, um in die Parlamente einzuziehen. Abzuwarten bleibt, ob und wie die AfD diese Menschen an sich binden kann, wenn das Thema Flucht und Asyl aus der medialen Aufmerksamkeit verschwunden ist und durch andere Themen ersetzt wird.

Während die AfD als direkter Mehrheitsbeschaffer für die Union aufgrund ihrer Radikalisierung zunächst ausfällt, könnte ihr parlamentarischer Erfolg aber dazu führen, dass gegen die Union von links nicht mehr regiert werden kann.

Blenden wir knapp zwei Jahre zurück:

Im September 2013 scheiterte die Alternative für Deutschland (AfD) mit 4,7 Prozent bei den Bundestagswahlen nur sehr knapp an der Fünfprozenthürde und verpasste damit den Einzug in den Bundestag. Für eine Partei, die erst ein knappes halbes Jahr zuvor gegründet worden war, handelte es sich um ein äußerst beachtliches Ergebnis. Fast aus dem Stand heraus wäre es einer Partei rechts der Union beinahe gelungen, ins Parlament einzuziehen. Die AfD ist damit das bisher erfolgreichste parteipolitische Projekt rechts der Union seit dem Scheitern der NPD 1969, die damals ähnlich knapp mit 4,3 Prozent den Einzug in den Bundestag verpasste. Die Parallelität der Zahlen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir es mit zwei völlig unterschiedlichen Parteiprojekten der politischen Rechten zu tun haben. Ablesen ließe sich bei einem genaueren Vergleich der fundamentale Wandel der radikalen politischen Rechten, der sich seit den neunziger Jahren schon in zahlreichen europäischen Nachbarländern beobachten ließ. Parteien wie die FPÖ, die Dänische Volkspartei, der Front National, die Partei für die Freiheit aus den Niederlanden und zahlreiche andere erfolgreiche Rechtsparteien unterscheiden sich heute deutlich von einer traditionellen radikalen Rechten, die sich auf den historischen Faschismus bezieht. Trotzdem findet man bei zahlreichen der genannten Parteien auch heute noch klassische Ideologiemomente dieser älteren Form – allerdings überdeckt, verändert oder in den Hintergrund gerückt.

Ob die AfD sich in diese Reihe der modernen Rechtsparteien, die auf Elemente der extremen Rechten zurückgreifen, einreihen will, ist noch nicht abschließend geklärt, die aktuelle Entwicklung zeigt jedoch in diese Richtung. Ohne Zweifel finden sich diese Elemente der extremen Rechten bei der AfD, ein heftiger Streit besteht jedoch seit Monaten darüber, welches Gewicht diesen Elementen zukommen soll. Dieser Streit ist auch mit dem Ergebnis des Parteitages von Essen nicht gelöst, ganz im Gegenteil ist er im Zuge des erneuten Aufschwungs der AfD eher stärker geworden. Neurechte Ideologen wie der Thüringische Landesvorsitzende Björn Höcke werden versuchen, die Partei weiter auf Positionen der modernisierten extremen Rechten zu drängen und dabei auch in Auseinandersetzungen mit dem Petry/Gauland-Flügel geraten.

Thematische Herkunft, Wendungen, Flügel

Ihren Aufstieg hat die AfD im Zuge der Euro- und Griechenlandkrise 2013 erfahren. Aus einer marktradikalen Position heraus wurde die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung kritisiert. Die der Logik des Marktes widersprechenden finanziellen Hilfen (für die Banken als Schuldner und nicht für die Griechen) machten nach Ansicht der AfD aus der EU eine Transferunion, womit das Gebot der staatlichen Zurückhaltung gegenüber der Marktlogik gebrochen würde. Die ökonomische Stabilität Deutschlands als führender Wirtschaftsmacht Europas werde durch den Euro und die hohe Staatsverschuldung der südlichen Länder der EU gefährdet. Bekämpft wurde von der AfD vor allem die (tatsächlich nie vorhandene) Gefahr, dass sich die EU von einem vor allem marktliberal fundierten Projekt zu einer Sozialunion wandeln könne. Dieser soziale Ausgleich in der EU wurde von der AfD scharf zurückgewiesen.

In dieser hauptsächlich wirtschaftsliberalen Argumentation waren eine ganze Reihe von klassischen Topoi der politischen Rechten angelegt: Die Überlegenheit der deutschen (nordeuropäischen) Wirtschaft und Arbeitsmoral gegenüber dem Süden (das Schlagwort der »faulen Griechen« als Ausdruck eines Nationalismus); die Ethnisierung ökonomischer Differenzen (der Griechen/Südländer hat eine andere Arbeitsmoral), die Aufgabe deutscher Souveränität (Nationalismus). Zudem nahm die AfD mit der EU einen Akteur ins Zentrum der Kritik, der als Projektionsfläche für zahlreiche (berechtigte) Kritiken am undurchschaubaren, abgehobenen und mit den Sorgen der Menschen nicht mehr verbundenen Politikbetrieb sehr gut taugte.

So sprach die AfD zur Bundestagswahl 2013 vor allem eine an den neoliberalen Glaubenssätzen orientierte bürgerliche Wählerklientel an, war aber gleichermaßen attraktiv für WählerInnen, die ihre völlig unterschiedlich begründete Unzufriedenheit mit dem etablierten Politikbetrieb mit rechten Ideologiemomenten zum Ausdruck brachten (Nationalismus: Deutschland zuerst; Ethnozentrismus: Überlegenheit der Deutschen/Nordeuropäer).

Die thematische Spannweite zwischen nationalliberalen, rechtskonservativen/neurechten und christlich-konservativ fundamentalistischen Akteuren in der AfD und die Offenheit zu Teilen der extremen Rechten war von Anfang an angelegt und kann generell sicher eher als Vorteil denn als Nachteil für die Partei gewertet werden. Zumindest so lange, wie die AfD sich relativ glaubwürdig von der extremen Rechten in ihrer traditionellen Form abgrenzen konnte. Die AfD vermochte es von Beginn an, unterschiedliche Menschen anzusprechen, für die unterschiedliche Formen rechter, konservativer Ideologie von Bedeutung für ihre politische Präferenz sind. Autoritäre neoliberale Selbständige fanden sich hier neben ethnozentristisch orientierten männlichen Angestellten. Enttäuschte Wähler der FDP machten ebenso ihr Kreuz bei der AfD wie ehemalige Wähler der LINKEN, für die die Frage der Zuwanderung zum Entscheidungskriterium der politischen Präferenz wurde.

Dieses Catch-all-Prinzip unter rechten Vorzeichen funktionierte so lange gut, wie die Gründungsthemen der AfD Konjunktur hatten, Bernd Lucke als Primus inter pares unbestreitbar die Führungsrolle innehatte und der immer vorhandene Teil der Partei, der Verbindungen und inhaltliche Überschneidungen zu Teilen der

extremen Rechten hat, sich nicht zu laut zu Wort meldete. Spätestens nach der Europawahl im Frühjahr 2014 war diese Phase aber abgeschlossen.

Die Gegenüberstellung der sicherlich auszumachenden drei Flügel der AfD läuft Gefahr, hier eine absolute inhaltliche Differenz zu unterstellen, wo es vor allem strategische und kommunikative Unterschiede sind. Wiewohl es auch klare Brüche zwischen den Flügeln gibt.

Herbert Schui und andere haben schon in den 1990er Jahren mit dem Band *Wollt ihr den totalen Markt?* verdeutlicht, wie eng zentrale Ideologiemomente des Neoliberalismus mit solchen der extremen Rechten verbunden sind. Zu nennen sind hier die Ideologie der Ungleichheit, sozialdarwinistische Vorstellungen, Demokratieabwehr, Elitenmodelle u. a. m. Im traditionellen Rechtsextremismus findet sich hier die Ein- und Ausschließung von Bevölkerungsgruppen entlang völkischer Kriterien. Die homogene völkisch-ethnisch definierte Nation wird von den nicht Dazugehörigen, den Ausländern, Fremden, Anderen unterschieden.

Diese traditionelle völkische Argumentation kann durch eine stärker den neoliberalen Leistungsgedanken betonende Argumentation ergänzt werden: Hier sind es dann vor allem die »Schmarotzer«, »Leistungsunwilligen« und Außenseiter der Gesellschaft, die als nicht dazugehörig identifiziert werden. In der AfD finden sich bis heute beide Formen der Argumentation. Und dennoch lässt sich an diesem Punkt eine Differenz festmachen, die letztlich darüber entscheidet, ob eine Partei den Weg zur modernen Rechtspartei im Sinne des Front National oder der FPÖ geht oder sich im rechtskonservativen, nationalliberalen Mainstream befindet. Aus meiner Sicht lag der Bruchpunkt zwischen dem Lucke-Flügel und dem jetzt siegreichen nationalkonservativen/neurechten Flügel genau hier.

Um es am zentralen Thema der Zuwanderungspolitik zu verdeutlichen: Programmatisch stand die AfD unter Lucke dem Thema Zuwanderung offen gegenüber. Zentrales Kriterium für die Frage, ob jemand nach Deutschland einwandern dürfe, müsse die Nützlichkeit für den Wirtschaftsstandort Deutschland sein. Die Herkunft spielt keine Rolle, allein die Verwertung im kapitalistischen Interesse bildete das Kriterium. In den Debatten zu Pegida wurde diese ohnehin schon umstrittene Position von den Nationalkonservativen um Gauland zugespitzt. Jetzt waren es Zuwanderer aus einem bestimmten kulturellen Raum, deren Zuwanderung prinzipiell vermieden werden sollte. Menschen aus dem muslimischen Kulturraum seien, so Gauland, prinzipiell nicht integrierbar. Eine klassisch ethnopluralistische Position, wie sie gegenwärtig in der AfD mehrheitsfähig ist, von den Leuten um Höcke weiter zugespitzt und wie sie von allen modernen Rechtsparteien in Europa vertreten wird.

Angebotslücke: Wen repräsentiert die AfD?

Ohne Zweifel beruht der bisherige Erfolg der AfD auf einer Repräsentationslücke. »Nur was im etablierten Parteienspektrum fehlt, hat eine Chance« schreiben Korte, Leggewie und Lewandowsky im Juni 2015 in ihrem AfD-Artikel in den *Blättern für deutsche und internationale Politik*. Für sie war es vor allem die Besetzung von »mittenzentrierten europakritischen Themen« im Zuge der Euro-Rettungspolitik, die den Aufstieg der AfD ermöglichten.

In der Tat lässt sich beobachten, dass minoritäre Teile des deutschen Kapitals kritisch zur Rettungspolitik der Union/FDP-Regierung standen und einen Akteur suchten, der ihre marktliberal begründete Kritik zum Ausdruck brachte:

»Ich bin tief besorgt darüber, dass es im Bundestag keine wirtschaftsliberale Opposition mehr gibt. Alle Parteien bewegen sich auf der gleichen sozialdemokratisch-sozialistischen Linie.«¹⁴² So begründet der frühere BDI-Präsident und frühere Bundesvorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates Heinrich Weiss seine Unterstützung des AfD-Mittelstandforums, das sich im Januar 2015 mit bescheidenen 120 Mitgliedern gegründet hat. Klassenpolitisch repräsentierte die AfD anfänglich u. a. mittelständische Kapitalfraktionen rund um den Verband der Familienunternehmer.

Doch von Beginn an repräsentierte die AfD auch einen politisch heimatlosen Teil an Bürgerinnen und Bürgern, die sich sozialstrukturell nicht auf einen Nenner bringen lassen, mehrheitlich aber nicht zum prekären oder abgehängten Teil der Bevölkerung gehören, sich aber dennoch als gefährdet wahrnehmen. In der Wissenschaft hat sich hier der Begriff der subjektiv Depravierten eingebürgert.

Die Untersuchungen von Heitmeyer u. a. haben über zehn Jahre die »Deutschen Zustände« gezeigt und eine Form der »rohen Bürgerlichkeit« vorgestellt, die ihre politische Heimat in der AfD zu finden scheint. Die in den deutschen Zuständen ausgeführten Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit richten sich gegen ganz unterschiedliche schwache Gruppen. Flüchtlinge, Menschen mit muslimischem Hintergrund, Sinti und Roma finden sich hier genauso wie Langzeitarbeitslose oder Homosexuelle. Von Anfang an fanden die Anhänger solcher Positionen sich in der AfD wieder.

Legt man die Zahlen von Heitmeyer u. a. zugrunde, dann repräsentiert die AfD mit diesen Positionen potenziell einen so großen Teil der Bevölkerung, dass alle Abgesänge nach dem Ausscheiden des nationalliberalen Flügels zu früh kamen. Hinzu kommt die häufig mit dem Begriff des Rechtspopulismus bezeichnete Attitüde der AfD, außerhalb des etablierten politischen Spektrums zu stehen und in einer Gegenüberstellung des »Wir hier unten« gegen »Die da oben« das weit verbreitete Misstrauen und die offene Feindschaft gegen etablierte Politik zum Ausdruck zu bringen. Die zum Mantra erhobene Alternativlosigkeit einer neoliberal fundierten, an den Interessen des Kapitals orientierten Politik aller Bundestagsparteien außer der LINKEN dient einer Partei, die die »Alternative« im Namen führt, als Lebenselixier.

Während Lucke mit seiner Ablehnung, die AfD als Pegida-Partei zu positionieren, dieses Potenzial der »rohen Bürgerlichkeit« nicht aktiv umwerben wollte, zielt der jetzt siegreiche Flügel um Petry und Gauland genau darauf. Hintergrund ihrer Entscheidung sind die für die AfD erfolgreichen Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, wo die Partei mit den klassischen Themen der erfolgreichen europäischen Rechten auftrat: Zuwanderungsabwehr und Kriminalitätsdiskurs und die Verknüpfung beider Themen zu einer von außen kommenden Bedrohung.

Laut einer Forsa-Umfrage vom Juli 2015 halten 75 Prozent der AfD-Anhänger Asylbewerber generell für »Schmarotzer«, 76 Prozent bescheinigen den Medien einen linkslastigen »Gesinnungsterror« und 67 Prozent

¹⁴² Vgl. *Handelsblatt* vom 23.1.2015.

finden, dass Menschen, die nicht arbeiten wollen, zur Arbeit gezwungen werden sollen. Man mag sich kaum ausmalen, wie diese Werte nach mehr als vier Monaten Flüchtlingsdebatte aussehen. Die Ergebnisse des Parteitags der AfD spiegeln also das Empfinden der Anhänger wieder.

Wählerbasis, Gründe für den Erfolg der AfD

Die Gründe für den bisherigen Erfolg der AfD sind vielfältig. Im Vergleich zu den meisten europäischen Nachbarländern bestand das Bemerkenswerte eher darin, dass sich in Deutschland bisher kein erfolgreiches rechtes Parteiprojekt etablieren konnte. Während in zahlreichen europäischen Ländern solche Parteien inzwischen zu einem (mit)entscheidenden Faktor der Politik geworden sind, steht Deutschland diese Entwicklung möglicherweise noch bevor. Der Aufstieg des häufig als Rechtspopulismus bezeichneten Phänomens seit den neunziger Jahren hat zahlreiche Ursachen. Drei zentrale möchte ich kurz skizzieren:

Der Schwenk der europäischen Sozialdemokratie hin zum neoliberalen Mainstream – beispielhaft wäre hier das Blair-Schröder-Papier von 1999 zu nennen – hat dazu geführt, dass größere Teile der abhängig Beschäftigten sich nicht mehr durch die Sozialdemokratie vertreten fühlen. In zahlreichen europäischen Ländern ließ sich der Einbruch der modernisierten Rechtsparteien in ehemalige linke Wählerhochburgen nachweisen. Während die Sozialdemokratie die Schutzfunktion vor den Verheerungen des entfesselten Marktes preisgab, versprachen diese Parteien einen Schutz, der auf Zugehörigkeit, Herkunft, Nation, Ethnie, »Rasse« gründete.

Gleichzeitig gelang es vielen dieser Rechtsparteien, sich als Sprachrohr der von Heitmeyer so bezeichneten »rohen Bürgerlichkeit« zu etablieren. Sich selbst als Leistungsträger sehende mittelständische Kleinunternehmer und Angestellte, die sich die Leistungsideologie des Neoliberalismus zu Eigen gemacht hatten, rebellierten gegen Minderheiten, Flüchtlinge, Arbeitslose und andere randständige Gruppen, denen vor allem der leistungslose Bezug von öffentlichen Geldern vorgeworfen wurde.

Schließlich findet sich bei den Anhängern der modernen Rechtsparteien auch eine Gegenbewegung zur vermeintlich fortschreitenden Liberalisierung der europäischen Gesellschaften. Die Ausweitung der Rechte für gleichgeschlechtliche Paare und die immer stärkere Auflösung traditioneller Familienvorstellungen haben zu einem Backlash geführt, der sich in Märschen für das Leben, einem militanten Antifeminismus u. Ä. festmacht.

Alle hier genannten Punkte lassen sich bei der AfD finden. Ihr bisheriger Erfolg ist auch ein Ausdruck massiver Krisenerscheinungen im gegenwärtigen marktradikalen Kapitalismus.

Häufig wird im Zusammenhang mit Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien von Globalisierungsverlierern oder solchen, die Angst vor den Zumutungen dieser Form der Globalisierung haben, gesprochen. Der niederländischen Sozialwissenschaftler René Cuperus beschreibt die gegenwärtige Auseinandersetzung vor allem als Kampf entlang von Bildungsunterschieden. Er ließe sich aber auch als eine Form der Klassenauseinandersetzung lesen.

Laut Cuperus wird der europäische Populismus oftmals als ein »Phänomen der breiten unteren Mitte« aufgefasst, die »sich gegen die Einstellungen und den internationalistischen Kurs einer als abgehobenen wahrgenommenen Elite« wehre. Die »gut Ausgebildeten und die weniger gut Gebildeten« lebten zunehmend in getrennten Welten.

»Vor allem Akademiker tendieren dazu, sich in ihren eigenen Kreisen abzuriegeln. Aus diesem Biotop schauen sie auf die weniger Gebildeten herab. Sie verachten deren Humor, deren Geschmack und deren politische Überzeugungen. [...] Die Akademiker und die weniger Gebildeten unterscheiden sich vor allem in ihren Einstellungen zu so genannten Globalisierungsfragen: zur Frage der offenen Grenzen, der Einwanderung und zum europäischen Integrationsprozess. Bei diesen Themen stehen sich beide soziokulturellen Gruppen diametral gegenüber. Die besser Gebildeten sind kosmopolitischer und universalistischer, während die weniger Gebildeten tendenziell nationalistischere und partikularistischere Auffassungen vertreten. In unserer sich ständig wandelnden Welt verfügt die erste Gruppe über weit mehr politisches Vertrauen und finanzielles sowie kulturelles Kapital als die zweite Gruppe. [...] Der Populismus ist keine Bewegung der Armen, sondern eine Bewegung der unteren Mittelschicht in wohlhabenden Gesellschaften. Insofern ist der Populismus der Kampf um ein verlorenes Paradies. [...] Provozierend kann man sagen: Die wirkliche Avantgarde sind heute die weniger Gebildeten, indem sie auf die Schattenseiten der Globalisierung hinweisen und die ungerechte und ungleiche Lastenverteilung der Globalisierung auf die politische Agenda setzen.«¹⁴³

Eine solche provozierende Sichtweise läuft Gefahr, die enorme Rolle und Verankerung eines kulturell begründeten Rassismus und dessen Verankerung auch in den vermeintlichen Bildungs- und ökonomischen Eliten zu unterschätzen – Stichwort Sarrazin. Dennoch bleibt aus einer linken Perspektive die Frage, ob und wie ansprechbare Teile dieser unteren Mittelschicht erreicht werden können und die fortschreitende Ethnisierung der sozialen Fragen verhindert werden kann?

¹⁴³ Zitiert nach Horst Kahrs: Zerfall des Mythos von der »Mitte«, RLS-Papier (http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls-onl_Zerfall-Mythos-Mitte_Kahrs.pdf).